هكذا في الأصل

Donnerstag, 26. Juli 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 173 - 30.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Flucht: Einem jungen Mann aus Ost-Berlin ist unter Schüssen von „DDR"-Grenzposten die Flucht in den freien Teil der Stadt geglückt. Er blieb bis auf eine Schürfwunde am Arm unverletzt. Die Stadtkommandanten protestierten bei den sowjetischen Behörden gegen die Schüsse.

Jugoslawien: Die Verletzungen der Menschenrechte in Jugoslawien, besonders der Fall des vor kurzem zu acht Jahren Gefängnis verurteilten Soziologen Vojislav Seselj, sollen vom Völkertribunal in Rom behandelt werden, fordert der bekannte jugoslawische Historiker und Tito-Biograph Dedijer. (S. 8)

Libanon: Israel hat sein halb-offizielles Verbindungsbüro in Beirut auf Drängen der libanesischen Regierung geschlossen. Damit hat die israelische Regierung den ständigen Direktkontakt zur Regierung des nördlichen Nachbarlandes verloren. Das Außenministerium in Jerusalem bedauerte, daß Beirut sich „wieder syrischem Druck gebeugt" habe.

Gewerkschaftstag: Die ÖTV wird den im Juni in München vertagten 10. ÖTV-Kongreß am 9. Oktober in Karlsruhe fortsetzen; auf der *Tagesordnung stehen noch rund* 300 Anträge, die wegen der langen Diskussion um die 35-Stunden-Woche nicht behandelt worden waren.

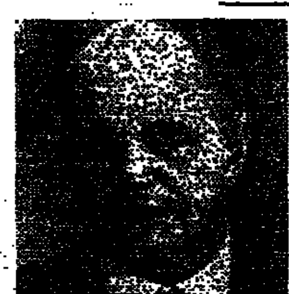
Polen: Papst Johannes Paul II. hat die Hoffnung geäußert, daß die jüngst in Polen erlassene Amnestie zu „einem Element der gesellschaftlichen Erneuerung wird", gemäß den Grundsätzen der Vereinbarungen von Danzig zwischen der Gewerkschaft „Solidarität" und der polnischen Regierung aus dem Jahre 1980. (S. 8)

Europa der Bürger: Die EG muß nach Ansicht des irischen Regierungschefs FitzGerald mehr auf die Bedürfnisse ihrer 270 Millionen Bürger eingehen. Der amtierende EG-Vorsitzende sagte gestern vor dem Europaparlament in Straßburg, die Bürger seien die „endlosen und ermüdenden Kämpfe" im *EG-Ministerrat* leid.

Organklage: Die nordrhein-westfälische CDU hat eine Organklage gegen die SPD-Regierung angestrengt. Sie wendet sich gegen die „gemeindebezogene Leistungsbilanz", die Ministerpräsident Rau in Auftrag gab und die jetzt vorliegt – kurz vor den Gemeindewahlen am 30. September. Die Union sieht die Veröffentlichung der Broschüre als unzulässige Wahlwerbung an. (S. 4)

NATO zu Polen: Der ständige NATO-Rat hat die in Polen angelaufene *Amnestie für politische* Häftlinge erörtert, aber noch keine Entscheidung über eventuelle Aufhebung von Sanktionen getroffen.

ZITAT DES TAGES



» Wenn natürlich beim Dollar die Drei-Mark-Grenze überschritten werden sollte, so würde es auch für unsere Stabilitätspolitik kritisch «

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, in einem WELT-Gespräch. (S. 4)
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Preisstabilität in USA: Neue Statistiken des Arbeitsministeriums bestätigen, daß in den USA das stärkste Wirtschaftswachstum seit 35 Jahren bei gebremster Inflation stattfindet. Verbraucherpreisindex im Juni nur plus 0,2 Prozent. (S. 9)

Benzinpreise: Mit dem Kursanstieg des US-Dollar ziehen auch die Benzinpreise wieder an. Die Aral AG hat die Preise bundesweit um drei Pfennig je Liter angehoben. Auch andere Firmen hoben die Preise an.

Wachstum: Die erwartete Zunahme des Bruttosozialprodukts von drei Prozent wird wegen der Streiks in der Metall- und der Druckindustrie um 0,5 Prozentpunkte niedriger ausfallen, heißt es im „Konjunkturspiegel" der Commerzbank.

Börse: Die Aktienkurse gaben überwiegend nach. WELT-Aktienindex 134,4 (135,4). Am Rentenmarkt gab es für inländische Anleihen Verluste. Dollar-Mittelkurs 2,8971 (2,8791) Mark. Goldpreis je Feinunze 341,75 (338,50) Dollar.

KULTUR

IBA in Berlin: Die Internationale Bauausstellung Berlin (IBA) steckt voller Überraschungen. Eine ist in diesen Tagen mit einem „Bürgerfest" gefeiert worden: das „Schloß" des Architektenehepaars *Baller in einem Hinterhof* am Fraenkelufer – gänzlich unkonventionelle Architektur an einem der tristesten Orte in Berlin.

Musik-Geschäft: Schätzungsweise 25 Milliarden Mark geben die Bundesbürger jährlich für Musik aus, von der Rock-Kassette über Instrumentenkauf und Festivaleintritt bis zum Kulturpreis. Rund *6,5 Millionen Menschen* musizieren selbst, hat die Deutsche Gesellschaft für Freizeit (DGF) in Düsseldorf festgestellt.

SPORT

Olympia: Der Segler Willi Kuhweide, Olympiasieger von 1964 in Tokio, wird am Samstag bei der Eröffnungsfeier der Spiele die deutsche Olympia-Fahne tragen. Der Amerikaner Edwin Moses spricht den olympischen Eid.

Fußball: *Dem schottischen Natio*nalspieler McGhee vom Hamburger SV droht eine Sperre von acht Wochen. Er hatte beim 6:0 des HSV beim Amateurklub Tuspo Ziegenhain seinem Gegenspieler in den Magen geschlagen.

AUS ALLER WELT

Kampf gegen „Hacker": Das amerikanische Repräsentantenhaus hat den sogenannten „Hackern" den Kampf angesagt. Ohne Gegenstimme verabschiedete die Kammer einen Gesetzentwurf, der Manipulierung fremder Computerdaten zu einem Bundesdelikt erklärt und entsprechende gerichtliche Schritte erlaubt.

Ferien von der See: Im Landkreis Lüneburg macht seit Jahren eine von den Bauern „Rolli" getaufte Seehündin in dem kleinen Fluß Neetze Ferien vom Salzwasser der Nordsee – sehr zum Erstaunen der Zoologen. (S. 16)

Wetter: Wechselnd wolkig; vorübergehend etwas kühler.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Nach der Wahl – Das Interesse Israels an einer Notstandskoalition S. 2

Volksgerichtshof: Wo Angeklagte weder Rechte noch Chancen hatten – Fernsehkritik S. 3

Aus der Presse von drüben: Gärtner entdecken Lukullisches wie Broccoli und *Zucchini* S. 4

Moskaus „zweite Wirtschaft": Scheinverträge und frisierte Planerfüllung S. 5

Das politische Buch: Abrechnung statt Biographie – Mohammed Heikal über Sadat S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Fernsehen: Eugen Cicero – Tanzt ein Fingerballett mit ungarischem Schmiß S. 7

Polen: Neues Primas-Organ kritisiert staatliches Monopol der *Landwirtschaft* S. 8

Bauausstellung Berlin: Implantat der Lebensfreude im ruinierten Stadtkörper S. 15

Woodstock: Nur noch ein verblaßtes Wort – Rückblick auf die Rockveranstaltung S. 16

„DDR"-Kredit ist verbürgt. Erleichterungen in Aussicht

Zugeständnisse im Reiseverkehr / Todesautomaten werden weiter abgebaut

STEFAN HEYDECK, Bonn

Eine neue Vereinbarung zwischen Bonn und Ost-Berlin über die Gewährung eines 950-Millionen-Mark-Kredits und weitere menschliche Erleichterungen ist unter Dach und Fach. Die Bundesregierung hat gegenüber der Deutschen Bank als Kreditgeberin die Bürgschaft für diesen zweiten Kredit innerhalb eines Jahres übernommen und dafür von der „DDR" eine Absicherung „in Form einer Abtretungserklärung" erhalten. Dafür wird Ost-Berlin vom 1. August an Verbesserungen in Kraft setzen, die in erster Linie den innerdeutschen Reise- und Besucherverkehr betreffen. Wie der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, gestern in Bonn mitteilte, wurde ein Elf-Punkte-Katalog vereinbart.

Danach senkt die „DDR" den seit Oktober 1980 gültigen Mindestumtausch von 25 Mark für alle Rentner auf 15 Mark, erweitert die Aufenthaltsdauer bei Besuchen von 30 auf bis zu 45 Tage und läßt „DDR"-Rentner künftig nicht nur zu Verwandten, sondern auch zu Bekannten in die Bundesrepublik Deutschland und nach West-Berlin reisen. Außerdem soll dieser Personenkreis mit 60 Tagen doppelt so lange wie bisher im Westen bleiben dürfen.

Bundesbürger dürfen nach dieser Vereinbarung jetzt in grenznahen Kreisen der „DDR" zwei Tage – bis 24.00 Uhr des auf die Einreise folgenden Tages – bleiben, bei der Rückkehr nach einem eintägigen Aufenthalt Gegenstände im Wert bis zu 100 Mark statt bisher 20 und bei mehrtägigen Besuchen für 200 Mark mitbringen. Außerdem soll im grenznahen

SEITE 2:
Viel do, wenig des

Verkehr die „DDR"-Einreisegenehmigungen auf mehr als drei Kreise ausgedehnt und die Geltungsdauer der Mehrfach-Berechtigungsscheine für die Einreise von drei auf sechs Monate heraufgesetzt werden. Bisher hat die Bundesregierung eine mündliche Zusage Ost-Berlins, daß auch die West-Berliner in den Genuß aller elf Verbesserungen kommen sollen.

Wie Jenninger betonte, werde auch die Familienzusammenführung weiter fortgesetzt. Bonn geht davon aus, daß bis Ende 1984 noch zwischen 5000 und 10 000 „DDR"-Bewohnern die Übersiedlung erlaubt wird. In diesem Jahr sind bisher 27 182 Menschen gekommen. 1983 waren es dagegen 7729. Jenninger wollte diesen Hinweis auch als „Signal" an die „DDR"-Bewohner verstanden wissen, damit es nicht zu einer Wiederholung der Vorgänge in Bonns Ständiger Vertretung in Ost-Berlin kommen solle. Die Vertretung werde nach Umbauarbeiten „spätestens Anfang nächster Woche" wieder geöffnet.

Die „DDR" habe bestätigt, den Abbau der Todesautomaten vom Typ SM-70 „konsequent und beschleunigt fortsetzen und zu Ende bringen" zu wollen. Es gebe eine ausdrückliche Versicherung, daß die alten Anlagen weder durch neue noch durch modernere Anlagen ersetzt würden. Außerdem wolle die „DDR" den Berliner Grenzübergang Staaken bis Ende 1987 offenhalten. Der neue Kredit habe eine Laufzeit von fünf Jahren. Bonn erwarte noch „weitere Schritte" Ost-Berlins.

Buschhaus bleibt Streitobjekt

Regierung: Schwefelausstoß wird drastisch verringert / Entscheidung nächste Woche

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Bundesregierung ist ungeachtet anhaltender politischer Widerstände entschlossen, das Kohlekraftwerk Buschhaus zunächst ohne Entschwefelungsanlage in Betrieb gehen zu lassen. Durch weitreichende Sofortmaßnahmen aber soll der jährliche Schwefelausstoß von jetzt 145 000 auf 125 000 Tonnen reduziert werden. Der Einbau der speziellen Filter wird erst 1987 möglich sein; dann werden nur noch 40 000 Tonnen Schwefeldioxyd in die Luft gepustet.

Die Bundesregierung ist Forderungen entgegengekommen, das Parlament über diese Linie zu unterrichten. *Es wird Ende der Woche eine* Sondersitzung des Innenausschusses geben. Mit der FDP-Fraktion, aus der heraus es energische Kritik gibt, soll gesondert geredet werden. Die endgültige Kabinettsentscheidung, die eigentlich schon für gestern erwartet worden war, soll dann auf einer Sondersitzung am kommenden Mittwoch fallen. Der Bundeskanzler wird dann aber schon in Urlaub sein.

Mit diesem Vorgehen wird vor allem dem Wunsch des FDP-Vorsitzenden Genscher Rechnung getragen, der angesichts der Widerstände in den eigenen Reihen weitere „Überzeugungsarbeit" gegenüber dem Parlament vorgeschlagen hatte. Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) sagte der WELT, er gehe davon aus, daß die jetzige Linie der Bundesregierung realisiert werde. Die Regierung brauche öffentliche Debatten darüber nicht zu scheuen. Es gebe weder unter „politischen noch rechtlichen Gesichtspunkten zur Zeit eine bessere Lösung".

Zu Buschhaus äußerte sich gestern auch der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) in Bonn. Der Abgeordnete Milan Horacek von den Grünen, der das Pressehaus mit einer braunen Fichte betreten wollte, um sie Albrecht zu übergeben, wurde vorläufig festgenommen. Zuvor war es zu einem Handgemenge mit der Polizei gekommen.

Albrecht, der wegen der nicht erlaubten Protestdemonstration von Abgeordneten der Grünen vor dem Pressehaus das Gebäude durch einen Seiteneingang betreten mußte, erklärte, daß aus der Sicht des Immissionsschutzes der Bundestagsbeschluß zu Buschhaus voraussichtlich eine Zunahme der derzeitigen Schwefeldioxid-Emissionen bedeuten würde. Die „Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke" (BKB) müßten im Falle einer Nicht-Betreibung von Buschhaus zur Abdeckung ihrer Lieferverpflichtungen die alten Kraftwerke Offleben I und II dann mit höherer Leistung fahren, was einen Zuwachs von rund 10000 Tonnen SO_2 pro Jahr bedeuten würde. Buschhaus brauche zur Erzeugung von Strom relativ weniger Braunkohle als die alten Kraftwerke.

Angesprochen auf Proteste des Berliner Regierenden Bürgermeisters Diepgen gegen Buschhaus, stellte Albrecht fest, daß ein von Niedersachsen in Auftrag gegebenes Gutachten *erwiesen hätte, daß im Höchstfall* eine kurzzeitige Erhöhung des Schwefeldioxidanteils in der Luft am Berliner Stadtrand von 0,6 Prozent zu erwarten sei. Buschhaus sei „ein um-

● Fortsetzung Seite 8

Reagan lehnt höhere Steuern ab

Haushalts-Defizit soll durch Kürzungen reduziert werden / Besorgnis über Moskaus Pläne

H.-A. SIEBERT/DW. Washington

Die Reduzierung der riesigen US-Haushaltsdefizite, die sich in wenigen Jahren verdreifacht haben, wird auch nach einer Wiederwahl Ronald Reagans schwierig sein. In einer vom Fernsehen landesweit übertragenen Pressekonferenz lehnte der Präsident noch einmal höhere Steuern ab. Er nannte sie kontraproduktiv. Immerhin seien die in seiner Amtszeit gekürzten Abgaben verantwortlich für die derzeitig kräftige wirtschaftliche Erholung. Reagan schloß Steuererhöhung nur für den Fall nicht aus, daß die Regierung ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen und die Ausgaben nicht senken könne. „Davon sind wir aber weit entfernt", sagte er.

Der Präsident warf dem von den Demokraten beherrschten Repräsentantenhaus vor, sechs seiner Gesetzesvorlagen zu behindern. Bei diesen Entwürfen handelt es sich unter anderem um einen Verfassungszusatz, der einen ausgeglichenen Haushalt zwingend vorschreibt. Im Haushaltsjahr 1983 wies der Bundesetat ein Rekorddefizit von 195 Milliarden Dollar auf.

Ronald Reagan wies den Vorwurf des demokratischen Präsident*schaftskandidaten* Walter Mondale zurück, er halte einen „geheimen Steuer-Erhöhungsplan" für die Zeit nach der Wahl im November bereit. Auf dem Parteikonvent der Demokraten in San Francisco hatte Mondale selbst erklärt, daß er nach seinem *Einzug ins* Weiße Haus die Steuern anheben würde, um das „nicht zu tolerierende Defizit" abzubauen.

Präsident Reagan hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er dem Defizitproblem hauptsächlich durch weitere Schnitte auf der Ausgabenseite zu Leibe rücken will. „Höhere Steuern öffnen nur den Weg zu Mehrausgaben", sagte er. Eine Änderung der Steuerstruktur müsse der allerletzte Ausweg bleiben. Der Präsident machte geltend, daß zur Zeit 2478 Kürzungsvorschläge des Grace-Ausschusses geprüft würden; im Dezember werde überdies das US-Schatzamt Empfehlungen zur Verbreitung der Steuerbasis – vor allem durch eine Vereinfachung des Systems – vorlegen.

Der Präsident hofft offenbar, daß der Wirtschaftsboom Einnahmen schafft, die das Defizit stärker reduzieren. Vor dieser Einstellung hat jetzt aber das Haushaltsbüro des Kon*gresses gewarnt*. Nach seinen Berechnungen zehren die steigenden Zinsen sogar die jüngst verabschiedete erste Abschlagzahlung auf. Washingtons Zinskosten allein erreichen in diesem Jahr 110 Milliarden Dollar.

Das Versprechen Mondales, als Präsident innerhalb der ersten hundert Tage den seiner Ansicht nach von Washington unterstützten Geheim-Krieg in Nicaragua zu beenden, nannte Reagan reine Demagogie. Der Präsident erinnerte ihn daran, daß die sandinistische Regierung ein totalitäres Regime sei, das die salvadorianische Guerrilla mit Waffen unterstütze. Es sei die Pflicht der USA zu verhindern, daß Moskau in Mittelamerika einen neuen Stützpunkt bekommt.

Auf seine Wahlkampftaktik angesprochen, betonte Reagan, er habe noch nie gerne Wahlkampf gegen seine Gegner gemacht. Er ziehe es vor darzulegen, was seine Regierung erreicht habe und tun will. Die erstmals in der Geschichte der USA erfolgte Nominierung einer Frau als Kandidatin für das Amt des Vizepräsidenten begrüßte Reagan beiläufig als einen längst überfälligen Schritt nach vorn.

Bildschirm wird zum Wandgemälde

DIETER THIERBACH, Bonn

Im weltweiten Rennen um die Miniaturisierung eines der letzten Relikte aus den Anfängen der Fernsehzeit, gemeint ist die unförmige TV-Bildröhre, liegt die deutsche Elektronikindustrie mit der Nase vorn. Flache, farbfernsehtüchtige Bildschirme werden für die Informationsdienste im Büro der Zukunft sehnlichst erwartet. In den häuslichen vier Wänden verliert das quaderförmige Heimkino seine Rolle als dominierendes Möbelstück. Der Bildschirm wird demnächst, das ist keine Utopie mehr, getrennt von der eigentlichen Empfangseinheit, wie ein Gemälde einfach an die Wand gehängt.

Die heutigen Bildröhren müssen aufgrund des physikalischen Prinzips so klobig sein: viel Luft und wenig Innenleben. An vier Ersatztechniken, Kathodenstrahlröhren, Plasma-Anzeigen, Elektrolumineszens- und Flüssigkeitskristallanzeigen arbeiten Elektroniker mit Hochdruck. Auf *Fachmessen lüfteten die eifrigen Forscher* hier und da ihr geheimnisvolles Deckmäntelchen, ganz abgelegt wurde es indes nie.

Mit über 20,5 Millionen DM Forschungsgeldern aus dem Bundesministerium für Forschung und Technolgie (BMFT) hat die Firma Siemens in Zehnjahresfrist nun ein eigenes Konzept zur Realisierung des mit nur sechs Zentimeter Bautiefe scherzhaft „Flachmann" genannten Bildschirmes entwickelt. „Weltweit einzigartig", kommentierte ein Firmensprecher. Für die Herstellung kooperiert der Elektronik-Riese, der selbst keine Röhren fertigt, mit Standard Electric Lorenz (SEL).

Nicht aufwendige technische Tricks und elektronische Raffinessen haben zum Durchbruch geführt; die Übernahme bewährter Techniken stand im Vordergrund. Nicht, wie gehabt, aus einer punktförmigen Glühkathode, sondern aus einer flächenförmigem Plasmakathode werden Elektronen für jede einzelne Bildzeile emittiert. Auf 5000 Volt beschleunigt, bringen sie die Mattscheibe zur rot-grün-blauen Erleuchtung.

Neben der hohen Auflösung werden eine ganze Reihe technischer Vorteile – quasi kostenlos – mitgeliefert: hervorragende Schärfe in den Ecken genau so wie in der Mitte; absolute Verzerrungsfreiheit; ein ortsfestes, völlig ruhiges Bild.

DER KOMMENTAR

Hysterialand?

HERBERT KREMP

Die Lösung für das Kraftwerk Buschhaus, *die Innenminister* Zimmermann aus dem Hut zog, ist besser als die zeitweilige Einmottung der blitzneuen Anlage. Das Werk soll mit Braunkohle in Betrieb genommen werden, die *Schadstoff-Emission sinkt infolge* eines zusätzlichen Teilstopps des veralteten Werks Offleben sofort ab. 1987 werden in Buschhaus und in Offleben Entschwefelungsfilter eingebaut, so daß von da an das größere Vorkommen an Salzkohle verfeuert werden kann. Bis 1993 sinkt die Gift-Emission schneller und tiefer ab, als man es nach den früheren Plänen erwarten durfte. Ergebnis: Einfallsreiche Umweltpolitik.

Wer sich auf dem Hintergrund dieser Tatsachen die Äußerungen zahlreicher Zeitungen und Sender, der Grünen und passionierten Umweltschützer (nicht der SPD) zu Gemüte führt, glaubt in Fantasia- oder Hysterialand zu weilen. Von „historischer Fehleinschätzung" war die Rede, von einer „Niederlage der ganzen Nation", von der Degradierung des Parlaments zur „Quasselbude". Man hatte den Eindruck, es gehe um Krieg und Frieden, oder die Pest stehe ins Land.

Wie kann es angesichts eines normalen Lösungsprozesses in der alltäglichen Politik zu einer derartigen Zerknitterung des Nervenkostüms kommen? Der Bundestag *hatte im Juni* mit überwältigender Mehrheit die Bundesregierung aufgefordert, Buschhaus nur mit einer Entschwefelungsanlage in Betrieb gehen zu lassen. Eine solche Aufforderung bindet *das Verfassungsorgan Bundesregierung* nicht. Sie ignoriert im übrigen das geltende Recht. Gemäß der Großfeuerungsanlagenverordnung – Entschuldigung, das heißt so – muß für Buschhaus die Betriebsgenehmigung erteilt werden mit der Maßgabe, daß diese bis zum Jahre 1988 mit einer umweltschützenden Rauchgasentschwefelung nachgerüstet wird. Nach den technischen Terminen wird der Filter 1987 eingebaut. Dürfte das Werk bis *dahin* nicht produzieren, würden die Zinsen für das nicht genutze Kapital pro Tag 200 000 Deutsche Mark betragen.

Die Bundesregierung hat eine Lösung gefunden, die auch den Bundestag (Innenausschuß) überzeugen kann. Beim Prozedere traten zwei Mängel zutage: Die FDP, die mithysterierte, erwies sich erneut von der Basis her erpreßbar. Sie kam mit Zittern und Zagen. Außerdem fehlte es an kompakter, erklärender Information. Das sind schon alte Leiden, die an der guten Lösung nichts ändern.

Werbespots aus dem Westen im „DDR"-Radio

F. D. Berlin

Die „DDR" wird erstmals zur Leipziger Herbstmesse vom 5. bis 9. September dieses Jahres im Hörfunk *Werbung zulassen – aber nur gegen* „harte" Währung. So soll allen Leipziger Ausstellern die Möglichkeit gegeben werden, im „Messefunk international" für ihre Präsentationen auf der Musterschau zu werben. Dieses Angebot ist vor allem auf westliche *Aussteller ausgerichtet, die pro Sen*desekunde zwischen 42 und 45 Mark bezahlen sollen.

Gesendet wird auf der Mittelwelle und auf der Ultrakurzwelle von „Radio DDR", die Sendezeiten für die kommerziellen Spots werden zwischen 8 und 9 Uhr morgens sowie 19 und 19.30 Uhr in den Abendstunden liegen.

Aufträge für den Werbefunk nimmt die Ostberliner „Agentur Interwerbung GmbH" entgegen, die auch anbietet, von „Radio DDR" die Spots produzieren zu lassen. Ebenso können fertige Bänder angeliefert werden, die dann aber vom Sender „kontrolliert werden", wie die Agentur einräumt. Vor allem werde dabei untersucht, ob die Produktion inhaltlich auch den Gesetzen der „DDR" entspreche.

Die Entscheidung, ob eventuell auch Nicht-Aussteller mit Werbespots akzeptiert werden, liegt nach dem Bericht des „Handelsblatt" nicht bei der Agentur, sondern auf höherer Ebene. Die angebotenen Produkte können allerdings nicht direkt an die „DDR"-Besucher der Messe verkauft werden.

Südafrika spricht wieder mit der Swapo

DW. Pretoria

Die südafrikanische Regierung und die südwestafrikanische Guerrilla-Organisation Swapo haben direkte Gespräche über die Einstellung der Kämpfe in Namibia aufgenommen, teilte gestern ein Sprecher des Außenministeriums in Pretoria mit. Die südafrikanische Delegation werde vom südafrikanischen Generaladministrator in Windhuk, Willie van Niekerk, geleitet. Gegenstand der auf den Kapverden stattfindenden Gespräche seien die „Möglichkeiten, der Gewalt und den bewaffneten Aktionen in Namibia ein Ende zu setzen", hieß es in einem Kommuniqué von Außenminister Roelof Botha. Ein er*stes derartiges Treffen in Lusaka* blieb Mitte Mai ohne Ergebnis.

Im seit 17 Jahren andauernden Buschkrieg um Südwestafrika hatte Südafrika Anfang des Jahres mit einer großangelegten Offensive gegen die Swapo-Stellungen in Angola einen militärischen Durchbruch erzielen können. Danach erklärte sich Angola in einem Abkommen mit Pretoria bereit, die Unterstützung der Swapo unter bestimmten Bedingungen aufzugeben. Südafrika verlangt nun noch den Abzug der 25 000 kubanischen Soldaten aus Angola als Vorbedingung für eine Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit.

Die portugiesische Presseagentur Anop meldete, der kapverdische Staatspräsident Aristides Pereira habe jetzt *Swapo-Chef Sam Nujoma* empfangen. *Anop wies darauf hin*, daß der kapverdische Regierungschef Pedro Pires Anfang Juli in Kuba mit Fidel Castro konferiert hatte.

Die deutsche Sprache ist immer weniger gefragt

Fremdsprachen-Unterricht nimmt weiter ab

A. W. Bonn

Die Zahl der Menschen in aller Welt, die Deutsch lernen, ist während der vergangenen zwölf Jahre drastisch zurückgegangen, und zwar von 19 bis 20 Millionen auf 14 bis 15 Millionen. Diese Angaben machte der Leiter der Abteilung für auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, Barthold Witte, in Bonn. Als Grund dafür nannte er den Rückgang des Fremdsprachenunterrichts in aller Welt zugunsten naturwissenschaftlich-technischer Fächer und den Vormarsch des Englischen als Weltsprache Nummer eins. So werde heute selbst in Nachbarländern wie Belgien und Frankreich nicht mehr Deutsch als erste Fremdsprache gelehrt.

Witte hofft aber, daß der Abwärtstrend bald zum Stehen kommt. In bestimmten Gegenden der USA (im „Sonnengürtel"), in Osteuropa und in den fernöstlichen Ländern Japan und Korea sei in jüngster Zeit ein erfreuli*ches neuerwachtes Interesse an der* deutschen Sprache zu registrieren, dem die Bundesregierung und das Goethe-Institut Rechnung tragen wollen. In Japan und Korea seien vor allem auf Technik orientierte deutsche Sprachprogramme gefragt.

Die Gesamtzahl der Lehrer an deutschen Auslandsschulen bezifferte Witte auf etwa 6500. Davon seien 1360 Lehrer aus der Bundesrepublik Deutschland mit Zeitverträgen, deren Bezüge auf Empfehlung des Haushaltsausschusses des Bundestages um generell acht Prozent gekürzt werden mußten. Das eingesparte Geld solle wenigstens teilweise zur Schaffung neuer Auslandsstellen für rund 200 junge, arbeitslose Deutschlehrer ausgegeben werden.

Für den Haushalt 1985 erhofft sich die Bundesregierung eine Steigerung des Aufkommens für die auswärtige Kulturpolitik um 3,1 Prozent oder fast 24 Millionen Mark. „Projektbezogen" könne sogar eine Steigerung von fünf Prozent erreicht werden, meinte Witte. Der Zuwachs werde vor allem dem Sprachunterricht, aber auch *den Musik- und Vortragspro*grammen sowie den Ausstellungen des Goethe-Instituts zugute kommen.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Orangen und NATO

Von Heinz Barth

Zum soundsovielten Mal ist der Versuch der EG, sich mit Madrid über die Dauer der Übergangsphase für eine Sonderregelung der spanischen Agrarexporte und der Zollschranken zum Schutz der spanischen Industrie zu einigen, an der beschränkten Kompromißbereitschaft beider Seiten gescheitert. Das hat nur diejenigen überrascht, die nicht an die prinzipielle Unvereinbarkeit der Positionen glauben wollten. Praktisch steht jetzt fest, daß der für den Abschluß der Beitrittsverhandlungen vorgesehene Termin des 30. September nicht eingehalten werden kann.

Spaniens Außenminister Moran, ein wenig flexibler Unterhändler, verlangt neuerdings die sofortige Öffnung der Grenzen für zwei Millionen Tonnen spanischer Agrarprodukte – und dies wenige Monate nachdem sich Madrid mit einer vierjährigen Übergangsfrist einverstanden erklärt hatte. Hingegen sollen die Schutzzölle, die Spaniens rückständige Industrie gegen die EG abschirmen sollen, auf sieben Jahre ausgedehnt werden. Diese Verhärtung kann nicht anders denn als Antwort auf den Gipfel von Fontainebleau gedeutet werden, wo es den deutschen Bemühungen im Interesse der gesamteuropäischen Sicherheit gelungen war, Mitterrands Widerstand gegen den Beitritt Spaniens zu überwinden.

Dabei ist freilich zu bedenken, daß bessere EG-Bedingungen für Felipe González, Spaniens sozialistischen Ministerpräsidenten, zu einer Existenzfrage geworden sind. Er hat sich darauf festgelegt, bis 1986 über den Verbleib seines Landes in der NATO einen Volksentscheid abzuhalten, der auf dem bevorstehenden Parteitag der Sozialisten das zentrale Thema sein wird. Da die NATO bei Dreiviertel der Spanier auf Ablehnung stößt, kann der Pragmatiker González das Referendum nur riskieren, wenn er einen durchschlagenden Erfolg bei den EG-Verhandlungen vorweisen kann. Für die Europäer ergibt sich daraus die Frage, ob die Stärkung der westlichen Verteidigung durch den iberischen Eckpfeiler die erhöhten Preise wert ist, die Madrid fordert.

Beizeiten die Wahrheit

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Diskussion um die Menschenrechte in Jugoslawien hat einen neuen Anstoß bekommen – diesmal aus Jugoslawien selber und von einem Mann, der sich wohl kaum als „Antikommunist“ abfertigen läßt: Vladimir Dedijer, der bekannte Historiker, Publizist und Tito-Biograph hat das internationale Russell-Tribunal beziehungsweise dessen Nachfolger-Organisation in Rom aufgefordert, die Menschenrechtsverletzungen in Jugoslawien zu untersuchen.

Die spektakuläre Aktion Dedijers hat aus zwei Gründen besonderes Gewicht: Der jugoslawische Altkommunist und Partisan des Zweiten Weltkriegs gehört dem Tribunal seit langem an und ist derzeit sogar dessen Vorsitzender.

Zum anderen aber – Dedijer ist, obwohl er mit der KP Jugoslawiens gelegentlich seine Zusammenstöße hatte, kein Regimekritiker und kein Dissident, sondern seit vielen Jahrzehnten der gewissermaßen offiziöse, jedenfalls aber offiziell tolerierte Biograph Marschall Titos. Er veröffentlichte mit offizieller Billigung seine umfangreichen Kriegstagebücher über den Partisanenkampf, dann eine Dokumentensammlung über das Jahr 1948 über den Bruch Jugoslawiens mit Stalin, sowie schließlich die „Materialien zu einer Biographie des Josip Broz Tito“, deren dritter Band eben in Jugoslawien erschienen ist.

Wenn jetzt dieser Mann im Zusammenhang mit der Verurteilung des Soziologie-Dozenten Seselj zu acht Jahren Haft das Wort „Justizmord“ in die Debatte wirft, so ist das nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Zumindest läßt es den Schluß zu, daß innerhalb des jugoslawischen KP-Establishments schwere Bedenken gegen eine Politik der Repression gegenüber den Intellektuellen umgehen.

In diesem Zusammenhang ist nicht ohne Interesse, was – laut Aussage Deijers – der alte Tito in seiner letzten Lebensphase zu seinem Biographen gesagt haen soll. „Wir werden jetzt alle bald sterben,“ soll Tito gesagt haben. „Dann werden andere über uns schreiben. Deshalb ist es besser, wenn wir selber gleich die Wahrheit über uns sagen und es nicht den anderen überlassen.“ Der Alte hatte eben – Format.

Die sogenannte Affäre Milz

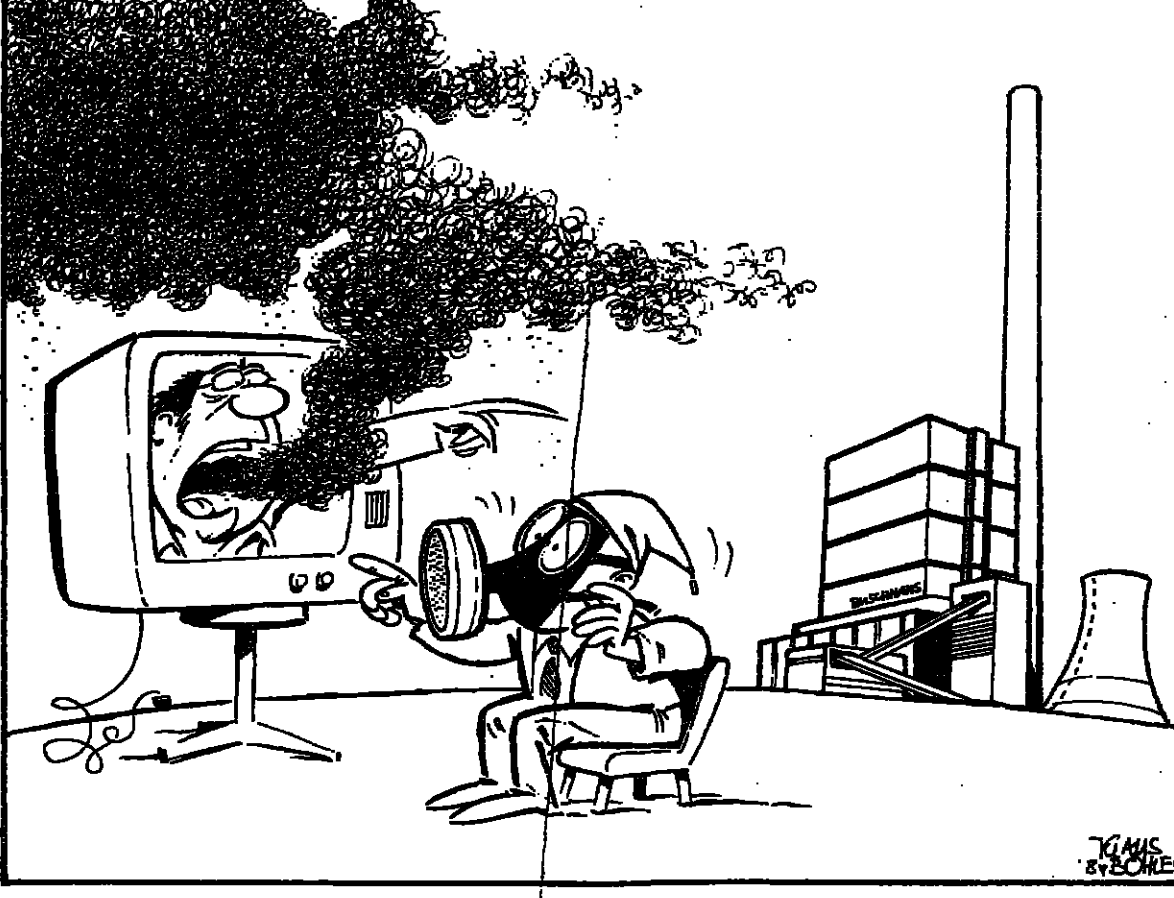
Von Enno v. Loewenstern

Ein gar erschröcklicher Casus hat das mittelrheinische Sommerloch belebt: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Milz wurde bei einem „Mißbrauch des sozialen Netzes“ (Originalzitat Junge Union) ertappt. Milz, ein Stukkateur, hatte seine Frau entlassen. Nicht in die Ehescheidung, das wäre ja vom Fortschritt begrüßt worden, sondern als Angestellte in seinem Stukkateurbetrieb, um Platz für eine jugendliche Arbeitslose zu machen. Das sollte ja eigentlich auch begrüßenswert sein. Aber die Jugendliche ist seine Tochter, und Frau Milz bezog anschließend Arbeitslosen-Unterstützung (Alu). Hellwache Fortschrittler schlugen Alarm, der CDU-Chef Rheinland, Worms, griff ein und Familie Milz überwies die 15 414 Mark und sechzig Pfennige der Caritas.

Hier liegt die Pointe. Sie ist des Schweißes der Edlen wert. Man mag erst einmal den schnellen „Selbstreinigungsprozeß“ der CDU begrüßen, auch wenn Worms vielleicht taktvoller gehandelt hätte, wenn er Milz die Sache hätte regeln lassen, ohne seinen Vorsitzenden-Druck gar so deutlich herauszustellen. Dahinter aber bleibt die Frage: Warum zahlt Frau Milz ihre unrechtmäßig erworbene Alu nicht zurück ans Arbeitsamt?

Weil, lieber Leser, sie die Alu vollkommen rechtmäßig erworben hat. Das Arbeitsamt darf die 15 414 Mark und sechzig Pfennige gar nicht annehmen.

Dennoch haben Parteifreunde und „öffentliche Meinung“ Milz deswegen attackiert und SPD, FDP und Grüne haben ihn keineswegs in Schutz genommen. Wenn aber eine große Allparteienkoalition der Meinung ist, daß die Ehefrauen ausreichend verdienender Männer keinen Anspruch auf Alu haben, wenn sie ihren Job aufgeben – ist dann also etwas faul am Sozialstaat im Staate? Müssen wir das überdenken, müssen wir uns fragen, ob Doppelverdiener a. D. wirklich „Arbeitslose“ im strengen Sozialrechtssinne sind? Müssen wir ihnen gar allen die Alu streichen? Da fielen hunderttausende Arbeitslose aus der Statistik, da sähe das Sorgenthema Nr. 1 der Nation aber ganz anders aus. Wollen wir das, oder was wollen alle die tapferen Kritiker der Stukkateursfamilie eigentlich? Sie sollten sich selber auf Herz, Nieren und Milz prüften.



„. . . und ich kann Ihnen ohne Gasmaske nicht mehr zuhören!“ KLAUS BÖHLE

Viel do, wenig des

Von Günter Zehm

Das innerdeutsche Geschäft des Gebens und Nehmens, das berühmte „do ut des“, sei gut in Fahrt gekommen, versichern Politiker der Bonner Koalition anläßlich des neuen Kredits an Ost-Berlin. Sie versichern es freilich nur hinter vorgehaltener Hand, denn offiziell hat die jüngste Geldbrause für Honecker nichts zu tun mit den zu erwartenden „menschlichen Erleichterungen“, die die „DDR“ im Gegenzug gewähren will: zehn Mark weniger Zwangsumtausch bei Rentnerbesuchen und eine etwas liberalere Handhabung der Tagesaufenthalte und des kleinen Grenzverkehrs.

Wir wissen es inzwischen: Ein allzu deutliches Junktim zwischen Kreditgewährung und Menschlichkeit würde die empfindlichen Gemüter der „DDR“-Oberen belasten, und Bonn nimmt Rücksicht auf diese Empfindlichkeit. So bleiben die Kautelen der neuesten ost-westlichen Finanzbewegung weitgehend im Dunkeln. Den westdeutschen Steuerzahler – das wird auffallend häufig wiederholt – koste die Operation nicht das Geringste. Alles sei gut abgedeckt durch verpfändete Transitpauschalen.

Das mag sogar stimmen, aber man muß im Auge behalten, daß – eben weil Geld und Menschlichkeit juristisch kein Junktim bilden – Bonn die Bürgschaftssumme an die Banken brav entrichten würde selbst dann, wenn Honecker mit den „Erleichterungen“ wieder einmal auf sich warten ließe. Jedermann im Lande weiß: Die Bonner Milliarden an Ost-Berlin sind im Grunde Devisenvorschüsse auf östliches Wohlverhalten. Die Frage, um die es wirklich geht, ist einzig und allein, ob sich solche Zahlungen politisch lohnen oder ob es sich um verdeckte Tribute an irgendwelche wilden Männer handelt, die nicht daran denken, sich zu mäßigen.

Als Antwort wäre zunächst einmal festzuhalten, daß das materielle Substrat der in Aussicht gestellten östlichen Gegenleistungen weit hinter den öffentlichen Erwartungen zurückbleibt. Die Senkung des Reisealters für „DDR“-Bewohner ist weiter tabu, und die Herabsetzung des Mindestumtausches fiel so mickrig aus, daß man auch hier nicht von einem Durchbruch sprechen kann. Wenn jetzt Honecker zu seinem Besuch in der Bundesrepublik nicht wenigstens noch die Ankündigung eines zweiten Ausreiseschubs in der „Familienzusammenführung“ mitbringt, wird die Enttäuschung über Kohl/Jenningers Ost-West-Geschäfte groß sein. Schon macht das böse Wort vom Lutschbonbon wieder die Runde.

Nicht nur Honecker, sondern auch Kohl hat ja ein Gesicht zu verlieren. Bonn investiert außer Geld auch ein gerüttelt Maß an Vertrauensvorschuß der eigenen Bürger und Wähler in seine Deutschlandpolitik. Die Optik der Verhandlungen mit Ost-Berlin war in den letzten Monaten oft katastrophal. Es entstand der Eindruck einer regelrechten Komplizenschaft zwischen Honeckers Zentralkomitee und dem Bonner Kanzleramt auf Kosten der Menschen dieseits und jenseits der Demarkationslinie. Bonner Offizielle äußerten sich gereizt oder behördenhaft-unbeteiligt angesichts der Flüchtlingsnot in den Vertretungen der Bundesrepublik. Es gab fast so etwas wie eine Kampagne gegen die freie Presse, deren ungeschminkte Berichte „wenig hilfreich“ gewesen seien. All das hat die Bonner Prestige gekostet.

Man hat manchmal schlicht den Eindruck, als seien Unterhändler wie Jenninger ihren Verhandlungspartnern von der SED nicht ganz gewachsen, nicht nur vom politischen Format her, sondern auch wegen der Eingeschränktheit ihrer Verhandlungskonzeption. Oberstes Anliegen der Bonner Deutschlandpolitik sei es, so hört man immer wieder, „den Menschen zu helfen“, „das Los der Menschen im geteilten Land zu erleichtern“. In der Praxis läuft das darauf hinaus, daß Bonn Geld gibt, damit die SED bestimmte Menschengruppen in den Westen ziehen oder freier im gemeinsamen Vaterland umherreisen läßt. Genuine Politik ist das nicht, es ist vielmehr eine Art Caritas, nobel zwar, doch einem politischen Willen, der auf Positions- und Prestigegewinn aus ist und sämtliche Folterwerkzeuge gegen die betreffenden Menschengruppen in der Hand hält, von vornherein unterlegen.



Warum keine Abmachung gegen Eiszeiten? Strauß in Dresden FOTO: DPA

Worauf es ankäme, wäre, die Caritas durch einen Katalog echter politischer Zielsetzungen von mittlerer Reichweite zu ergänzen und die SED mit ihm zu konfrontieren. Damit ist nicht jenes Gerede von der „deutschen Verantwortungsgemeinschaft gegenüber dem Frieden“ gemeint, das nichts kostet und nichts nützt, sondern konkrete Verhandlungspunkte wie ungehinderter (oder weniger behinderter) innerdeutscher Kultur- und Sportverkehr, Beendigung der nationalen Abgrenzungs-Kampagne der SED, Schutz vor kulturellen Eiszeiten in der „DDR“, wie sie gerade in diesen Tagen wieder heraufziehen, und vieles andere mehr.

Die Position Bonns bei innerdeutschen Verhandlungen ist prinzipiell stark, sein wirtschaftliches Schwergewicht und die unverändert gesamtdeutsche Gesinnung vor allem der „DDR“-Bewohner sind Pfunde, mit denen gewuchert werden kann. Was hindert Jenninger oder Rehlinger, beim tête-à-tête mit SED-Funktionären Tacheles zu reden, Junktims herzustellen zwischen Kreditgewährung und beispielsweise Verhinderung einer neuen kulturellen Eiszeit in der „DDR“? Freilich, man müßte dazu überhaupt erst erkennen, daß eine solche neue Vereisung tatsächlich droht, trotz – oder gerade wegen? – neuen Kredits und bevorstehenden Honeckerbesuchs.

IM GESPRÄCH Pierre Pflimlin

Letzter der ersten Stunde

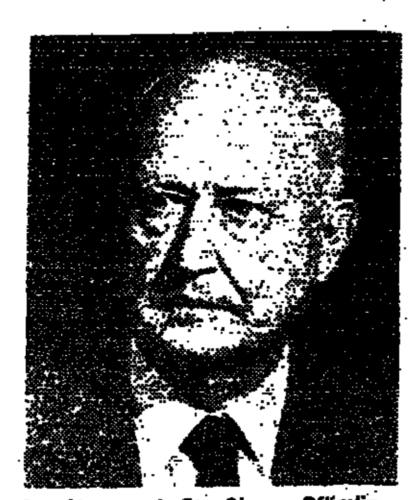
Von Ulrich Lüke

Auf den Europäer der zweiten Generation, den Niederländer Piet Dankert, folgt ein Europäer der ersten Generation – und das symbolisiert dennoch keinen Rückschritt. Die Straßburger Wahl bezeugt vielmehr Respekt vor einem Europäer der ersten Stunde. Zweieinhalb Jahre wird Pierre Pflimlin, Rechtsanwalt elsässischer Abstammung jetzt versuchen, Volkesstimme in Europa Gewicht zu verleihen.

Seine fünfunddreißig Jahre im Dienst Europas verliefen nicht frei von Brüchen. Der schärfste Bruch wurde von Pflimlin selbst vollzogen: Am 16. Mai 1962 – einen Tag nach der Absage Charles de Gaulles an ein integriertes Europa – legten Pflimlin, Maurice Schuman und drei weitere Minister, alle Mitglieder der Volksrepublikanischen Partei (MRP), aus Protest ihre Ämter im Kabinett Pompidou nieder. Ein Rücktritt aus Protest gegen ein Zuwenig an Europa – das hat es weder in Frankreich noch sonstwo in der Gemeinschaft jemals wieder gegeben.

Pflimlin – in Roubaix geboren, Vater und Mutter jedoch Elsässer – blieb seiner europafördernden Linie treu. Er half, den Europarat in Straßburg zu verankern. Er erfand einen Plan für eine gemeinsame Agrarpolitik, als die Montanunion gerade erst gegründet war. Ein Vierteljahrhundert, von 1969 bis 1984, bestimmte er die Geschicke der Elsaßmetropole Straßburg – und erlebte ähnliche Enttäuschungen wie im Ministeramt: Seine Ambitionen für Straßburg fanden in Paris keinen Widerhall.

Aber der letzte Ministerpräsident der Vierten Republik, der in dieser Funktion 1958 scheiterte, als die Algerienkrise ihren Höhepunkt erreichte, setzte in Kleinarbeit durch, was er sich vorgenommen hatte. Straßburg wurde unter seiner Führung – neben Brüssel – zum Synonym für Europa. Und anders als Brüssel zum Synonym für das Europa der Bürger und nicht der Bürokraten. Spät erst – unter Giscard d'Estaing – fand er dann die (auch finanzielle) Unterstützung, die notwendig war, um le carre four de l'Europe für die heutigen Bedürfnisse auszubauen. Ein neues Parlamentsgebäude enstand an den Ufern der Ille, der Flughafen Entzheim wurde erweitert – Plimlin war und ist bemüht, den Abgeordneten ihr Provisorium im europäischen Wanderzirkus so angenehm wie möglich zu machen. Dieses Engagement in der Sache kann seine distanzierte Art, in der er Simone Veil gleicht, allerdings nicht immer ausgleichen – und ebensowenig die Härte, in der er zuweilen mit seinen Mitarbeitern umspringt, wenn es in Sachen Europa nicht so vorangeht, wie er es gerne hätte. PierrePflimlin ist ein ungeduldiger Europäer von 77 Jahren.



Straßburger in Straßburg: Pflimlin FOTO: POLY-PRESS

Seine europäischen Mitstreiter, die Christdemokraten, die Liberalen und die Gaullisten werden jedoch in einer Hoffnung enttäuscht werden: Als Präsident des Gesamtparlaments wird Pflimlin weniger als früher in der Lage sein, sich für Straßburg als dem einzigen Sitz des Europaparlaments einzusetzen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Zustimmung der Brüssel-freundlichen britischen Konservativen zur Wahl Pflimlins von ihm mit einer gewissen Zurückhaltung in der Sitzfrage beantwortet werden muß.

Aber sonst gab es englisch-französische Heiterkeit. Der Vorsitzende der britischen Konservativen, Sir Henry Plumb, merkte in seinem Glückwunsch an, daß Pflimlin mit Pfläumchen zu übersetzen sei – demnach sei er selber wohl die große Pflaume. Zur Klarstellung: Pflaume ist im englischen nichts Herabsetzendes, und wenn auch Plumb eigentlich Lot bedeutet, so wird es doch wie Pflaume ausgesprochen und gibt den beiden Fraktionen die Möglichkeit eines freundlichen gegenseitigen Anpflaumens zum Ausloten der gemeinsamen Möglichkeiten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WALL STREET JOURNAL

Die New Yorker Zeitung schreibt über Bonns Deutschlandpolitik:

Die traurige Wahrheit ist, daß die Westdeutschen ihren letzten Pfennig nach drüben schicken können, ohne die Mitteldeutschen ein bißchen freier zu machen. Sie sorgen nur dafür, daß die Kommunistische Partei erfolgreicher aussieht . . . Das ist kaum eine Formel, mit der sich das Regime und seine sowjetischen Hintermänner unter Druck setzen lassen, eine totalitäre Politik zu liberalisieren . . . Es kann plausibel argumentiert werden, daß eine größere politische Instabilität im Ostblock für Europa gefährlich sein könnte. Aber wenn Westdeutschland die Mitteldeutschen dazu besticht, die kommunistische Herrschaft zu akzeptieren und keine Wellen zu schlagen, dann gibt es lediglich kommunistischer Erpressung nach: Entweder ihr helft uns bei der Aufrechterhaltung der Ordnung, oder der Teufel ist los. Vielleicht fragt sich Bonn manchmal, ob es bereit ist, weitere 40 Jahre zu warten und auf der Suche nach Verbesserungen weitere Milliarden auszuleihen, oder ob es lohnenswert wäre, eine etwas härtere Gangart zu riskieren, nur um zu sehen, was passiert.

Bremer Nachrichten

Zum Ausgang der Wahl in Israel bemerkt das Blatt:

Israel befindet sich nach übereinstimmenden Wahlbewertungen der Politologen und Staatsrechtler am Rande einer schweren konstitutionellen Krise. Schlimmstenfalls verwandelt sich der jüdische Staat in ein nahöstliches Weimar, wahrscheinlicher jedoch in eine israelische Spielart der 4. französischen und der gegenwärtigen italienischen Republik: knappe Mehrheiten, die keine vernünftige Regierungsarbeit zulassen, häufiger Regierungswechsel und noch häufigere Regierungskrisen. Also genau das, was ein derart mit existentiellen Problemen belasteter Staat wie Israel um fast jeden Preis vermeiden sollte.

WIESBADENER KURIER

Über das Wahlergebnis in Israel heißt es hier:

Es wird sich wenig ändern in Israel, egal wie die neue Regierung schließlich aussehen wird. Wenn man tonangebend wird, kann bei einem Zusammengehen mit den meist radikalen „Religiösen“ nicht einmal die ständig neuen Unfrieden schaffende Siedlungspolitik revidiert werden.

Das Interesse Israels an einer Notstandskoalition

Aber Peres möchte unbedingt das Spitzenamt / Von Peter M. Ranke

Obwohl die israelischen Parlamentswahlen keine klare Entscheidung brachten, ist die Stellung von Ministerpräsident Itzhak Schamir jetzt stärker als zuvor. Nach der Verfassung kann er nun nicht gestürzt werden und ist nicht abwählbar, ehe nicht ein anderer Politiker die Mehrheit von 61 Stimmen der insgesamt 120 Mandate zusammenbringt und zum Regierungschef gewählt wird. Auch Staatspräsident Herzog kann sich jetzt Zeit lassen, denn ehe nicht die Wahlergebnisse im Staatsanzeiger veröffentlicht sind, kann er niemanden mit einer Koalitionsbildung beauftragen.

Bei andauernden Koalitionsverhandlungen und gegenseitigen Blockaden kann Schamir noch wochenlang regieren. Er hat diese Tatsache schon einen Tag nach der Wahl genutzt, um unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Einmal läßt er das israelische Verbindungsbüro in Libanon schließen. Zum anderen belastet er die 2000 Dollar, die jeder Israeli pro Auslandsreise bekommt, mit einer Zusatzsteuer von 300 Dollar und schafft die einmal jährlich mögliche Überweisung von ebenfalls 2000 Dollar ins Ausland ganz ab.

Das sind erste Maßnahmen zur Eindämmung der Wirtschaftskrise, härtere müssen folgen. Doch sie wären leichter durchzusetzen, wenn es Regierungschef Schamir gelänge, die von ihm als dringend notwendig erachtete nationale Notstands-Koalition mit der oppositionellen Arbeiterpartei von Shimon Peres sowie mit anderen Parteigruppen zustande zu bringen.

Aber Peres zögert noch, weil er seine letzte Chance sieht, Ministerpräsident zu werden und vielleicht eine hauchdünne Mehrheit zu sammeln (für die er mindestens 15 zusätzliche Mandate unter Einschluß der Kommunisten benötigte). Grundsätzlich ist er bereit, aber eine Koalition der nationalen Einheit soll es nur unter seiner Führung geben und zu seinen Bedingungen. Daran hält vor allem der linke Flügel seiner Partei fest, sonst droht die Abspaltung.

Ein entscheidender Punkt bei der nationalen Koalition wäre, daß die mächtige Gewerkschaftsorganisation Histadrut von der Arbeiterpartei verpflichtet wird, die wirtschaftlichen Gesundungsrezepte zu unterschreiben und einem Lohnstopp zuzustimmen. Dafür braucht Schamir das Bündnis mit Peres, so gravierend auch sonst die innen- und außenpolitischen Differenzen sind.

Ein zweiter wichtiger Grund für ein Zusammengehen von Likud und Labour ist eine Änderung des Wahlgesetzes. Jetzt sind nur ein Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen notwendig für den Einzug ins Parlament. Es sollten mindestens zwei Prozent sein, um eine Sperre gegen Zersplitterung – und Erpressung – zu bauen.

Die Arbeiterpartei unter Peres wird einsehen müssen, daß Schamir im stillen sogar dazu bereit ist, gemeinsam dem Vordringen des jüdischen Fundamentalismus in Israel entgegenzutreten. Die Festnahme einer Terrorgruppe, von der 24 Angehörige noch abgeurteilt werden müssen, war ein Alarmzeichen, daß religiöse Eiferer zu Waffen und Sprengstoff greifen. Im Wahlkampf wurde das Thema kaum erwähnt, weil die Regierung scharf durchgegriffen hatte und nicht zum Nachgeben gegenüber Scharfmachern bereit war. Aber nun sitzt einer von ihnen, Rabbi Kahane, sogar im Parlament.

Und es lohnt auch außenpolitisch, Labour einzubinden. Vor der Wahl bekam Peres Hinweise aus Washington, König Hussein könnte einen sofortigen Verzicht auf Siedlungsbau und den Geldentzug für bestehende Siedlungen in den besetzten Gebieten durch Aufgeschlossenheit für Friedensgespräche honorieren. Das hätte Washington vor der eigenen Präsidentenwahl gut als Wiederbelebung der „Friedensoffensive“ von Reagan verkaufen können. Peres ging prompt darauf ein, ohne irgendwelche arabischen Zusicherungen zu haben oder die eigene Diplomatie zu konsultieren.

Die ständigen Abzugsbeteuerungen von Peres in der Libanon-Frage wiederum führten dazu, daß die Israelis im Südlibanon kaum noch Verbündete finden. Denn wer setzt schon auf einen Partner, der in einem halben Jahr nach Hause geht? Auch für den Vorschlag, die UNO-Truppe solle zum Schutz der israelischen Nordgrenze eingesetzt werden, hatte Peres keinerlei Basis.

In der Siedlungspolitik ist ein Konsens zwischen Likud und Labour kaum möglich, die Tatsachen sind zudem nicht rückgängig zu machen. Da aber die Staatsfinanzen überstrapaziert sind, könnte man den Ausbau der bisher 110 Siedlungen und der neun neu in Angriff genommenen getrost den Privatmitteln der zionistischen Organisationen überlassen. Das käme auf ein Einfrieren hinaus. Friedensverhandlungen mit Jordanien sind ohnehin nicht in Aussicht.

Notwendigkeiten für eine große Arbeitskoalition in Jerusalem sind mehr als genug vorhanden, auch die Einsicht bei den Politikern wächst fast täglich. Israel kennt Streit und Zerwürfnis zur Genüge. Es verdient eine arbeitsfähige Regierungsmannschaft.

Fabius verspricht nur Schweiß, Blut und Tränen

Das Wort Reform tauchte nicht auf in der Regierungserklärung des neuen französischen Ministerpräsidenten Laurent Fabius. Mit ihm tritt der Sozialismus à la française in eine neue Phase, und manch einer fragt, ob Fabius überhaupt Sozialist ist.

Von A. GRAF KAGENECK

Mit dem Vertrauen der 279 sozialistischen Abgeordneten in der Kammer ausgestattet, geht Frankreichs Premierminister Laurent Fabius jetzt an seine, wie er sagte, „lange und schwere Arbeit der Modernisierung Frankreichs". Die 44 Abgeordneten der bisher im Kabinett vertretenen KPF enthielten sich in der Vertrauensabstimmung in der Nacht zum Mittwoch der Stimme.

Ihr Fraktionschef Lajoinie bezeichnete dies als eine „positive Enthaltung" und führte damit einen neuen Begriff in die französische Demokratie ein. Die Kommunisten hätten schlechterdings nicht mit der Rechten gegen die Regierung stimmen, ihr aber auch nicht zustimmen können, da „ihre Erwartungen für eine neue Politik in der Regierungserklärung des Premierministers nicht erfüllt worden" seien.

Fabius bedauerte die Stimmenthaltung und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß *man* eines Tages „wieder im Gleichschritt marschieren" werde. Auf jeden Fall, versicherte er, blieben Sozialisten und Kommunisten auf dem gleichen Wege. Die Kommunisten hatten das erste Exempel ihrer neuen Taktik der „selektiven Unterstützung der Regierung" geliefert, die sie nach dem Ausmarsch aus dem Kabinett vor einer Woche angekündigt hatten.

Für Gaullisten und Giscardisten war diese erste Reiberei in der Regierungskoalition willkommener Beleg für ihre Behauptung, daß der Präsident im Elysée-Palais nun keine Mehrheit mehr im Lande habe. Nur noch einer von fünf Franzosen stimme sozialistisch, sagten ihre Redner in der Debatte. Das Ende der Koalition sei vorhersehbar und alles erinnere peinlich an die erste Volksfront-Regierung Leon Blum von 1936, *die auch in Koalitions-Bruch und* Chaos im Lande geendet habe. Deshalb, so die Opposition, könnten nur noch Parlamentsauflösung und Neuwahlen Klarheit schaffen – ein Aufruf, der bisher im zynischen Gelächter der Sozialisten untergehe.

Das also ist die Ausgangslage für den noch nicht 38jährigen Laurent Fabius. *Er hat immerhin eine gute* Antrittsvorstellung geliefert. Zündend war es nicht, was er vortrug. Die Worte von Modernisierung und Einigung der Franzosen sind zu oft gebraucht worden, als daß sie noch irgendjemanden begeistern könnten. Der gebildete junge *Mann* weiß das. Deshalb hat er gar nicht erst versucht, irgendwelche rhetorischen Effekte an dem Mann zu bringen. Er sprach in einer eher langweiligen, eigenartig tonlosen, zuweilen metallenen Stimmlage, wobei ihm die Akustik des Palais Bourbon Schwierigkeiten machte. Er las vom Blatt ab, was er bisher nie tat, und hatte offenbar Lampenfieber.

Sosehr er an Giscard erinnert – dieselbe kahle, hohe Stirn, der gepflegt gearbeitete Flanellanzug, die vornehme Distanz, eine Spur von Schüchternheit und Kontaktschwäche – die souveräne Art des früheren Präsidenten, einen komplizierten Stoff aus dem Stegreif und in einem Stil darzulegen, der die Zuhörer zu Dummköpfen degradiert, hat Fabius nicht.

Aber er bemühte sich redlich, verstanden zu werden. Es war eine Schweiß-Blut-und-Tränen-Rede, die der Lage entsprach. Er werde rückhaltlos ehrlich sein, sagte der Premierminister, und dem Volk reinen Wein einschenken. Die Situation sei nicht rosig. Die Modernisierung der Industrie werde zunächst weitere Arbeitsplätze kosten, ehe sie neue schaffen werde. Der Prozeß werde lang und schwierig sein, neue Opfer fordern, und die „brutale Kaufkraftabschöpfung", *die man den Arbeitern* mit der Austerity-Politik zugemutet habe, müsse im Interesse des Franc vorerst weitergehen. Es führe nun einmal kein Weg daran vorbei, wann man Frankreich wieder auf die Beine stellen wolle. Daß es die Sozialisten mit ihrer leichtfertigen Konsumpolitik waren, die Frankreich von den *Beinen holte, erwähnte er freilich* nicht. Denn ursprünglich hatte er diese Politik als Budgetminister selber intensiv betrieben.

Ist das noch ein Sozialist, der da spricht? Es fällt auf, daß Fabius nicht ein einziges Mal das Wort Reform in den Mund nimmt, als wäre die Formel, die man drei Jahre lang bei jeder Sonntagsrede im Munde führte, plötzlich zur heißen Kartoffel geworden. Eine ganze Menge ist schon reformiert worden unter der Stabsführung des reformbesessenen Vorgängers Pierre Mauroy, nun soll erst einmal Pause sein. Um die Wähler zurückzuholen, bleibt dem jungen Mann, der nun eine neue Ära des *Sozialismus einleiten* und die Parlamentswahlen von 1986 gewinnen soll, nur die Flucht nach vorn, der Appell an die Vernunft und die Opferbereitschaft. Wenn er seine Wette auf die Zukunft gewinnen will, muß er sich mit den gemäßigten Gewerkschaften, mit den Patrons und den Bauern verständigen, in der Hoffnung, daß den Kommunisten und ihrer Gewerkschaft CGT dabei die Luft ausgeht.

Deshalb spricht Fabius von der „Öffnung der Wirtschaft", die er jetzt praktizieren will. Die Industriepreise werden *gelockert, die Kontrolle* wird bald ganz aufgehoben. Das gleiche gilt für die Devisen, für die Investitionen, die Steuerbegünstigung. Vertrauen muß wieder her. Das ist die Hinwendung zum Zentrum, die man nach dem Abgang der Mauroy-Regierung erwartet hatte.

Werden die Ultras in der sozialistischen Partei die Köpfe recken? Fabius muß es gleichgültig sein. Die Partei am Zügel zu halten, muß er dem Staatspräsidenten überlassen, der jetzt neben ihm in der vordersten *Linie steht. Er, Fabius, will die Fran*zosen einigen, ihnen mehr Freiräume schaffen, das Referendum zum ständigen demokratischen Brauch machen, den Schutz der Franzosen gegen Verbrechen verbessern, sie auch in der Außenpolitik zu einem Konsens bringen – was ihm noch am ehesten gelingen wird. Für den Rest muß er *auf seine Fortune vertrauen und* hoffen, daß ihm Prügel der Kommunisten erspart bleiben.


Der Regierungschef vor seiner Pariser Wohnung: Laurent Fabius
FOTO: FREDERIC REGLAIN/STUDIO X

Wo Angeklagte weder Rechte noch Chancen hatten

Manches Foto war bekannt, doch ein großer Teil des dokumentarischen Filmmaterials der ZDF-Sendung „Geheime Reichssache" wurde der *Öffentlichkeit zum erstenmal* vorgestellt. Ein Einblick in den Volksgerichtshof, in die Henker-Justiz eines Roland Freisler – aufgenommen mit versteckten Kameras.

Von ULRICH SCHMIDLA

Selten wird die Perversion sogenannter Rechtsprechung zur menschenverachtenden Treibjagd, wie sie vor dem Berliner Volksgerichtshof üblich war, deutlicher geworden sein. Denn Jochen Bauer konnte nicht nur auf bekannte Dokumente, sondern auch auf Filmmaterial über die Prozesse gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 *zurückgreifen, das erst vor kurzem* wiederentdeckt wurde.

Obwohl Goebbels die Filme unter dem Titel „Verräter vor dem Volksgericht", die auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers mit versteckten Kameras gedreht worden waren, zur geheimen Reichssache erklärt hatte und später sogar alle erreichbaren Kopien vernichten ließ, gelangten einige ins Ausland, unter anderem in die Sowjetunion.

Ein Großteil der neuesten Funde konnte Regisseur Bauer für seine Dokumentation jedoch nicht verwenden. Die Tonqualität war durch das Gebrüll von Roland Freisler, dem Präsidenten des Volksgerichtshofes, so schlecht, daß häufig nichts zu verstehen war. Erst mit Hilfe von elektronischen Tonfiltern wurden einige Passagen entschlüsselt.

Der Saal des preußischen Kammergerichts in Berlin, in dem Freisler thronte und willkürlich über Leben und Tod entschied, wurde immer wieder zur beherrschenden Szene des Films. Mit zwei Einstellungen hielten die Kameramänner das Geschehen im Gerichtssaal fest. Die eine Kamera, am Ende des Saales hinter einer Tür verborgen, rückte immer wieder den schimpfenden, brüllenden, beleidigenden Freisler ins Bild. Die zweite, durch eine Hakenkreuzfahne hinter Freislers Rücken verdeckt, zeigte die Angeklagten, deren Hinrichtung feststand.

Roland Freisler behandelte die Offiziere wie dahergelaufene Strolche. Männer wie Karl Goerdeler, Adam von Trott zu Solz, Ulrich von Hassell oder Michael Graf von Matuschka mußten ohne Hosenträger, Knöpfe, Gürtel und Krawatte vor ihm erscheinen. Wie Almosenempfänger sahen sie aus. Und der „Blutrichter von Berlin" machte aus seiner Haltung keinen Hehl. „Sie sind ja ein schäbiger Lump", giftete Freisler den Grafen Ulrich-Wilhelm Schwerin von Schwanenfeld an, als dieser die Morde der Nazis als Motiv für seinen Widerstand gegen Hitler angab.

Was die wiedergefundenen Prozeß-Aufzeichnungen am meisten deutlich machten, war die skrupellose Verhandlungsführung Freislers. Aussagen von Angeklagten und Zeugen wurden nach nationalsozialistischen Wünschen interpretiert oder auch niedergeschrien. Zeugen saßen plötzlich auf der Anklagebank. So im Fall des Freiherrn Ludwig von Leonrod und seines Beichtvaters Hermann Werle.

Zuerst war der katholische Priester Kronzeuge gegen Leonrod. Der Major hatte ihn in der Beichte gefragt, ob es eine Sünde sei, zu wissen, daß gegen einen führenden Mann des Staates ein Attentat geplant sei. In der Gewißheit, nur Zeuge zu sein, lieferte Werle den Henkern die geforderten Beweise. Doch nach der Hinrichtung Leonrods wurde auch Werle angeklagt und zum Tode verurteilt. In seinem Gnadengesuch hatte Leonrod ihn schwer belastet. Er schrieb: „Ich bitte zu berücksichtigen, daß ich mich nicht im Widerstand betätigt hätte, wenn ich nicht durch den Beichtvater anders beraten worden wäre." Ein Beispiel für viele.


Volksgerichtshof-Präsident Roland Freisler mit Hitler-Gruß vor der Hakenkreuzfahne. Hinter dem rechten oberen Balken des Kreuzes war eine der beiden Kameras versteckt, mit denen die Prozesse gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 gefilmt wurden.
FOTO: U. RÖHNERT

Bei Windstärke 10 wird der Patient festgeschnallt

Tag und Nacht sind vor der deutschen Küste Männer unterwegs, um Schiffbrüchige oder in Not geratene Surfer zu retten – 1983 waren es 247 Menschen. Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger ist eine private Organisation, die ihre Arbeit durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert.

Von W. WESSENDORF

Bei uns fällt keiner vom Tisch, bei Windstärke 10 wird der Patient festgeschnallt", beruhigt uns der stellvertretende Vormann Jörg Bünting (37) im Minihospital des Seenotkreuzers „Hermann Ritter". Der Mann aus Aurich gehört zu den 130 festangestellten Rettungsleuten der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) mit Stammsitz in Bremen. Der „leidenschaftliche Mediziner": „Wir können nicht zimperlich sein, wenn es darum geht, ein Menschenleben zu retten."

Zwischen der ostfriesischen Insel Borkum im Westen und dem mondänen Travemünde im Osten kreuzen die Männer Tag und Nacht vor der deutschen Küste. 1500 Einsätze sind sie im vergangenen Jahr gefahren, haben in dieser Zeit 247 Menschen das Leben gerettet. Ob im Hochsommer oder im stürmischen Winter, stets müssen die Retter ein wachsames Auge haben. So eilten die Retter, die dem Blanken Hans trotzen, 672 Wasserfahrzeugen zur Hilfe, die in Gefahr geraten waren. 369 Kranke und Verletzte seien von Seeschiffen, Inseln und Halligen auf das Festland transportiert worden.

Vier Kojen gibt es jeweils im Bordkrankenhaus der drei 44-Meter-Boote der DGzRS. Nach dem Motto „klein aber fein" sind sie modern ausgerüstet. Dort gibt es Beatmungsgeräte mit Absaugevorrichtungen, Magenschläuche, Notfall- und Medizinkoffer, deren Inhalte natürlich streng kontrolliert werden. An der Wand neben dem zentralen (Operations-)Tisch befindet sich ein EKG-Gerät. Kaum liegt der Patient auf dem Tisch, wird ein Funkgespräch ins Cuxhavener Krankenhaus angemeldet. Die EKG-Daten werden dann flugs dorthin gefunkt, und aus Cuxhaven kommen weitere Anweisungen. „Dennoch", so erzählt Bünting, „blieb die Kurve neulich eine Linie". Herzattacken auf See seien recht häufig, berichtet Bünting: „Das muß am Dauerstreß liegen, dem die Seeleute ausgeliefert sind."

Die Kranken werden oft mit Hubschraubern von den Rettungsbooten geholt. Es scheint Millimeterarbeit, so nahe fliegen die SAR-Piloten der Marine (SAR = search and rescue) an das wenige Quadratmeter kleine Hubschrauberarbeitsdeck der Rettungsschiffe heran. Dann muß der Kranke durch die kalte Seeluft gehievt werden. „Deshalb vermeiden wir nach Möglichkeit diese Prozedur bei Herz*anfällen", meint der Ostfriese, „und* steuern den nächsten Hafen an".

So wie der Vormann der „Wilhelm Kaisen", Peter Gruhlke – bei der DGzRS heißen die Kapitäne noch Vormänner. Der 43jährige Büsumer ist seit 17 Jahren dabei, in der dritten Generation. „Eine Woche sind wir auf Seetörn", erklärt er, „eine Woche auf Helgoland stationiert". Dann gibt es 14 Tage frei. Die geschichtsträchtige Insel in der Deutschen Bucht hat für die Seenot-Funkzentrale mitten in Bremen eine Schlüsselstellung. „Gerade bei den gefährlichen Nordwest- und Südwestwinden ist es ein vorgeschobener Posten, der für unsere Arbeit sehr wichtig ist", betont der Geschäftsführer, Kapitän Uwe Klein. Denn oft seien die Stürme so stark, daß die gefährlichen sogenannten Grundseen von der *Küste* aus nicht durchfahren werden können.

Die 1856 gegründete DGzRS ist eine private Organisation. Das Bundesministerium für Verkehr hat (erst) vor zwei Jahren der DGzRS die Rettungsaufgaben per Verwaltungvereinbarung übertragen. Darin unterscheidet sich das Werk von allen Nachbarstaaten, *sei es* Holland oder Dänemark, wo diese Aufgaben von staatlichen Stellen wahrgenommen werden. Die DGzRS lebt bis auf wenige Ausnahmen ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und Spenden. 1983 nahm sie dabei 17,2 Millionen Mark ein.

Vier von sieben Kapiteln haben die Experten der DGzRS für die IMO-SAR-Konvention erarbeitet, die im Juni nächsten Jahres weltweit in Kraft tritt. Die IMO (International Maritime Organisation) ist eine Gliederung der UNO; mit dieser Konvention soll erreicht werden, daß alle Länder sich einen gewissen Standard für ihre Rettungswerke zulegen. „Wir brauchen keine administrativen und technischen Änderungen vorzunehmen", meint Kapitän Klein. Die deutsche Gesellschaft werde dem in*ternationalen Standard* leicht gerecht. In der Seenotleitung Bremen, wo alle Einsätze koordiniert werden, macht zum Beispiel der Suchgebietsrechner in weniger als zwei Minuten einen Schiffbrüchigen ausfindig und druckt zudem eine Karte des betroffenen Gebietes aus.

Einer der spektakulärsten Unfälle *habe* sich im vergangenen November vor Cuxhaven ereignet, erzählen die Rettungsleute. In dichtem Nebel stießen die Containerschiffe „Ever Level" und „Itapage" zusammen. Die Männer des Seenotkreuzers „Arwed Emminghaus" brachten 15 der 18 Seeleute von der brennenden „Ever Level" in Sicherheit. Die „Wilhelm Kaisen" beteiligte sich an den Löscharbeiten.

Die „Leistungsbilanz" von Rau ist der Opposition ein Dorn im Auge

CDU in NRW legt Verfassungsbeschwerde ein / „Wahlpropaganda mit Steuergeldern"

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische CDU hat sich entschlossen, die in dieser Legislaturperiode dritte Organklage gegen die SPD-Alleinregierung anzustrengen. Gestern reichte Rechtsanwalt Bernhard Stüer die mehr als 30seitige Klageschrift beim Verfassungsgericht zu Münster ein. Sie wendet sich gegen die „gemeindebezogene Leistungsbilanz", die Ministerpräsident Johannes Rau im vergangenen Herbst in Auftrag gab und die jetzt vorliegt.

Als Erklärung für diese Maßnahme sagte Rau: „Wir brauchen diese Informationen als Hilfe für Entscheidungen, als Überblick für die Planungen und zur langfristigen Beobachtung des Raumes und der Struktur des Landes." Die CDU argwöhnt indes Unrechtmäßiges: Rau wolle sich und die SPD in ein günstiges Licht rükken, Ruhm über sich ergehen lassen und das auch noch zum günstigsten Zeitpunkt, wo sich Lob in Stimmen verwandelt – vor Wahlen nämlich. Und die finden für die Gemeinden am 30. September statt und ein halbes Jahr später sind gar Landtagswahlen.

Das Karlsruher Urteil

Nun hatten aber in Sachen Leistungsbilanz die obersten Hüter der Verfassung in Karlsruhe schon 1977 entschieden, daß Regierungen in Vorwahlzeiten (sechs Monate vor dem Termin), äußerste Zurückhaltung üben sollten. Sie verboten darüber hinaus ausdrücklich die Erarbeitung von Leistungsbilanzen aus Steuergeldern.

Dazu erklärten sowohl Regierungssprecher Helmut Müller-Reinig: „Wir veröffentlichen nichts", wie auch Rau selbst „Ich habe nie an die Herausgabe irgendeiner Broschüre und nie an eine breitangelegte Öffentlichkeitsarbeit gedacht." Doch scheinen der Union solche Aussagen allzu vordergründig. Denn jeder Landtagsabgeordnete kann Teile des Zahlenwerks beim Landesamt für Statistik für seinen Wahlkreis ordern. Was dann damit geschieht, führte als erster der Wesselinger SPD-Abgeordnete Albert Klütsch vor. Er informierte die Lokalzeitung seines Wahlkreises Brühl und bejubelte die Leistungsbilanz der Landesregierung. Auffällig dabei, daß lange Passagen wortgetreu aus der Bilanz vorgetragen und gedruckt wurden.

Beim Vergleich stießen die Unionsgutachter aber auch auf eine andere Tatsache: Exakt 396mal, genausoviel wie es Städte und Gemeinden gibt, wiederholt sich das Vorwort für die jeweiligen Gemeinde. Für die Experten ist diese penetrante Wiederholung der deutliche Hinweis dafür, daß es den Öffentlichkeitsarbeitern der Regierung vor allem darum geht, daß diese allgemeine Lobhudelei transportiert wird. Es komme also dem Kabinett Rau gar nicht auf exakte Daten und Fakten an, sondern lediglich auf den eigenen Lobpreis.

Bei näherem Studium aber entdeckten die Gemeinde-Experten noch andere Ungereimtheiten, die den Anspruch des Werkes, politisches Handeln transparent zu machen und eine zuverlässige Grundlage für politisches Handeln zu schaffen, ad absurdum führe. Denn so werden beispielsweise der Stadt Dortmund, einer der notleidenden Kommunen im Ruhrgebiet mit erheblichen Sorgen, ganze fünf Seiten gewidmet, der Abschnitt Umweltpolitik für die Stadt Dormagen mit knapp 15 Zeilen abgehandelt oder das Kapitel Agrar- und Forstwirtschaft für die Stadt Wuppertal in sieben Zeilen gestreift. Nun fragt sich die Opposition, wie solche spärlichen Daten Grundlage für politische Entscheidungen sein könnten.

Und noch etwas fiel den Gutachtern auf: Zuweisungen des Bundes sind nur gelegentlich aufgeführt, vor allem dann, wenn sie prozentual niedrig sind. Ist aber der Anteil von Bundeszuweisungen besondes hoch, wird dieser verschwiegen und lediglich die Pauschalsumme ohne Kostenträger genannt. Durch diese Zahlenmanipulationen sieht die CDU ihren Verdacht erhärtet, daß die Regierung „nur die Rosinen herauspicken läßt". Sie erinnert an interne Vermerke der Staatskanzlei, die Auftraggeberin der Leistungsbilanz, bei den Finanzdaten seien „politische Selektionen" vorzunehmen, bei unzureichenden Zahlen genügten, auch verbale Ausführungen, bei für die Landesregierung unterdurchschnittlichen Werten oder gar negativen Fakten könne ein Vermerk ganz entfallen, dafür sei besser auf positive Beispiele hinzuweisen.

„Selbstlob der Regierung"

Verdächtig ist der CDU auch, daß Anfang dieses Jahres in der Staatskanzlei eine neue Abteilung gebildet wurde für „Bestandsaufnahme und Entwicklung". Zu deren Erkenntnissen haben noch nicht einmal die Chefs der Referate Zugang. „Das ist ganz oben angesiedelt", heißt es in der Landesregierung. Nur wenige Exemplare des Gesamtwerkes existieren – laut offizieller Darstellung. Auf dem Verteiler stehen die Chefs der Ministerien, die Fraktionsvorsitzenden, der Landtagspräsident.

Die fünf Bände mit insgesamt 1500 Seiten, etwa 15 Pfund schwer – haben zumindest eines bewirkt: Landesbehörden, Regierungspräsidien, Kommunal- und Stadtverwaltungen ein halbes Jahr lang in Atem gehalten und den Steuerzahler viel Geld gekostet. Und der Union ein treffliches Argument geliefert, der Regierung Rau gehe es nicht um Daten und Fakten zum Wohle des Landes, sondern allein um Selbstlob zur Erhaltung der Macht.

Mit Leiter die Mauer überwunden

AP, Berlin

Unter Beschuß von „DDR"-Grenzsoldaten ist einem 22jährigen „DDR"-Bewohner in der Nacht zu Mittwoch die Flucht über die Mauer nach West-Berlin gelungen. Nach Angaben der Polizei überwand der Mann kurz vor Mitternacht an der Bernauer Straße im Bezirk Wedding die an dieser Stelle besonders gesicherten Sperranlagen. Die Soldaten eröffneten das Feuer auf den Flüchtling, verfehlten ihn aber. Zeugen berichteten, der Mann habe die Mauer mit Hilfe einer Leiter überstiegen. Er sei mit einer Schürfwunde am rechten Ellbogen auf einer nahegelegenen Polizeistation erschienen und dort der für Wedding zuständigen französischen Gendarmerie übergeben worden. Bei dem Geflüchteten, über dessen Personalien keine näheren Angaben gemacht wurden, handele es sich um einen Zivilisten.

Gegen den Schußwaffengebrauch hat der französische Stadtkommandant Berlins auch im Namen des britischen und des amerikanischen Stadtkommandanten bei den Sowjets protestiert. Er forderte die verantwortlichen Behörden auf, diesen unmenschlichen Praktiken ein Ende zu setzen.

Die „DDR"-Grenzanlagen an der Bernauer Straße sind besonders ausgebaut und auf dem neuesten technischen Stand. Sie bestehen aus einer Vormauer, einem Maschendraht, dem Fluchtstreifen, einem meist mit Alarmanlagen bestückten Maschendraht, den Panzersperren und der eigentlichen Mauer.

Bundeswehr hilft Arbeitslosen

W. K. Hannover

Die Bundeswehr hat im Jahr 1983 als Hilfen für die Eingliederung ausscheidender Soldaten ins Berufsleben 126 Millionen Mark aufgewendet. Diese Angaben machte der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Günter Ermisch, bei der Verabschiedung des Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung II, Karl-Heinz Backes, und der Amtseinführung seines Nachfolgers, Heribert Kraemer, in Hannover.

Darüber hinaus helfe die Bundeswehr arbeitslosen Jugendlichen und Schulabgängern, die erst nach der Bundeswehrzeit ihre Berufsausbildung beginnen möchten, durch vorrangige Einberufung, betonte Ermisch. So seien allein von Oktober 1983 bis April 1984 über 45 000 arbeitslose Jugendliche zum Militärdienst einberufen worden.

Gaßmann klagt gegen Kündigung

hs. Hamburg

Der Hamburger IG Metall-Sekretär Hermann Gaßmann, als Spion für die „DDR" rechtskräftig verurteilt und frühzeitig im Mai begnadigt, wird im September vor dem Arbeitsgericht Hamburg gegen seine Kündigung durch die Gewerkschaftsführung der IG Metall klagen. Die IG Metall-Führung hatte Gaßmann ungeachtet der Solidaritäts-Kundgebungen von IG Metall-Betriebsräten und Vertrauensleuten die Kündigung zum 31. Dezember 1984 bei sofortiger Beurlaubung ausgesprochen.

Der wegen geheimdienstlicher Tätigkeit zu zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilte Gaßmann hatte erst im Januar seine Strafe angetreten. Im Mai wurde er aufgrund eines Gnadenerlasses des Senats wieder auf freien Fuß gesetzt.

Sexuell belästigt: Regressanspruch

dpa, Frankfurt

Frauen, die während eines Auslandsurlaubs sexuell belästigt werden, haben unter Umständen gegenüber dem Reiseunternehmen einen Anspruch auf Schadenersatz und Rückerstattung der Reisekosten. Nach diesem Grundsatz hat das Landgericht Frankfurt in einem gestern veröffentlichten Urteil einer Klägerin die Kürzung des Reisepreises um 25 Prozent sowie Ersatz für nicht in Anspruch genommene Leistungen aufgrund vorzeitiger Rückreise zuerkannt.

Die Frau hatte im Mai 1980 eine zweiwöchige Pauschalreise nach Jugoslawien gebucht. Sie war am Urlaubsort – unter anderem auch im Hotel und vor allem in der hoteleigenen Diskothek – von einheimischen jungen Männern so erheblich belästigt worden, daß sie nach einer Woche den Urlaub abbrach. Für den Schaden habe das Reiseunternehmen aufzukommen, urteilte das Gericht. Es müsse dafür einstehen, daß der Vertragshotelier am Urlaubsort „die in seinem Einflußbereich liegenden Belästigungen nicht abgestellt hat". (Aktenzeichen: 2/24 S 113/82)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„US-Zinsen und Dollarkurs – Gefahr für deutsche Geldpolitik"

Sparkassen-Präsident Geiger: Mit Anpassung der Zinsen so lange wie möglich warten

MANFRED SCHELL, Bonn

Die ansteigenden Zinsen in den USA in Verbindung mit dem starken Anstieg des Dollarkurses bedeuten eine Gefahr für die deutsche Geldpolitik. Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, sagte in einem WELT-Gespräch, dennoch sollte bei uns mit Zinsanpassungen so lange wie möglich gewartet werden, denn bei dem hohen Dollarkurs handele es sich um „Übersteigerungen".

WELT: Herr Geiger, müssen wir aufgrund der wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklung in den USA mit einer neuen Zinswelle rechnen?

Geiger: Die ansteigenden Zinsen in den USA in Verbindung mit dem starken Anstieg des Dollarkurses bedeutet eine permanente Gefahr auch für die deutsche Geldpolitik. Bisher war es möglich gewesen, die deutschen Zinssätze stabil zu halten. Wenn natürlich beim Dollar die Drei-Mark-Grenze überschritten werden sollte, so würde es auch für unsere Stabilitätspolitik kritisch. Denn bisher konnte man davon ausgehen, daß durch die international stabilen, zum Teil nachgebenden Rohstoffpreise der Inflationsimport nicht stattfindet. Aber wenn der Dollarkurs weiter nach oben geht, dann muß man sich fragen, ob man nicht doch Zinsanpassungen vornehmen muß. Ich rate nur, diesen Schritt so lange wie möglich hinauszuzögern, denn an den wirtschaftlichen Fakten ist ablesbar, daß es sich bei dem hohen Dollarkus um Übersteigerungen handelt.

WELT: Sie rechnen damit, daß der Dollarkurs nach der Präsidentenwahl wieder sinken wird?

Geiger: Der Dollarkurs von 2,88 Mark ist gemessen an den realen Austauschverhältnissen zwischen D-Mark und Dollar stark überhöht. Irgendwann werden sich die realen Austauschverhältnisse wieder durchsetzen. Der amerikanische Kapitalmarkt finanziert nicht das Etatdefizit der USA. Die Vereinigten Staaten müssen dazu Kapital importieren. Und das ist nur durch einen steigenden Zinssatz möglich. Deshalb kommt Unruhe in die Weltfinanzmärkte. Natürlich hängt es sehr stark von politischen Entscheidungen ab, ob hier wieder realistische Verhältnisse einkehren.

WELT: In solchen Situationen wird immer wieder der Ruf nach Kontrollen laut?

Geiger: Kapitalmarktverkehrskontrollen müssen unter allen Umständen vermieden werden. Die Bundesrepublik Deutschland darf nichts tun, um den freien Austausch von Geld und Kapital zu behindern. Ich sage nochmals: Zinserhöhungen zur Normalisierung der D-Mark im Verhältnis zum US-Dollar darf es nur dann geben, wenn sie unabdingbar sind. Im Augenblick ist die Toleranzgrenze noch nicht überschritten, weil wir von den Rohstoffmärkten etwas entlastet sind.

WELT: Von seiten der Bundesbank kamen kritische Stimmen, der Sparer, der sein Geld auf das „normale" Sparbuch einzahle, bekomme zu wenig Zinsen. Wird dieser Sparer benachteiligt?

Geiger: Das kann man generell nicht sagen, weil das Angebot an den Sparer seit Jahren immer differenzierter geworden ist. Fast alle Sparkassen und Banken haben in den letzten Jahren Sondersparformen eingeführt: Zertifikate und Obligationen und dazu kommt ein breitgefächertes Wertpapierangebot. Die Zinsempfindlichkeit des Sparers ist deutlich gewachsen. Und deswegen ist der alleinige Blick auf den Spareckzins eben nicht mehr richtig. Deshalb halte ich diese kritischen Stimmen nicht für gerechtfertigt.

WELT: Sie haben Kritik an der letzten Diskonterhöhung durch die Bundesbank geäußert. Warum?

Geiger: Wir wissen aus der Vergangeheit, daß eine Anhebung der Sparzinsen auf breiter Front auch die Kreditzinsen steigen lassen. Dies würde eine zusätzlich Belastung unserer Wirtschaft sein, vor allem nach dem Arbeitskampf. Deshalb habe ich dazu geraten, vorsichtig auf diesen Schritt der Bundesbank zu reagieren und ihn vor allem nicht dazu zu benutzen, die eigene Zinsspanne aufzubessern.

Gärtner entdecken jetzt Lukullisches wie Broccoli, Fenchel und Zucchini

Aus der Presse von drüben

F. DIEDERICHS, Berlin

Wenn die Motivation der sozialistischen „Volksarmisten" gefragt ist, so greifen die SED-Ideologen vorzugsweise auf die alljährlichen NATO-Manöver zurück, um die Aggressionen des Klassenfeindes in den schillerndsten Farben darzustellen. „Im Fadenkreuz", so der Titel der Rubrik des Soldatenblattes „Volksarmee", stand unlängst das NATO-Herbstmanöver „Löwenherz", dessen Namensgebung allein schon drohendes Unbill suggeriert: „Der britische König Richard I. Löwenherz, dessen Name zu NATO-Übungszwecken gebraucht wird, war Ende des zwölften Jahrhunderts mit seinem Ritterheer an einem der räuberischen Kreuzzüge nach Palästina beteiligt" erinnert sich der Historiker des „DDR"-Landserblattes gerne.

Im gleichen Atemzug verweist der Autor darauf, einziger Zweck des Manövers sei es „die Grenze des imperialistischen Machtbereichs weit nach Osten zu verschieben". Das Manöver, das am 2. September in der Bundesrepublik beginnt und an dem 58 000 Soldaten teilnehmen, sei ein „provokatives Reise-Unternehmen". Für den „Aggressionsakt", der nach den Schilderungen der „Volksarmee" offenbar kurz bevorstehen muß, bediente sich die Bundeswehr auch der Erfahrungen des britischen NATO-Partners, der „schließlich mit 6300 Mann vertreten ist". Diese hätten „im Konflikt um die Falkland-Inseln" gelernt, mit den „hohen psychischen Belastungen" des Kriegsfalls fertigzuwerden.

Förderte der Griff in die Geschchte in diesem Fall „Löwenherz" hervor, so blätterte auch die Ostberliner Zeitung „Wochenpost" in den Annalen der Bundesrepublik, um der Boulevardzeile „Übungsschießen auf Streikende" Kraft und vermeintliches Fundament zu verleihen. Der Autor, der ein routinemäßiges Übungsschießen des Bundesgrenzschutzes propagandistisch aufbereiten mußte, blätterte bis 1965 zurück, um festzustellen, daß mit den harmlosen Pappfiguren nur streikende Arbeiter gemeint sein können. Er förderte einen staubigen Bericht der Zeitschrift „Die Polizei" zutage, in dem von einem „Feind im Inneren" die Rede war. Klar, daß jeder Schuß aus einem Grenzschutz-Gewehr nur einer Arbeiterseele gelten kann.

Verschwiegen wurden hingegen gestern in allen „DDR"-Presseorganen die Schüsse, die von „DDR"-Grenzsoldaten auf einen jungen 23jährigen Mann abgefeuert wurden, der dennoch unverletzt die Mauer nach West-Berlin überwinden konnte.

Appetit auf neue lukullische Errungenschaften machte gestern die Ost-„Berliner Zeitung": Erstmals wollen die Bauern und Gärtner der Genossenschaft „Edwin Hoernle" in Berlin-Marzahn ihr Sortiment um „Brokkoli, Knollenfenchel und Zuccini" erweitern. Als erste Kulturen sollen zudem Schnittlauch, Porree und Kohlrabi tiefgefroren dem Verbraucher angeboten werden. Bei dem sich aber dann die Frage stellen wird: Warum etwas einfrosten, was ohnehin in frischer Form rar ist und reißenden Absatz findet.

Karl Carstens läßt schön grüßen: Irgendwie muß seine Freude am munteren Marsch durch Mutter Natur, der er 1983 in Thüringen nicht frönen durfte, auch auf die „DDR"-Bürger abgefärbt haben, denn die „BZ am Abend" aus Ost-Berlin rückte ein hohes Lob auf die Wanderlust ins Blatt. Der geneigte Leser erfährt dabei, womit er seine müden Füße bekleiden sollte (falls es überhaupt Wanderschuhe im HO gibt.): „Will man gut zu Fuß sein, sind bequeme, eingelaufene Schuhe nun mal das Wichtigste. Selbst im Hochsommer gehe man keinesfalls mit dünnsohligen Riemchensandalen auf Wanderschaft, man würde es bald bereuen."

Zum Sport: Während in Los Angeles das olympische Dorf rege Ankunftstätigkeit vermeldet, widmen die sozialistischen Blätter der Stätte, wo ja die Sicherheit so gefährdet war, keine Zeile mehr. Hingegen blühen, wie im FDJ-Zentralorgan „Neue Welt", nicht nur ausladende Reportagen über nichtolympische Sportarten wie den Turnierangelsport („Zwei Fliegen mit einer Klappe"), sondern schüren die Sportschreiber auch die Freude auf die „Gegenolympiade", die sogenannten „Wettkämpfe der Freundschaft" Mitte August in Moskau (für Männer) und Prag (für weibliche Boykottgeschädigte).

Mit seinem Planspiel bringt Schmidt Bundesregierung in eine Zwickmühle

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Helmut Schmidt, der frühere Bundeskanzler, hat mit seinen Vorschlägen zur Harmonisierung der französischen mit der deutschen Sicherheitspolitik in den westlichen Regierungszentren ungewöhnlich starke Reaktionen ausgelöst. Paradoxerweise ist davon fast nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Der WELT-Bericht aus Paris (vom 23. Juli) zeigte die starke Ablehnung Frankreichs gegenüber Schmidts Ideen. Auch in Bonner Regierungskreisen werden sie mit großer Skepsis betrachtet. Ähnlich reagierte Washington, wo Bundesverteidigungsminister Wörner kürzlich aus nächster Nähe erfahren konnte, daß die politisch Verantwortlichen in den USA der Schmidt'schen Vision einer fast lupenrein europäisierten Militärverteidigung unseres Kontinents wenig oder nichts abgewinnen können.

Trotz der ersten positiven Reaktionen der Bundesregierung gegenüber der Öffentlichkeit sieht man intern doch sehr deutlich, daß Schmidts Vorschläge genau das Gegenteil von dem bewirken könnten, was Bonn will. Diese Zweideutigkeit hat man in Washington ebenfalls sehr klar analysiert und Minister Wörner bei seinem jüngsten Aufenthalt in den USA besorgt gefragt, ob sich in Schmidts Vorschlägen eventuell auch die Ansicht der für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlichen Bundesregierung ausdrückten. Wörner konnte dies mit großer Glaubhaftigkeit verneinen. Bonn kann nicht daran gelegen sein, daß in der Folge eines sicherheitspolitischen Zusammenrückens der Bundesrepublik an Frankreich (oder umgekehrt) die Bedeutung der amerikanischen Verantwortung für Europa und der US-Präsenz in Europa für die USA selbst allmählich verwässert würden.

In der Bewertung der Vorschläge des früheren Bundeskanzlers befindet sich die jetzige Bundesregierung in einer Art Zwickmühle. Sie ist wie Schmidt der Ansicht, daß Europa trotz seiner strategisch exponierten Lage als Riegelstellung gegen die sowjetische Machtausdehnung nach Westen im Bündnis der NATO-Staaten zu wenig Einfluß genießt. Sie ist auch wie Schmidt der Meinung, daß Europa seinen Einfluß nur über den eigenen politischen Einigungsprozeß und eine Verbesserung der eigenen konventionellen Verteidigungsmittel erreichen kann. Schließlich ist man sich in Regierungskreisen sicher, daß Schmidts Denkansatz richtig ist, zu versuchen, die europäischen Ziele über ein intensiviertes deutsch-französisches Zusammengehen anzustreben.

Über diese generelle Einigkeit hinaus fällt es der Bundesregierung aber schwer, Schmidt zu folgen, soweit er konkrete Vorschläge zu den Details einer deutsch-französischen Zusammenarbeit macht. Seine in der Bundestagsrede vom vergangenen 28. Juni geäußerte Feststellung, „30 französische und deutsche Divisionen zusammen reichen auf der Basis gemeinsamer operativer Pläne ... zur Verteidigung des westlichen Teils von Mitteleuropa und zur Abschreckung jedweden Angriffs aus, zumal wenn dann die holländischen und die belgischen Wehrpflichtverbände hinzugerechnet werden, außerdem jene amerikanischen und englischen Verbände aus Berufssoldaten, die ja



Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt FOTO:POLY-PRESS

wohl auch in späterer Zeit, wenn auch verringert, auf dem Kontinent verbleiben werden", hat in Regierungskreisen regelrechtes Mißbehagen verursacht.

Schmidt übersieht, daß beide Länder schon jetzt über mehr Kräfe verfügen, als er sie fordert. Wenn er aber sechs Divisionen mehr für die Bundeswehr will, so schüfe das für Bonn kaum lösbare Probleme für die derzeitige Finanz-, Ausbildungs- und Heeresstruktur. Im übrigen will es scheinen, als glaube Schmidt letztendlich, 30 – und im übrigen „mobilisierte" – Divisionen seien genug für die Abschreckung und Verteidigung Westeuropas. Dies schafft nach Ansicht von Bonner Regierungsexperten eine völlig falsche Vorstellung über die sicherheitspolitischen Zusammenhänge, die in Europa gelten. Indem der frühere Bundeskanzler die Präsenz insbesondere der US-Verbände in Europa in den Hintergrund schiebt, könnte der Eindruck entstehen, als sei die friedenssichernde Abschreckungswirkung auch ohne die USA möglich. Diese Ansicht wird von Regierungsseite als nicht akzeptabel bezeichnet. Die multinationale integrierte Vorneverteidigung wird als politisch wie militärisch wichtiger Faktor der Abschreckung angesehen.

Auch die Ansicht des früheren Bundeskanzlers, die Bundesrepublik sollte strategisch und territorial in die französische nukleare Abschreckung einbezogen werden, bereitet in Bonn sichtliches Unbehagen. Sie könnte geeignet sein, die Kräfte in der Bundesrepublik zu fördern, die es auf eine Abkopplung unseres Landes von der atomaren Schutzgarantie der USA abgesehen haben. Indirekt unterstützt Schmidt selbst solche Forderungen, weil er lediglich betont, auf die „nuklearstrategische" Abschreckung durch die USA könne nicht verzichtet werden. Das große Bindeglied der „Mittelstreckenwaffen" fiele damit den veränderten Einsichten Schmidts in die strategische Lage Europas anheim und damit weg. In Kreisen der Bundesregierung wird dies als geradezu gefährlich betrachtet. Ähnliche Ansichten dazu registrierte Wörner in seinen jüngsten Erörterungen mit amerikanischen Gesprächspartnern.

Generell wird deshalb die Rede Schmidts vom 28. Juni im Bundestag als psychologisch kaum hilfreich für die Zielsetzung, die Verbesserung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Frankreich, angesehen. Denn sie weckt in der deutschen Öffentlichkeit Erwartungen, die anhand der Gegebenheiten nicht erfüllbar sind. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gerät mit einem Zurückdrängen der Amerikaner aus Europa auf die schiefe Ebene. Schmidt wird aber von solchen, die die US-Präsenz reduzieren wollen, zum Fürsprecher ihrer Ideen erkoren werden, obwohl er sich wahrscheinlich von ihnen mißverstanden fühlen dürfte. Da aber der frühere Bundeskanzler auch in den USA den fast legendären Ruf des „erstrangigen Strategen und Sicherheitspolitikers" genießt, wird er mit seiner Ansicht auch dort für die Forderung herhalten müssen, ein Großteil der US-Verbände aus Europa könne abgezogen werden, ohne daß dann Schaden für die Sicherheit des Kontinents entstünde.

Diese von Bonn gefürchteten Folgewirkungen der Schmidt-Rede haben bei der Regierung bewirkt, sie in der Öffentlichkeit gewissermaßen ohne Echo zu lassen. Andernfalls, so glaubt man, würde sich eine noch größere Aufmerksamkeit auf sie richten und so die Schädlichkeit ihrer Forderungen sich erst voll auswirken. Deshalb will sich die Bundesregierung auf die Taktik des Ignorierens verlegen und im Verhältnis zu Frankreich pragmatische Schritte der Annäherung suchen, anstatt Paris zur Aufgabe seiner selbstgewählten Sonderrolle zu drängen. Das würde eher das Gegenteil bewirken, glaubt man in Bonn.

Kein „Umweltdenkmal"

400 000 Mark waren Hamburg für Beuys doch zuviel

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hamburgs parteilose Kultursenatorin, Helga Schuchardt, ist in der sozialdemokratischen Landesregierung der Hansestadt auf ein kulturpolitisches Riff gelaufen. Die Mehrheit der Senatsmitglieder verweigerte einem umstrittenen „künstlerischen Umweltvorhaben" des Düsseldorfer Bildhauers und Kunstprofessors Joseph Beuys die Zustimmung. Für 400 000 Mark wollte Beuys auf den Spülfeldern von Altenwerder schnellwachsende Weiden und Pappeln anpflanzen und dazu eine Basaltsäule als „ökologisches Mahnmal" errichten lassen. Ein Informationsbüro sollte das ganze Projekt, für das Helga Schuchardt sich stark gemacht hatte, abrunden.

Es war insbesondere der zum rechten SPD-Flügel zählende Bausenator Eugen Wagner, den das Vorhaben in Harnisch brachte. Zum Beginn der Senatssitzung vom Dienstag ließ Wagner in dieser Sache eine Tischvorlage verteilen, in der er kurzerhand beantragte, der Senat solle das Projekt ad acta legen und die 400 000 Mark für dringende Aufgaben, etwa im Umweltschutz, ausgeben.

Ganz so rigoros mochten die Rathausregenten freilich nicht entscheiden. Sie beshlossen, das „von Herrn Beuys für ein künstlerisches Umweltvorhaben vorgesehene Spülfeld" sei „angesichts seiner Zweckbestimmung", nämlich die Hafenerweiterung, nicht geeignet. Die Kulturbehörde aber solle das Gespräch mit dem Künstler weiterführen „mit dem Ziel, das Engagement von Herrn Beuys für ein kulturelles Vorhaben im Bereich des Umweltschutzes im Rahmen vertretbarer finanzieller Aufwendungen zu erhalten".

Die Senatsmehrheit war also nicht nur gegen den Standort für das Beuys-Kunstwerk; auch die Kosten erschienen den meisten Kollegen Helga Schuchardts als zu hoch: Sie befanden, „vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage" bestünden Bedenken dagegen, „für ein Projekt dieser Art 400 000 Mark auszugeben". Die solchermaßen abgeschmetterte Kultursenatorin will „das Gespräch mit Herrn Beuys fortsetzen".

Der Fall Beuys ist freilich nicht der einzige kulturpolitische Konflikt, mit dem sich Helga Schuchardt befassen muß: Soeben haben sämtliche Direktoren der sechs staatlichen Museen in Hamburg Alarm geschlagen und den Senat davor gewarnt, daß als Folge der rigorosen Sparpläne die von ihnen geleiteten Institute „wieder in der Provinzialität zu versinken drohen". Die Museen sollen im Jahr 1985 ihre Fachausgaben um rund vier Prozent senken. Mit diesen Geldern werden Ausstellungen vorbereitet und veranstaltet, die Sammlungsbestände restauriert und konserviert und Ankäufe getätigt. Mit großer Schärfe erinnern die Museumsdirektoren den Senat daran, daß der Kölner Museumsexperte Professor Gert von der Osten 1975 in einem Gutachten befand, die Museen in Hamburg seien „seit vielen Jahren an der unteren Grenze des Zumutbaren, von Ausbau gar nicht zu reden, gehalten worden".

Worms schaltete sich in den Fall Milz ein

WILM HERLYN, Köln

Auf Drängen des rheinischen CDU-Landesvorsitzenden Bernhard Worms hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Milz entschlossen, die Arbeitslosenunterstützung seiner Frau in Höhe von 15 414,60 Mark einer familienpolitischen Beratungsstelle zugunsten schwangerer Frauen in sozialen Notlagen zur Verfügung zu stellen. Das Ehepaar Milz sah sich in jüngster Zeit heftiger Kritik ausgesetzt, die in dem Vorwurf gipfelte, es hätte moralisch nicht einwandfrei gehandelt.

Ria Milz war 28 Jahre lang in dem Stukkateurbetrieb ihres Mannes im Eifelort Marmagen bei Euskirchen als kaufmännische Angestellte beschäftigt. Im März vor einem Jahr kündigte Milz seiner Frau, um bei den schlecht gehenden Geschäften wenigstens die 18 Arbeitsplätze seines Betriebes zu retten. Da sie ordnungsgemäß Versicherungen und Sozialabgaben geleistet hatte, sah die Behörde keinen Anlaß, Frau Milz das Arbeitslosengeld zu verweigern.

Dagegen betonte nun der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Lennartz, zwar bestehe der Anspruch zu Recht, doch müsse jeder Antragsteller eigenverantwortlich prüfen, ob er einen sozialen Anspruch auf Arbeitslosengeld habe. Immerhin erhalte der Ehemann Peter Milz als Abgeordneter in Bonn rund 12 000 DM pro Monat. Der CDU-Fraktionschef im Kreistag Euskirchen, Klaus Theodor Lemper, äußerte sich „zufrieden" über die Entwicklung nach dem Gespräch mit Worms.

Moskaus „zweite Wirtschaft" blüht, obwohl das System illegales Vorgehen ausschließt

Scheinverträge und frisierte Planerfüllung / Schwarzproduktion in krypto-privaten Firmen

Von BARBARA INOY

Johann Weber wurde wegen „mangelhaften Verantwortungsbewußtseins gegenüber dem Staatseigentum" zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. So stand es in der deutschsprachigen Zeitung „Freundschaft", die in der kasachischen Sowjetrepublik erscheint. Was war geschehen?

Weber hatte als Leiter eines Straßenbauabschnitts Schwierigkeiten mit der Beschaffung von Arbeitskräften, die für seinen neugegründeten Betrieb die notwendigen Produktionsräume bauen sollten. Also schloß er einen Vertrag mit einer dreiköpfigen Brigade von Schwarzarbeitern, die diesen Auftrag schnell und ordentlich erledigten.

Mit dem Fortschritt am Bau steigerte sich „jedoch auch Johanns moralischer Verfall". Um seinen neuen Kollegen gefällig zu sein, stellte er zwei Kranführer ein, die nur auf dem Papier existierten; kassierte die für diese Strohmänner bereitgestellten Prämien und Gehälter und ließ davon den Schwarzarbeitern ein „Handgeld" von 5494 Rubeln zukommen. Damit war der Tatbestand des „verbrecherischen Betrugs" erfüllt und Weber in die Mühlen der Justiz geraten.

Für den privaten Gewinn

Meldungen wie diese gehören für einen Leser sowjetischer Zeitungen zum Alltag. Sie illustrieren ein Phänomen, das der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Gregory Grossman als „zweite Wirtschaft" bezeichnet. Für Grossman zählen dazu „alle Produktions- oder Tauschaktivitäten ... die direkt dem privaten Gewinn dienen" und/oder „in bedeutendem Maße im bewußten Gegensatz zum geltenden Recht" stehen.

Überträgt man diese theoretische Definition in die Praxis, so bedeutet das, daß gesetzwidrige Verhaltensweisen, wie Korruption, Diebstahl, Betrug, Fälschung von Berichten, Ämterkauf, Mißbrauch von Staatseigentum, Umgehung von Preis- und Marktkontrollen, Steuerhinterziehung zum wirtschaftlichen und politischen Alltag der Sowjetunion gehören.

Grossman macht – wie andere Wirtschaftswissenschaftler auch – darauf aufmerksam, daß das Phänomen der zweiten Wirtschaft zwar keine ausschließlich sowjetische Erscheinung ist, da „jeder ihrer Aspekte ... in fast jedem anderen Land der Welt angetroffen werden" kann.

Für den interessierten Beobachter ist jedoch ein Blick auf die zweite Wirtschaft der Sowjetunion vor allem deshalb von besonderem Interesse, weil er es hier mit einem rechtlichen und sozioökonomischen Gefüge zu tun hat, dessen moralisch-ideologischer Anspruch illegale Verhaltensweisen praktisch ausschließt.

„Gutartige Verstöße"

Die Studie Grossmans macht deutlich, daß auch – und offensichtlich gerade – ein sozialistisches Land nicht ohne bestimmte dem Dogma zuwiderlaufende Mechanismen auskommt, um wirtschaftliche Schwierigkeiten abzumildern. Im Einzelfall kann dies zum Beispiel bedeuten, daß aufgrund der dirigistischen Wirtschaftspolitik für manchen Entscheidungsträger in der Sowjetunion bestimmte illegale Handlungsweisen nahezu zur Notwendigkeit werden. Für den Leiter eines Betriebes zum Beispiel kann das heißen, daß er zum Zwecke der Erfüllung oder Übererfüllung der verordneten Pläne Zuflucht zu Maßnahmen nimmt, die der britische Wirtschaftswissenschaftler Wiles als „gutartige Planverstöße" bezeichnet.

Ein praktisches Beispiel hierfür ist ein in der satirischen Wochenzeitschrift „Krokodil" erschienener Artikel. Er schildert einen Vorfall in Kujbyschew, bei dem die Beteiligten durchaus „im Interesse der Sache" handelten und sich dennoch gesetzwidriger Handlungen schuldig machten: Zwei Betriebe schließen einen fiktiven Vertrag über die Lieferung von Rohstoff für die Betonherstellung und die Rücklieferung des fertigen Betons. Die gegenseitig geleisteten Zahlungen in Höhe von etwa 150 000 Rubeln dienen beiden Betrieben dazu, den Stand ihrer Planerfüllung zu „frisieren", so daß statt der tatsächlich geleisteten 95 nunmehr 100,5 Prozent angegeben werden können.

Natürlich sind in solchen Fällen neben dem „Interesse an der Sache" auch zumindest indirekte Vorteile für die beteiligten Einzelpersonen – beispielsweise Prämien oder Beförderungen – ausschlaggebend. Folgerichtig läßt sich bei einer Untersuchung der zweiten Wirtschaft keine klare Trennungslinie zwischen legalen und illegalen Aktivitäten ziehen. Dies trifft auch auf die direkte private Ebene zu.

Ein Kennzeichen der sowjetischen Wirtschaft ist die extreme Einschränkung privater Aktivitäten einschließlich des Kaufs und Verkaufs von Waren um des Profits willen. In einigen Bereichen allerdings ist eine gewisse Aufweichung dieses Prinzips durchaus möglich, etwa bei der Agrarproduktion in privaten Nebenwirtschaften, die laut Grossman etwa ein Viertel der gesamten Agrarproduktion ausmacht.

Eine Folgeerscheinung ist der private Einzelhandel mit Agrarprodukten auf den sogenannten Kolchosmärkten, wodurch dem sowjetischen Verbraucher direkter Nutzen widerfährt: Das tägliche Übel der „Versorgungsengpässe" wird gemildert, das Warenangbot breiter gefächert. Da dieser positive Effekt freilich auch eine negative Seite hat, ist besonders für sowjetische Ideologen ein bisher ungelöstes Problem.

Der an sich zu begrüßende private Unternehmensgeist ist zwar von allgemeinem Nutzen, bringt jedoch auch eine „kleinbürgerliche Denkweise" mit sich.

Marktlücke entdeckt

Die „Komsomolskaja Prawda" vom 29. Juni 1983 bringt ein Beispiel dafür, „wie die Jagd nach dem Profit die Menschen sittlich ins Verderben stürzt": Angehörige eines Sowchos hatten den verordneten Anbauplan mißachtet und eine Marktlücke entdeckt: Sie bepflanzten nahezu das gesamte private Hofland mit Erdbeeren und verkauften diese recht erfolgreich zu überhöhten Preisen. Der Berichterstatter der „Komsomolskaja Prawda" tadelt die „Raffgierigen", deren Einkünfte „in Tausenden gemessen" wurden, und zitiert eine empörte Leserin, die durch derartige Aktivitäten „die Kluft im Lebensstandard zwischen uns, den Käufern und solchen ‚Verkäufern" mit jedem Jahr größer" werden sieht.

Der Gegensatz zwischen den mit Haus, Auto und Wertgegenständen gesegneten „Erdbeerkönigen" und einer „Normalverdienerin" („Ich arbeite schon über 18 Jahre, aber ich habe weder Ersparnisse noch teure Kleidung oder ein Auto, weil ich von meinem Lohn lebe") paßt durchaus nicht ins Bild von der oft verkündeten Gleichheit aller Bürger. Vorkommnisse wie das Geschilderte sind im sowjetischen Wirtschaftsalltag keine Seltenheit. Grossman berichtet von einer Befragung unter sowjetischen Emigrantenfamilien, die zum Ergebnis hatte, daß mehr als 40 Prozent aller Befragten über ein privates Nettoeinkommen verfügten.

Kapitalistisches Muster

Neben derartigen individuellen privaten Unternehmungen – legal oder illegal – die nicht mit der Nutzung von Lohnarbeit verbunden sind, unterscheidet Grossman die Fälle, in denen Lohnarbeit in Anspruch genommen, also im Prinzip nach „kapitalistischem Muster" vorgegangen wird. Ein großer Teil der die zweite Wirtschaft bestimmenden „Schwarzproduktion" findet „innerhalb und unter dem Deckmantel offizieller (sozialistischer) Betriebe statt".

Diese „kapitalistischen Betriebe" teilt Grossman in zwei Hauptgruppen ein: „Untergrundfirmen", das heißt private Kleinfirmen, die nicht unter dem Deckmantel eines offiziellen Betriebs arbeiten und „Krypto-private Firmen", die unter einem solchen Deckmantel arbeiten. Zur ersten Gruppe gehören zumeist kleine Handwerksbetriebe, die sich ihr Betriebskapital zum einen aus nicht unerheblichen privaten Investitionen und zum anderen aus gestohlenen Materialien geschaffen haben. Dieser Diebstahl ist notwendig, weil die Produktionsmittel nicht frei verkäuflich sind – so ist beispielsweise der Besitz von Leder oder Handwerkszeug zur Reparatur oder Herstellung von Schuhen illegal.

Der größte Teil der Schwarzproduktion findet nach Grossman in krypto-privater Form statt. Das bedeutet, daß innerhalb der regulären wirtschaftlich-administrativen Hierarchie gleichzeitig „für den Plan" und für den privaten Profit gearbeitet wird („Parallele Produktion").

Mitterrand fordert Einigkeit

AP, Paris

Staatspräsident Francois Mitterrand hat gestern die neue Regierung Frankreichs, die nur von den Sozialisten gebildet wird, aufgerufen, sich um eine Milderung der politischen Zerrissenheit des Landes zu bemühen. Das von dem neuen Ministerpräsidenten Laurent Fabius geleitete Kabinett hatte in der vorangegangenen Nacht vom Parlament allein mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen erhalten. Die nicht mehr an der Regierung beteiligten Kommunisten hatten sich der Stimme enthalten. Regierungssprecher Roland Dumas berichtete, daß Präsident Mitterrand bei der wie üblich von ihm selbst geleiteten Kabienttssitzung betonte, daß die Regierung das ganze Land repräsentiere.

Laut Dumas sagte Mitterrand, die Regierung werde zwar selbstverständlich die Politik der Mehrheit vertreten und deshalb unweigerlich in Gegensatz zur Opposition geraten, doch müsse das Kabinett auch fähig sein, sich über die Probleme zu erheben. Unter allen Umständen, so Mitterrand, müsse die Regierung ihre politischen Gegner als Bestandteil ein und desselben Frankreich ansehen.

Israel schließt Verbindungsbüro

AFP, Jerusalem

Die israelische Regierung hat gestern die Schließung ihrer ständigen diplomatischen Vertretung in Beirut bestätigt. Wie das Außenministerium in Jerusalem bekanntgab, ist dieser Schritt auf einen Beschluß der libanesischen Regierung zurückzuführen, die für den Schutz der Vertretung abgestellten Soldaten abzuziehen.

Israel werde jedoch auch in Zukunft seine Kontakte mit den politischen Persönlichkeiten und Vertretern der libanesischen Volksgemeinschaften aufrechterhalten, hieß es in dem Kommuniqué des Außenministeriums. Das diplomatische Personal aus Beirut werde so bald wie möglich nach Israel zurückkehren. Ein Teil der israelischen Diplomaten in Beirut hatte bereits am Dienstag abend die Ständige Vertretung verlassen.

Die Haitianer wehren sich mit Hungerrevolten

Duvalier zu Zugeständnissen genötigt / Druck der USA

WERNER THOMAS, Miami

Die blutigen Ereignisse hinterließen ein Gefühl der Fassungslosigkeit und der nervösen Unsicherheit. Viele Haitianer stellen die Frage: Waren das nur sporadische Eruptionen oder die ersten Signale des bevorstehenden Endes einer Epoche? Ein diplomatischer Beobachter weiß keine Antwort, spricht jedoch von einer „explosiven Situation".

Die Hungerrevolten der letzten Wochen, die möglicherweise fünf Todesopfer und mehrere Dutzend Verletzte forderten, haben das Regime des jungen Präsidenten Jean-Claude Duvalier erschüttert. Sie waren vor allem ein psychologischer Schock: Zum ersten Mal in der fast 27jährigen Herrschaft der karibischen Dynastie demonstrierten Menschen auf den Straßen gegen die politischen und sozialen Verhältnisse. Sie bespuckten Minister, steinigten ihre Autos, stürmten Geschäfte, Lagerhallen und Polizeireviere und schrien: „Nieder mit Duvalier."

Die Zwischenfälle erfaßten fünf Städte, darunter Cap Haitien, die zweitgrößte Metropole (100 000 Einwohner), im Norden der Insel gelegen. Erst der Einsatz von Armee-Soldaten, die sich weitgehend diszipliniert verhielten und unnötiges Blutvergießen vermieden, und die Versprechungen der Regierung, die Not zu lindern, konnte die Revolten unter Kontrolle bringen.

Die Not ist größer denn je. Haiti, das ärmste Land Lateinamerikas (durchschnittliches Jahreseinkommen: 264 Dollar), wurde in den letzten Jahren von verschiedenen Schicksalsschlägen getroffen: die Rezession. Die von dem Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten Sparmaßnahmen, der dramatische Rückgang des Tourismus von 75 Prozent innerhalb der letzten vier Jahre, der zur Schließung einiger Luxushotels führte. Die Panik über die gefährliche AIDS-Krankheit, die gelegentlich bei Haitianern diagnostiziert worden war, hatte viele Urlauber abgeschreckt. Schließlich mußte die Regierung alle Schweine schlachten lassen, um einem Ausbruch der Schweinepest zu begegnen.

Die Haupstadt Port-au-Prince, Zentrum des Beamtenapparates und der Industrie, konnte die Krise bisher ohne Krawalle überstehen. Das Land nicht. Der Hunger trieb viele Haitianer dazu, Hunde, Ratten oder halb verfaulte Lebensmittel zu essen – und schließlich zu rebellieren.

Ironischerweise erleichterte die Liberalisierungspolitik des 32jährigen „Präsidenten auf Lebenszeit" die Entscheidung zum offenen Protest. Der von den Vereinigten Staaten unter Druck gesetzte Duvalier verbesserte im März die Menschenrechtssituation. Er dekretierte in Briefen an den Justizminister, den Innenminister, die Armee- und Polizeikommandeure sowie den Geheimdienstchef, daß kein Haitianer mehr mißhandelt oder gefoltert werden darf. Die Briefe wurden in allen Zeitungen veröffentlicht. Richard Jean-Noel, der Bürgermeister von Gonaive, Schauplatz der schwersten Zwischenfälle, sagte: „Die Leute wußten, daß ihnen nichts passieren würde und gingen deshalb auf die Straße."

Auguste Robinson, der Bürgermeiser von Cap Haitien, urteilte ähnlich, übte jedoch Kritik an der weichen Welle: „Menschenrechte – das ist schön und gut. Man kann in Haiti aber keine Demokratie nach westlichem Muster einführen."

Duvalier kann aber auch nicht zu den Zeiten brutaler Repression seines Vaters François („Papa Doc") zurückkehren, wenn er die internationale Wirtschaftshilfe nicht verlieren will. „Er muß die ZÜgel lockern", meint ein Vertreter der US-Botschaft.

Sylvio Claude, der christdemokratische Führer und prominenteste Oppositionspolitiker, steht nicht mehr unter Hausarrest. Er darf sich frei bewegen und eine forsche Zeitschrift, „Conviction", verlegen. Gregoire Eugene, Chef der christlich-sozialen Partei, konnte im Februar nach einem dreijährigen Exil nach Haiti zurückkehren. Er gibt das nicht minder kritische Blatt „Fraternité" heraus. Die Regierung toleriert zwei andere Oppositionsorgane, „Le Petit Samedi Soir" und „Information".

Jean-Claude Duvalier, seit dem Tod seines Vates vor 13 Jahren an der Macht, versprach den notleidenden Provinzen Brot und Arbeit. Er bildete sein Kabinett radikal um, fünf Minister verloren ihre Posten. Die Liberalisierung soll mit der Legalisierung politischer Parteien fortgesetzt werden.

(SAD)

Nicht mehr ratlos vor dem Feinde

Klaus Hornungs Anthologie über rationale Friedenssicherung

„Nur wenn Volkscharakter und Kriegsgewohnheit in beständiger Wechselwirkung sich tragen, darf ein Volk hoffen, einen festen Stand in der politischen Welt zu haben" (Clausewitz)

Erinnern wir uns: Die Ostpolitik Bonns hatte über ein Jahrzehnt die politische Hinnahme der verschiedenen sowjetischen Herrschaftsarten und -bereiche über besetztes deutsches Land zwischen Königsberg und Karlsbad zum Inhalt. Dabei wurde jede neuerliche Preisgabe deutscher Interessen mit der Fanfarenmeldung begrüßt: Der Frieden ist wieder ein Stück sicherer geworden!

Am Ende jenes Reigens nationaler Selbstentäußerung stellte ein westdeutscher Kanzler fest, nunmehr befänden wir uns in einer

Frieden ohne Utopie
Herausgegeben von Klaus Hornung, Sinus Verlag, Krefeld, 184 S., 18,90 Mark

Situation ähnlich der vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Ein tiefes Erschrecken durchzitterte die Republik. Was tun? Die einen empfahlen einen Weg, der – konsequent – auf die Preisgabe des territorialen Rests hinauslief; die anderen – ebenso konsequent – plädierten für die Fortsetzung der Politik der Geschenke und Konzessionen gegenüber dem Osten; und da ansonsten kein Land mehr zu vergeben ist, wird nun in Geld und Wissen gezahlt.

Gemeinsamer Nenner beider Richtungen war der Frieden. Der wahlberechtigten Bevölkerung des Jahres 1983 wurde zwischenzeitlich kund und zu wissen getan, daß sich die Regierung Kohl für den zweiten Weg entschieden hat – jedenfalls vorläufig.

Das goldene Dezennium der Friedenspolitik blieb natürlich nicht ohne anregende Auswirkung auf die Schöpferkraft deutschen Geistes. Bibliotheken füllten sich mit Friedensliteratur, eine eigene wissenschaftliche Disziplin – die Friedensforschung – erblühte aus der Mutation deutschen Charakters, und bald schon wälzten sich auf den



Klaus Hornung FOTO: DIE WELT

Straßen der Städte die Massen einer ganzen „Bewegung", die sich dem Frieden geweiht hatte.

Andererseits gab und gibt es auch Kräfte, Bestrebungen, Tendenzen, die bewußt oder unbewußt gegenteilige Ziele verfolgen, begünstigen, befördern. Gutgläubige sitzen ihnen auf, Ahnungslose werden ihre Opfer. Mit diesem Problembereich, der in Wissenschaft und Praxis zu finden ist, befaßt sich unter verschiedenen Aspekten, von verschiedenen Autoren erarbeitet, der von Klaus Hornung herausgegebe Sammelband „Frieden ohne Utopie".

Lassen wir den Herausgeber selbst sagen, was das Werk insgesamt und was die einzelnen Beiträge beinhalten und bezwecken sollen: „Gegenüber den Prämissen, Fehlansätzen und Kurzschlüssen der sogenannten 'kritischen' Schulen der Friedensforschung und den sie popularisierenden Behauptungen ohne Begründung, an Emotionen appellierenden, Argumentation verweigernden Parolen der 'Friedensbewegung' erinnern die in diesem Band versammelten Autoren an unleugbare Tatsachen und bestehen sie auf klaren Unterscheidungen."

Der erste Autor, Julien Freund, ein lothringischer Professor, befaßt sich mit der der Friedensforschung inhärenten Problematik, nämlich der ständigen Gefahr, wissenschaftliche Erkenntnis politischer Besserwisserei zu opfern.

Daß diese Gefahr so handgreiflich ist, belegt der Aufsatz des Heidelberger Professors Hans-Joachim Arndt; sein Beitrag bildet den wohlfundierten und abgeschlossenen Kern des ganzen Buches. Ein kenntnisreicher Abriß der wissenschafts-geschichtlichen Entwicklung der „Friedensforschung" wird vor dem Leser ausgebreitet. Darauf basiert dann seine aus langer eigener Erfahrung als Professor für politische Wissenschaften geschöpfte Darstellung des Spannungsfeldes, in dem sich seit Beginn der „Entspannungspolitik" die „Friedens- und Konfliktforschung" bewegte und an dem sie schließlich scheiterte. Wie sich eine Wissenschaft erst zur dienstbereiten Magd einer bestimmten Politik machen ließ, wie sich Wissenschaftler dann zu rechthaberischen Lehrmeistern über die Politik aufwarfen; wie neo-marxistische Agitateure in der Larve reiner Wissenschaftlichkeit schließlich das politische Märchen vom Wolf und den sieben Geißlein inszenierten und so ihren eigenen Beitrag zur Lähmung und Zerstörung des nationalen Behauptungswillens der westdeutschen Bevölkerung leisteten.

Andere Beiträge des Bandes (Friedrich Tenbruck: „Frieden durch Friedensforschung?" sowie Gerd-Klaus Kaltenbrunner: „Ratlos vor dem Feinde") setzen sich kenntnisreich mit anderen Formen zeitbedingten und zeitgemäßen Aberglaubens auseinander, wie z. B. mit dem allgemeinen Pazifismus und, vor allem, der christlich begründeten Kapitulations-Philosophie. Der Herausgeber läßt sodann einen Überblick über die Instrumentalisierung des „Friedens" in der sowjetischen Ideologie/Politik folgen, und Manfred Spieker, Professor für christliche Sozialwissenschaften, erfreut mit einer knappen und schlüssigen Darstellung der unterschiedlichen Strategien in West und Ost.

Die Stärke des Buches offenbart freilich zugleich auch seine Schwäche. Sie wird schon im Titel offenkundig. „Frieden ohne Utopie" – gewiß; aber für wen? Etwa für das deutsche Volk, das ohne Frieden und geteilt im Status der „Beendigung des Kriegszustandes" verharrt? Leider nicht! „Frieden in Freiheit" heißt eine andere Überschrift; doch wessen Freiheit ist gemeint? Auch die der Deutschen in Dresden und Oppeln, die in Unfreiheit leben müssen? Mitnichten!

Es reicht eben nicht aus, die Verirrungen der Zeitgenossen anzuprangern, wenn deren Ziel nur unweit vom eigenen zu finden ist; nämlich in der Aufrechterhaltung einer Status-quo-Idylle. Und es ist schon geistig unzureichend, die Systemveränderer zugunsten fremder Imperialismen anzugreifen, wenn deren Nährboden in Wissenschaft, Politik und öffentlicher Meinung überhaupt erst eine Folge derselben Biedermeier-Haltung ist, wie sie auf parteilicher und staatlicher Ebene anzutreffen ist.

Es ist die resignative Grundhaltung, die für müde Zeiten typische Ehe der Ziellosigkeit mit der Ratlosigkeit; und wenn Gottfried Benn den Rilke-Vers „Wer spricht von Siegen – Überstehn ist alles!" einst als Leitmotiv seiner Generation erkannte, so zeigt der Ruf nach dem „Frieden ohne Utopie", daß sich daran bis heute nichts geändert hat.

HARALD RÜDDENKLAU



Beim Sturz der Monarchie noch in einer Front: Sadat (Mitte) und Nasser (rechts) mit Generalstabschef Hakim Amer im Jahr 1953 FOTO: AP

Abrechnung statt einer Biographie

Mohammed Heikals Buch über den ehemaligen ägyptischen Präsidenten Anwar el Sadat

Als wir bis Ende 1965 in Kairo lebten, deckten wir Kissen über das Telefon, weil die Geheimpolizei mithörte. Den arabischen Sozialismus von Präsident Gamal Abdel Nasser (1954–1970) und sein Polizei-Regime lernten wir als bürokratische Mangelwirtschaft kennen, in der es kein Werkzeug, keine Ersatzteile gab und in der man nach einem Stück polnischer Butter anstehen mußte.

Es war Präsident Sadat (1970 – 1981), der die Wüsten-Konzentrationslager für politische Gegner auflöste, der Oppositions-Zeitungen zuließ, der Ägypten aus den sowjetischen Armen an die Seite des Westens führte, die Wirtschaft liberalisierte und endlich die Kriegsabenteuer und Großmacht-Ansprüche der Nasser-Zeit beendete, indem er Frieden mit Israel schloß und den Sinai zurückholte.

Als treuer und hochrangiger Anhänger Nassers, der damals als Presse-Zar durchaus schon zu den „fetten Katzen" Kairos gehörte, sieht der Journalist Heikal das alles natürlich ganz anders. Wegen seiner eher westlichen, unorientalischen Schreibe und seiner Detailkenntnisse wird er von vielen Korrespondenten als „Enthüller" der Sadat-Ära gefeiert, aber in Wirklichkeit ist er der Propagandist des „roten Pharao" Abdel Nasser. Er hat deshalb keine Biographie Sadats geschrieben, sondern eine gehässige Abrechnung über Sadat und ein Loblied auf Nasser.

Natürlich verschweigt er darum, daß der von Nasser gebaute Assuan-Hochdamm kein Segenswerk für das Land ist, daß der

Mohammed Heikal:
Sadat – Das Ende eines Pharao
Econ Verlag, 328 S., 39,80 Mark.

wahnsinnige Jemen-Krieg (1962–1967) und das Kriegsabenteuer im Sinai 1967 Ägypten hunderttausend Soldaten und viel Geld kosteten. Und warum wandten sich die Syrer von Nasser ab und flohen 1961 aus der Union mit Ägypten? Aber der Propagandist Heikal, der dabei war, als Nasser Zeitungen der Konkurrenz enteignete und aufrechte Journalisten-Kollegen wie die Brüder Amin oder Adel Sabet ins Gefängnis warf, singt nun Haßlieder auf den „Tyrannen" Sadat.

„Sadats Fähigkeit 1973, niemals den Kern seines Problems aus den Augen zu verlieren, hat mich überzeugt, daß wir es mit einem erstklassigen Staatsmann zu tun hatten", urteilt Kissinger nach dem Oktober-Krieg. Heikal dagegen wirft Sadat vor, daß er Ägypten an die USA und Israel ausgeliefert habe, daß er das Bündnis mit Moskau kündigte und zu viel Geld für Konsumwaren und Lebensmittel ausgab. Aber gerade die unfähige und aufgeblähte Staatswirtschaft der Nasser-Zeit beschränkt bis heute Ägyptens Entwicklung. Schließlich gab es zur Zeit des Machtantritts von Nasser 1954 um 24 Millionen Ägypter, heute sind es 45 Millionen. Es sind die USA, die dank Sadats Friedenspolitik das Nil-Land durch Geschenke und Billigkredite am Leben erhalten, was dem stets gutsituierten Heikal mißfällt.

Natürlich hat auch Sadat Fehler gemacht. So unterschätzte er beispielsweise den Widerstand des orthodoxen Islam gegen den Friedensvertrag, was ihm das Leben kostete. Er war ein Visionär. Mag sein, aber wer den Frieden in Nahost und damit auch Ägypten wohl herbeiführen will, muß es sein. Heikal ist es nicht.

PETER MEYER-RANKE

Hier große Krisen, dort verpaßte Chancen

Bayerns und Brandenburg-Preußens Territorialgeschichte im kritischen Vergleich

Gerhard Pfeiffer unternimmt hier erstmals den Versuch, die landesgeschichtlichen Entwicklungszüge Bayerns und Preußens zu vergleichen. Anlaß dazu ist die jüngste Vergangenheit: Bayern gab sich unter Berufung auf die Tradition des altbayerischen Stammlandes im Jahre 1946 eine Verfassung, welche die Anerkennung der amerikanischen Besatzungsmacht fand. Preußen hingegen wurde im Jahr darauf vom Alliierten Kontrollrat als „Träger des Militarismus und der Reaktion" aufgelöst. Waren beide Länder wirklich so weit auseinandergedriftet, daß die Fortsetzung des einen und die Aufhebung des anderen geboten erschien?

Der Autor antwortet darauf mit einem Vergleich, zu welchem er aufgrund seiner wissenschaftlichen Qualifikation und seines Lebensgangs besonders prädestiniert ist. Er stammt aus Schlesien, war im preußischen und bayerischen Archivdienst tätig und ist heute emeritierter Ordinarius für Bayerische und Fränkische Landesgeschichte an der Universität Erlangen. Hier untersucht Gerhard Pfeiffer, wie unterschiedlich die Territorialgeschichte bis zum modernen Verfassungsstaat verlaufen ist. Gleichartige Vorgänge und gemeinsame Berührungspunkte zeitigten unterschiedliche Folgen.

Bis ins 18. Jahrhundert hinein spielten beide eine inferiore Rolle als Auxiliarmächte, die auf Subsidien angewiesen waren. Dem Aufstieg Preußens zum souveränen

Gerhard Pfeiffer:
Bayern und Brandenburg-Preußen.
Ein geschichtlicher Vergleich. Verlag C. H. Beck, München. 215 S. broschiert, 29,80 Mark

Königtum entsprach in etwa Bayerns Emanzipation vom Reich. Erst mit dem Rheinbund und dem Ende des Reichs (1806) wandelte sich das territorialstaatliche Prestigedenken zu einer Rivalität widerstreitender partikularstaatlicher Interessen. Beide gaben sich Verfassungen, unterhalb derer ihre territorialen Besonderheiten bis zur Verkündung des BGB (Bürgerliches Gesetzbuch 1900) fortbestanden.

Preußens „deutsche Sendung" beantwortete Bayern mit einer Abwehrhaltung unter Berufung auf das föderative Prinzip. Die Nationalstaatsidee überrundete jedoch das partikulare Staatsbewußtsein. In beiden Ländern hatte sich der paritätische Verfassungsstaat durchgesetzt, und unter der Weimarer Verfassung zeichneten sich sogar beide durch eine besondere Stabilität ihrer Regierungen aus.

Erst der „Preußenschlag" vom 20. Juli 1932 stellte die Reste des föderativen Aufbaus des Reiches in Frage, dem Bayern nur mit einer matten Rechtsverwahrung begegnen konnte. Diese Liquidierung erleichterte entscheidend die „Machtübernahme" von 1933, konnte aber wirklich nicht Preußen angelastet werden.

Bayerns Geschichte war mehrmals eine Geschichte der verpaßten Gelegenheiten, während für Preußen die großen Krisen jedesmal ein Wachstum nach sich zogen. Kurz vor dem Schicksalsjahr 1933 war Preußen als politischer Machtfaktor ausgeschieden. Mit der nachträglichen Bestätigung seiner Liquidierung wurde der dafür verantwortliche Alliierte Kontrollrat das Opfer eines Mißverständnisses oder besser Opfer zweier entgegengesetzt gerichteter Propaganda-Kampagnen für und gegen Preußen. Der Autor gibt nicht diese Antwort; er kann dem Leser getrost das Urteil überlassen.

KURT KLUXEN

Geschichten vom Europäischen Parlament

Na bitte, es geht doch! Es ist also möglich, über hehre Institutionen zu schreiben, ohne sich in einem Wirrwarr von Daten zu verstricken, die dann auch noch möglichst dozierend dem Leser aufgedrängt werden. Da haben sich zwei Journalisten zusammengetan, die beide die ersten Jahre des Europäischen Parlaments in Straßburg mit ihrer Arbeit begleitet haben, und sie legen ein Buch (Rolf Spitzhüttl und Ulrich Lüke: **„Das Europäische Parlament zwischen Chaos und Courage"**, Europa Union Verlag, Bonn, 160 S., 14,80 Mark) vor, in dem plaudernd der Leser in eine höchst kontrovers diskutierte europäische Institution eingeführt wird. Es sind Geschichten, keine Kapitel, es sind Anekdoten, in die, appetitlich zubereitet, Informationen eingestreut sind. Und das alles mit einer wohlwollenden Distanz oder kritischen Sympathie, die sich in den Worten Chaos und Courage schon im Titel des Buches andeutet. Ein Buch, das man lesen kann, das einem keine Qual bereitet und dennoch Fragen beantwortet.

M. R.

Nachdenkliches über den Fall Rudolf Heß

Nicht nur im Jahr 1984, da Hitlers einstiger Stellvertreter in der NSDAP 90 Jahre alt wurde, wird der „Fall Heß" von Interesse bleiben, sondern wohl auch über die Lebzeiten des letzten Spandauer Häftlings hinaus. So dürfte Alfred Seidls Dokumentation **„Der Fall Rudolf Heß: 1941-1984; Dokumentation des Verteidigers"** (Universitas Verlag, München, 386 S., Paperback 42 Mark.) auch ihre Aktualität behalten. Als aufschlußreicher Beitrag zu einem der rätselhaftesten Vorgänge der jüngeren deutschen Geschichte wird sie nicht allein die Aufmerksamkeit der Historiker finden, sondern jedem Leser zu denken geben. Wirft doch der Verfasser, Bayerns einstiger Innenminister und heutiger Landtagsabgeordneter Alfred Seidl, neben völkerrechtlichen Problemen auch eine ganze Reihe von zeitgeschichtlichen Fragen auf, die auf Dauer eine befriedigende Antwort erfordern. Zu ihnen gehört die längst fällige Klärung, warum die drei westlichen Gewahrsamsmächte von Rudolf Heß die schier unmenschliche Isolitationshaft des über neunzigjährigen Greises mitmachen und auch noch bestimmte Akten unter Verschluß lassen. Wer sich also gediegen und umfassend in den sogenannten „Fall Heß" einführen lassen möchte, wird mit Gewinn zu diesem Buch greifen. Es sollte daher in jeder größeren Bibliothek zur Verfügung stehen.

A. S.

Neue Bücher zum 20. Juli 1944

Der 20. Juli 1944
Annäherung an den geschichtlichen Augenblick.
Hrsg. von Rüdiger von Voss und Günther Neske. Verlag Neske, Pfullingen.
254 S., 28 Mark.

Spiegelbild einer Verschwörung
Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944
Hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen. Seewald Verlag, Stuttgart. Band 1: 576 S., Band 2: 1015 S., je 148 Mark.

Deutscher Widerstand 1938-1944
Fortschritt oder Reaktion?
Hrsg. von Bodo Scheurig. Deutscher Taschenbuch Verlag, München.
331 S., 12,80 Mark.

Widerstand im Dritten Reich
Probleme, Ereignisse, Gestalten.
Hrsg. von Hermann Graml. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M.
270 S., 9,80 Mark.

Georg Denzler / Volker Fabricius:
Die Kirchen im Dritten Reich
Christen und Nazis Hand in Hand?
Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. Band 1: 223 S., 10,80 Mark. Band 2: 288 S., 12,80 Mark.

Gerhard Ritter:
Carl Goerdeler und die Deutsche Widerstandsbewegung
Neuausgabe mit einem Vorwort von Theodor Eschenburg
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.
647 S., 39,80 Mark.

Graf von Thun-Hohenstein:
Der Verschwörer
General Oster und die Militäropposition.
Mit einem Vorwort von Golo Mann.
Deutscher Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. 304 S., 12,80 Mark.

Hans Karl Fritzsche:
Ein Leben im Schatten des Verrates
Erinnerung eines Überlebenden an den 20. Juli 1944. Mit einem Vorwort von Eugen Gerstenmaier.
Herder Verlag, Freiburg i. B.
127 S., 7,80 Mark.

Elisabeth von Loeben:
Graf Marogna-Redwitz
Opfergang einer bayerischen Familie.
tuduv Verlagsgesellschaft, München.
198 S., 29,80 Mark.

Ein Verrat am Kapitalismus

J. P. von Bethmann warnt vor der falschen Geldpolitik

Simplifikateure, vor denen Jacob Burckhardt so eindringlich gewarnt hat, haben eine große Anziehungskraft – als Politiker auf Massen, die sie als Gefolgsleute gewinnen wollen, als Publizisten auf die Leserschaft, um deren Zustimmung sie werben.

Wer es versteht, schwer überschaubare Zusammenhänge vereinfacht darzustellen und mit einer eingängigen Formel komplizierte Vorgänge zu erklären, der findet gern Zustimmung. Dies um so mehr, wenn er für die Lösung schwierigster Probleme einen Ausweg anbietet, als hätte er den Stein der Weisen gefunden oder wüßte den archimedischen Punkt, an dem man ansetzen

Johann Philipp Freiherr von Bethmann:
Der verratene Kapitalismus – Die Ursachen der Krise
Athenäum Verlag, Königstein. 160 S., 24 Mark.

könne, um die Welt aus den Angeln zu heben.

Die wirtschaftliche Lage mit den Überschuldungsproblemen – im internationalen Rahmen wie innerhalb der meisten Länder – und den vielfältigen Hemmungen für einen neuen Konjunkturaufschwung stellt die Fachleute vor schwerwiegende, gewiß nicht einfache und schnell zu lösende Probleme. J. P. von Bethmann, Nachkomme angesehener Frankfurter Bankiers und selbst im Bankhaus der Familie tätig gewesen, glaubt den Schlüssel zur Erklärung der Fehlentwicklungen und zugleich auch den Ansatzpunkt für ihre Behebung gefunden zu haben: im Zins. Falsche Zinspolitik oder genauer: falsche Geldpolitik hat – so meint er und versteht es so darzulegen – zur Fehlentwicklung der Zinsen geführt. Sie hat zudem das „Versagen der Konjunkturpolitik" bewirkt und beschwört die „Zinskatastrophe" herauf, vor der er vor Jahren schon gewarnt hat. Sein Buch schließt mit: „Die Krise des Kapitalismus ist eine Zinskatastrophe."

Doch trotz dieser Simplifikation ist von Bethmanns Buch lesenswert, und es ist ihm eine größere Leserschaft unter Allgemein-Interessierten wie unter Wirtschaftsfachleuten und -theoretikern zu wünschen. Bethmann macht deutlich, daß der „Kapitalismus" – der immer noch das beste unter allen denkbaren praktisch möglichen Wirtschaftssystemen ist – durch falsche, systemwidrige Wirtschaftspolitik, die einen „Verrat" an diesem System darstellt, in Gefahr gebracht worden ist. Sie kann, wenn sie weiter fortgesetzt wird, dieses System schließlich zugrunde richten.

Sein Hauptangriff richtet sich gegen die Geldpolitik, die unter dem Einfluß der „Monetaristen" in den letzten Jahren in den meisten Ländern betrieben worden ist und die mit der Kontrolle der „Geldmenge" in der Tat nicht von der Schuld oder zumindest der Mitschuld an der überhöhten und andauernden Zinssteigerung freigesprochen werden kann. Die Hochzinsen haben, wie Bethmann eingehend darlegt – und auch hier ist ihm weitgehende zuzustimmen –, zur Überschuldung wesentlich beigetragen: wenn sie auch



Vereinfachter Standpunkt: Johann Philipp Freiherr von Bethmann FOTO: JUPP DARCHINGER

nicht, wie Bethmann es sieht, die Hauptursache gewesen sind.

Anzuerkennen ist der Mut, mit dem Bethmann gegen die herrschende Meinung der Geldtheoretiker und vieler Geldpolitiker Stellung nimmt. Mag man seine geldtheoretischen Ausführungen als simplifiziert ansehen – die Schüler Milton Friedmans, die glauben, mit der Regulierung der „Geldmenge" den Wirtschaftsablauf in den Griff bekommen zu können, sind Simplifikateure wie Bethmann, der meint, mit richtiger Zinspolitik wieder gesundes Geld und eine „systemgerechte und erfolgreiche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik" herbeiführen zu können.

HEINZ PENTZLIN

Notizen im Schneeballsystem

Wie die sowjetische Kirche auf ständige Attacken reagiert

Nach sieben Jahren Lager erscheint 1956 der Chronist des kirchlichen Lebens unter der Sowjetherrschaft recht vergnügt wieder in Moskau, das er fast unverändert vorfindet. Er wird Lehrer an einer Schule für Arbeiterkinder. Außerdem schreibt er unter Pseudonym Aufsätze für die Zeitschrift des Moskauer Patriarchats. Im selben Jahr hält Chruschtschow seine berühmte Rede auf dem XX. Parteitag, in der er Stalins Verbrechen entlarvt. Der Verfasser: „Niemand sprach zunächst. Niemand glaubte mehr dem andern – niemand wollte mehr auf die alte Weise leben – als erstes begann die Literatur zu sprechen." Dudinzew: „Der Mensch lebt nicht von Brot allein." Die Leute erstaunt: Wieso sitzt der Verfasser nicht im Gefängnis?

Die Kirche allerdings wurde weiter attakkiert, ja, von neuem, denn Stalin hatte sie seit dem „Vaterländischen Krieg" eher geschont. Das, was von der Kirche nach dem Kehraus des NKWD, besonders unter Jeshow, noch übriggeblieben war, wurde von Chruschtschow (einem der letzten gläubigen Kommunisten) nach Möglichkeit erschlagen: Jeder Tag brachte ins Patriarchat Nachrichten von der Schließung von fünf, sechs, manchmal zehn Kirchen täglich!

Die kirchlichen Würdenträger hatten selten den Mut, sich zur Wehr zu setzen. Wo es geschah, gab es manchmal Erfolge. Levitin kannte sie alle: Eine lange Reihe verschiedenster Persönlichkeiten läßt er an uns vorüberziehen. Als besonders mittelmäßig und schwach bezeichnet er den heutigen Patriarchen Pimen. Anatolij Levitin begann 1959, unter dem Namen „Krasnov", zusammen mit seinem Freund Wadim Schawrow Artikel zur Verteidigung der Religion zu schreiben. Er legte einige maschinengeschriebene Blätter mit Durchschlägen in Kirchen. Kirchgänger nahmen sie mit nach Hause, machten Abschriften, die wiederum verteilt wurden, und – da sie sensationell waren – weiter abgeschrieben wurden usw. Mit diesem Schneeballsystem entstand der kirchliche Samisdat.

Am Schluß dieses Buches erscheinen als ein solches Beispiel die „Bibliographischen Notizen", die seinerzeit Aufsehen erregten.

Anatolij Levitin-Krasnov:
Auf der Suche nach der neuen Stadt
Rex-Verlag, Stuttgart. 500 S., 36 Mark.

Sehr verständlich, daß die Leute sich fragten: Wo kommt das plötzlich her? – Diese Polemik gegen das Paradepferd der Antireligiösen, einen gewissen Duluman, stellt gleichzeitig eine gewissenhafte Apologie des Christentums dar. Duluman war durch kirchliche Seminare und Universtität zum Kandidaten der Theologie (entspr. dem Doktorgrad) promoviert worden, dann aber erklärte er sich für ungläubig und die Religion für Humbug. Levitin widerlegt seine Schriften und Zitate z. T. als Fälschungen. Dieses gelehrte kleine Werk machte die Runde, in immer neuen Abschriften. Es bildet den Schluß dieses Bandes, der, wie die beiden vorangegangenen, jene informiert, die sich für den geistigen Hintergrund der Sowjetunion interessieren.

BRIGITTE GERSTENMAIER

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Unterwanderter PEN"

„Meine geistige Heimat ist das bestimmt nicht mehr …"; WELT vom 21. Juli

Der Autor zeigt in einmaliger Weise, wie eine elitäre Institution von zersetzenden Elementen unterwandert wird und wie daraus dann nach und nach eine Versammlung von „Pachulken" wird, die sich einbilden, Elite zu verkörpern. Was von Herrn Krüger hier vom PEN-Club berichtet wird, hat sich in den vergangenen Jahren fast überall in den kleinen und großen Orten zugetragen, beinahe in jedem Verein – denn es war der unausgesprochene Auftrag an alle Kräfte des linken Lagers, die öffentlichen, halböffentlichen und sogar die privaten Institutionen zu unterwandern und mit dem die gesellschaftliche Ordnung zersetzenden Gedanken zu füllen und zu erfüllen. Es ging ihnen darum, Unruhe und Unfrieden zu stiften und das Bewährte fragwürdig zu machen, das Konservative, die Kontinuität nach dem Ausruf von Landauer zu Anfang der 20er Jahre: „Ihr in Berlin mit Eurer verfluchten Kontinuität!" – Dieses Unterwandern der bestehenden Gesellschaft mit revolutionärem Gedankengut zum Ansporn für eine zielgerichtete Evolution mußte sich auch auf die Einrichtungen erstrecken, die Geistiges, Sprache, Dichtung verkörpern, denn das weiß man auf der linken Seite des politischen Spektrums sehr genau: Wer dem Volke etwas antun will, muß bei der Sprache beginnen. Dieses Wort von Konfuzius ist zum Kern aller Taktiken geworden. Es erreicht seinen Höhepunkt dort, wo man den Konfuzius-Satz fortsetzen kann: … und wer der Sprache etwas antun will, muß bei der Lyrik beginnen. – Der PEN-Club ist ja kein Einzelfall. Er gliedert sich ein in eine Reihe von Vorkommnissen der letzten Monate: in den „Literarischen März", bei dem man unter 17 000 Gedichten von 1600 Dichtern kein Einziges herausfand, das des Preises würdig gewesen wäre; in die Vorgänge um den Bachmann-Preis in Klagenfurt, wo es die linken Kräfte lächelnd wahrnehmen konnten, wie moralisch verrottete Elite sich gegenseitig den Preis zuspielten, ohne auch nur einen Augenblick zu zögern und sich ihrer moralischen Pflichten bewußt zu werden. So spielen die etablierten Kräfte mit den Feuern – und wir wundern uns, wenn zugelassen oder provoziert, die linken Kräfte daraus Kapital für sich schlagen, weil sie genau wissen, daß die feine Anständigkeit schweigt und gewähren läßt – wie es Herr Krüger auch von den Vorgängen im PEN-Club berichtete.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Heinz Steincke,
Aichelbach, Bilz

*

Mit Interesse habe ich die beiden Aufsätze „Meine geistige Heimat ist das bestimmt nicht mehr" und „Wo Leibnitz und Lessing ihre Studien trieben" gelesen. War es Zufall oder Absicht, daß Sie beide Aufsätze in der gleichen Beilage veröffentlichten? Jedenfalls passen sie ausgezeichnet zueinander, weil sie im Pro und Contra zeigen, in welchem Bereich die wahre geistige Elite, der wahre „PEN-CLUB" zu finden ist und wo ein solcher, der seinen Namen nicht mehr verdient, sich fast nur noch aus einem literaturfernen Gremium ideologisch einseitig orientierter Mitglieder und Funktionäre zusammensetzt. Wolfenbüttel contra Erlangen – diese Gegenüberstellung in Ihrer Beilage „Geistige Welt" ist aufschlußreich.

Dr. Edgar Neis
Detmold

Wort des Tages

„Guter Geschmack ist viel mehr eine Sache des Unterscheidens als des Ablehnens; und wenn sich guter Geschmack gezwungen fühlt abzulehnen, so geschieht dies mit Bedauern, nicht mit Vergnügen."

Wystan Hugh Auden; engl. Autor (1907–1973)

Alter Kurs

„Andrer Ton, gleicher Text"; WELT vom 14. Juli

„Philip Potter hat der ökumenischen Bewegung schweren Schaden zugefügt", schreibt eine international angesehene schweizerische Tageszeitung. Treffend richtig: Potter hat das Ziel aus den Augen verloren, die reformatorischen Kirchen zu einigen. In den zwölf Jahren unter Potters Führung hat sich der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK/Weltkirchenrat) eindeutig von den Themen des Glaubens und der Kirchenverfassung („faith and order") abgewandt. Mit Nachdruck hat er sich einer „ideologisch vorgeprägten Weltverbesserung verschrieben, wie die Programme der Konferenz über Kirche und Gesellschaft (1966) und der Vollversammlung von Uppsala (1968) es weder gefordert noch auch nur nahegelegt hatten", schreibt das schweizerische Blatt weiter.

In politischem Übereifer hat er sich gegen den Kapitalismus in der freien Welt gewandt, während er die Zustände im kommunistisch-sozialistischen Machtbereich überhaupt nicht oder nur kaum wahrnehmbar kritisierte. Der fanatische Kampf des Jamaikaners Potter gegen den „weißen Rassismus" hat die Züge einer einseitigen Abrechnung mit „historischen Mächten" aufgenommen, während er den schwarzen Rassismus im südlichen Afrika mit blankem Dollar kräftig unterstützte. Eine wahrlich „christliche" Tat.

Wohin steuert nun der neue ÖRK-Generalsekretär Dr. Emilio Castro? Absolut linientreu wird der alte Kurs der politischen Einseitigkeit zum Sozialismus hin beibehalten! Wie der im protestantischen Lager immer bedeutungsvoller werdende „Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea)" in Wetzlar berichtet, hat sich der neue ÖRK-General nachdrücklich zum in aller Welt stark umstrittenen Sonderfonds des Antirassismusprogramms der Genfer Organisation bekannt. Vor der Presse bezeichnete der Methodist Castro den Fonds, aus dem nachweislich Terror-Organisationen wie die namibische Swapo oder der prokommunistische ANC in Südafrika mit sehr hohen finanziellen Mitteln unterstützt werden, als „ehrlichen Versuch, denen zu helfen, die sich ausgestoßen fühlen". An die überaus zahlreichen zivilen Opfer dieser „Befreiungs"-Bewegungen hat er „ehrlich" nicht gedacht. Die werden ja zum Beispiel von der bekennenden „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e. V." (Geschäftsstelle: Waldstraße 14, D-8802 Sachsen bei Ansbach/Bayern) bescheiden unterstützt. Castro solidarisierte sich auch mit der sogenannten „Theologie der Befreiung", die oftmals Züge des Hasses aufweist. Auch verurteilt er den Kampf mit der Waffe nicht, wenn der „armen Menschen hilft". Können Salven aus Kalaschnikow-Maschinenpistolen helfen?

Bemerkenswert ist ferner, daß Emilio Castro aktiv in der prosowjetischen „Christlichen Friedenskonferenz (CFK)" mitgearbeitet hat, die bekanntlich jede Diskriminierung von Christen im Ostblock abstreitet.

Fazit: Aus Genf wird uns auch weiterhin arktische Kälte – „christlich" verbrämt – um die Ohren wehen und auch weiterhin wird die Evangelische Kirche in Deutschland den ÖRK-Haushalt mit 30 Prozent finanzieren. Mit der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e. V." fordern wort- und bekenntnisgebundene evangelische Christen erneut den Austritt der EKD aus dem Weltkirchenrat.

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Wiehemeyer,
Osnabrück

Eier-Dieb

„Eine Flucht nach Köln erbittert die Isländer"; WELT vom 29. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe den Bericht Ihres Korrespondenten in Stockholm, Herrn Gatermann, in der WELT vom 29. Juni in der Angelegenheit des Falkeneier-Diebstahls auf Island mit großem Interesse gelesen.

Dieser Wildfrevel hat hier hohe Wellen geschlagen, doch sollte wohl mit dem Attribut „Deutschfeindlichkeit" bei den traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern etwas sorgsamer umgegangen werden. Aus diesem Grund halte ich eine solche Klarstellung seitens der Botschaft zu Ihrer freundlichen Unterrichtung für nützlich.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Heinz Pallasch,
Botschaftsrat,
Botschaft der
Bundesrepublik Deutschland,
Reykjavik

Überdrüssig

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich weiß nicht, ob es anderen genauso geht wie mir: Man ist des ewigen Hin und Her in der Frage, ob Strauß nach Bonn kommt oder in München bleibt, von Herzen überdrüssig. Möchten seine Vasallen ihn wegloben oder sind sie wirklich so devot wie sie tun? Das ganze wirkt nachgerade peinlich. Könnten nicht die Medien einschließlich der WELT fürderhin die Schauspieler dieser Komödie allein auf der Bühne stehen lassen, indem sie Spekulationen über und Forderungen zu Straußen's Zukunft nicht mehr bringen? Erst wenn der Herr Bundespräsident die Ernennungsurkunde unterschrieben hat oder der endgültige Rückzug in den Ruhestand vorbereitet wird, sollte das wieder eine Meldung wert sein.

Habt Erbarmen mit uns Lesern.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. K. Neundörfer,
Bad Homburg

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Tanzt ein Fingerballett mit ungarisch-österreichischem Schmiß: Eugen Cicero

„Hauptsache, es hört sich gut an!"

Das war, 1977, für die Boulevardpresse zwischen Berlin und München schon eine schöne Aufregung wert, als der rumänische Starpianist Eugen Cicero mit mehr als zwei Promille Alkohol im Blut am Steuer eines teuren Flitzers drei Autos rammte, für ein Jahr den Führerschein los wurde, Mordskrach mit seiner Frau Lilli hatte, sich nach zwölf Jahren Ehe von ihr trennte, seinen Trunkenheitsanwalt verklagte und wochenlang in einer Münchener Junggesellenwohnung verschwunden blieb.

Stars haben's eben schwer, sich im Schlaglicht öffentlicher Neugier zurechtzufinden, die so routiniert Nebenschauplätze auftut, um sachkundigen Stellungnahmen zur Profession der Opfer elegant ausweichen zu können. Bei Eugen Cicero liegt der „Fall" freilich etwas schwieriger. Denn der 1940 geborene Bukarester, der bei

Wir am Klavier – ARD, 21.45 Uhr

der Klaviervirtuosin Madame Lipatti, Mutter des legendären Dinu, studiert hat, als 22jähriger in den Westen emigrierte und dort, von Zürich aus, als bald schon hochdotierter Musiker zum Starpianisten avancierte, richtete sich – er war in Paulchen Kuhns SFB-Bigband – in Berlins Grunewald nicht nur eine Luxusvilla im englischen Stil ein, sondern verprellte ständig auch die Kritik, und das erst recht, als er, nach München umgesiedelt, vor allem auf das Konzertieren in kleinen Formationen setzte.

Da geriet der Platten-Bestseller für's Leichte, der Art Tatum, Oscar Peterson und Erroll Garner zu seinen großen Vorbildern zählt, erst recht auf die Objektträger der Rezensenten. Denn während die Berliner „BZ" anno 77 stolz darauf verwies, daß Cicero ein Angebot aus London, Plattenaufnahmen in der hehren Royal Albert Hall zu machen, zugunsten des Kleinen Theaters am Südwestkorso ausschlug, erkannten die schreibenden Theoretiker gerade darin des Tastenkünstlers Schwachstelle: Er sei, im Grund, doch ein besserer Barpianist, der im Windschatten des Franzosen Jacques Loussier („Play Bach") mit den großen Klassikern Verballhornung betriebe, weil er es entweder nicht besser könne oder um des Mammons Willen nicht wolle.

Wer weiß. So jedenfalls ergeht es Leuten, die sich im bildschirmgerechten „Konzert für Millionen" genauso zurechtfinden wie in Münchens altem Jazz-Club „domicil", wo Cicero etwa mit Gary Todd am Baß und dem Berliner Wahlbayern Joe Nay am Schlagzeug 1978 einem Musikkritiker zu schreiben eingab: „Vergeblich wird man modales Arbeiten suchen, weil sein Spiel ausschließlich auf dem diatonischen Dur-Moll-Prinzip basiert"; aber dann auch: „Das Trio liefert den Beweis, daß man unterhaltsam und doch intelligent musizieren kann." Dagegen bemäkelt ein anderes Blatt das „musikalische Einerlei", bescheinigt ihm „Show statt Jazz", während ein drittes das „melodische Feuerwerk", „Fingerballett" und den „ungarisch-österreichischen Schmiß" lobt.



Wanderer zwischen Pop und Jazz: Der rumänische Pianist Eugen Cicero FOTO: FELICITAS TIMPE

Stimmt schon: Der um Ernsthaftigkeit bemühte Hörer bleibt bei Eugen Cicero immer ein bißchen im Regen stehen und wird von ihm daran erinnert, daß die Amerikaner, das Jazz-Volk, von solchen europäischen Hell-Dunkel-Kategorisierungen nichts halten – siehe Peter Nero: „Hauptsache, es hört sich gut an."

Von „Stil", persönlichem Gestus, könne man bei ihm nun mal nicht reden, dekretiert, zu Recht, die „Neue Zürcher". Wie er denn, hielte er sich nicht an Peterson, den „Sheik of Araby" wohl interpretieren würde? „Nicht so mörderisch schnell, die Harmonien etwas verwechselt", sagt Cicero.

Es stimmt aber auch, daß man von solch einem Mann nicht verlangen kann, er solle mal eben Peterson sein, nur um ihn davon abzuhalten, sich an Scarlatti, an Tschaikowsky oder an Liszt zu vergreifen.

Soll er doch. Schließlich muß es auch die Zuständigen fürs Leichte geben, fürs „Konzert für Millionen", für die Nichtpuristen unter den Hörern. Dem ehemaligen Jazz-Bassisten Hans Last, genannt James, kreidet man auch keinen Verrat an. Und wer das alles nicht mag, kann sich ja gut und gerne seinen Glenn Gould, seinen Barenboim oder seine Haskil auf den Teller legen.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Mehr als die Hälfte der Fernsehzuschauer erklärte bei einer repräsentativen Telefonumfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen e. V. (im Auftrag des ZDF und SWF) ihre **Zufriedenheit mit den TV-Programmen** der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. 51 Prozent der Befragten im Gebiet des Kabelpilotprojekts Ludwigshafen sind mit den Sendungen „sehr zufrieden" bzw. „zufrieden". Mit „weniger zufrieden" antworteten 40,5 Prozent, „gar nicht zufrieden" waren acht Prozent. DW

*

Eine jüngst veröffentlichte „Media Analyse" ergab **Hörerzugewinne für den Hessischen Rundfunk** im letzten Jahr. Meistgehörtes Programm im HR ist mit 45,2 Prozent (3,5 Prozent mehr als im Vorjahr) nach wie vor die Servicewelle hr3. Das sind zwei Millionen Hörer. Die Hörerzahl von hr1 stieg von 29 auf 30,2 Prozent (1,3 Millionen Hörer). Schließlich konnte auch hr2, das Zielgruppenprogramm für anspruchsvollere Musik- und Wortsendungen, neue Hörerschichten für sich gewinnen. Eine Viertelmillion Hörer, etwa 50 000 mehr als noch vor zwei Jahren, schalten hr2 ein.

Der WDR muß dagegen einen **Hörerverlust** von fast vier Prozent vermelden: während 1981/82 noch 55,3 Prozent der Hörer den Kölner Sender einschalteten, sind es jetzt nur noch 51,5 Prozent an einem durchschnittlichen Wochentag. So verlor WDR 1 2,5 Prozent (jetzt 13,7) und WDR 2 6,5 Prozent (jetzt 36,3 Prozent) Hörer; die Hörerzahl von WDR 3 blieb mit 4,8 Prozent konstant. Die Verluste halten sich jedoch durch den Hörerzugewinn von 5,5 Prozent bei WDR 4 in Grenzen. AP/DW

Personalien

AUSZEICHNUNG

Am Schwörmontag – dem historischen Ulmer Verfassungsfest, welches auf die freie Reichsstadt Ulm zurückgeht – in dieser Woche hat die Stadt Ulm ihrem Alt-Oberbürgermeister Dr. **Hans Lorenser** und dessen Frau **Rosa** die Ehrenbürgerwürde der Stadt Ulm verliehen. Mit Frau Rosa Lorenser ist zum ersten Mal in der Ulmer Stadtgeschichte einer Frau die Ehrenbürgerwürde verliehen worden. Die Ehrung an den Schwaben Lorenser aus Ludwigsburg stellt eine Anerkennung für seine Dienste für die Stadt Ulm dar. Lorenser war von 1954 bis 1972 erster Bürgermeister und die letzten zwölf Jahre bis Februar dieses Jahres Oberbürgermeister der Stadt. In seiner Amtszeit hat er einen Stil entwickelt, der ihm ein ungewöhnliches Maß an Popularität und Wertschätzung weit über Ulm hinaus eintrug. Die große Überraschung ist die auf Vorschlag des jetzigen Oberbürgermeisters **Ernst Ludwig** mit Zustimmung des Gemeinderats erfolgte gleichartige Ehrung für Frau Rosa Lorenser, die in steter Verläßlichkeit und Selbstbescheidenheit ihrem Mann und somit auch der Stadt hilfreich zur Seite gestanden hat.

EHRUNG

Der Senat der Universität Hohenheim (Stuttgart) verleiht am Freitag Professor Dr. **Otmar Wasmer**, Vorsitzender des Vorstandes der Bayerischen Warenverwertungs-AG in München und dem Unternehmer **Otto Rettenmaier**, Mitinhaber der Firma Rettenmaier und Söhnen in Ellwangen-Heilbronn die Würde eines Ehrensenators.

MILITÄR

Der Landesvorsitzende des wehrpolitischen Arbeitskreises der CDU, Dr. **Fritz Wittmann**, MdB, der im vergangenen Oktober bei einem Schießunfall auf dem Truppenübungsplatz Münzigen schwer verwundet wurde und ein Bein verlor, leistet bereits wieder eine vierwöchige Wehrübung ab. Er dient zur Zeit als Major d. R. und stellvertretender Bataillonskommandeur beim Panzergrenadierbataillon 561 in München.

KIRCHE

Der Rat des Baptistischen Weltbundes tagt seit dem vergangenen Wochenende unter der Leitung des Präsidenten **Duke K. McCall** und des Generalsekretärs **Gerhard Claas** bis zum Monatsende in Berlin. Vertreten sind Angehörige von 72 der weltweit 127 baptistischen Unionen und Gemeindebünden. Eine siebenköpfige Delegation aus der Sowjetunion wird am Samstag in Berlin erwartet. Duke K. McCall erklärte, daß die christliche Kirche in den sozialistischen Ländern zur Zeit besonders stark wächst.

GEBURTSTAG

Die Gründerin des heute größten Modezeitschriften-Verlags der Welt **Aenne Burda**, feiert am Samstag ihren 75. Geburtstag. Mit dem von ihr selbst „gestrickten Erfolg" kann Aenne Burda sich gut neben dem Großverlag ihres Mannes, **Franz Burda**, sehen lassen. Wenn heute Handarbeit und Selbstschneidern wieder groß geschrieben werden, dann ist das mit auf die Offenburger Verlegerin zurückzuführen, die sich seit Ende der 40er Jahre ganz der Mode verschrieben hat. Den Grundstein für das Flaggschiff des Verlages „burdamoden" legte die Mutter von drei Söhnen im Oktober 1949 mit der Übernahme eines hochverschuldeten Verlages in Lahr, dessen Leitung sie sofort selbst übernahm. Mit 48 Mitarbeitern stieg sie ins Verlagsgeschäft ein, und konnte bereits im Januar 1950 die ersten 100 000 Exemplare von „burdamoden" verkaufen. 1965 erreichte die Modezeitschrift die erste Auflagenmillion, 1973 wurde bereits die Zwei-Millionen-Grenze überschritten. Drei Jahre nach Verlagsgründung begann Aenne Burda mit der Einzelschnittmuster-Produktion. Heute haben die burda-Einzelschnitte sich zu einem umfangreichen Geschäftszweig mit einem jährlichen Verkauf von sechs Millionen Schnitten im In- und Ausland entwickelt. Mit über 531 Mitarbeitern gibt der Offenburger Mode-Verlag eine ganze Palette von Modeheften und Kochzeitschriften heraus. Alle Objekte des Hauses werden weltweit vertrieben und in 13 Sprachen übersetzt.



Da kann man nur gratulieren!
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

AUSWÄRTIGES AMT

Ägypten schickt demnächst einen neuen Botschafter nach Bonn. **Mohamed El Shafi Abdelhamid** wird Botschafterin **Aisha Rateb** ablösen, die ihr Land seit September 1981 in der Bundesrepublik Deutschland vertreten hat und hier hervorragend wirkte. Die Völkerrechtlerin wird demnächst wieder an der Uni Kairo Vorlesungen halten, heißt es zur Zeit. Ihr Nachfolger, Jahrgang 1927, Jurist, seit 1951 im ägyptischen Außenministerium, war auf Posten in Paris, bei der Ständigen Vertretung Ägyptens bei den Vereinten Nationen in New York, Direktor verschiedener Abteilungen in seinem Außenministerium und von 1975 bis 1980 Botschafter beim Vatikan. 1981 wurde er Leiter des Staatlichen Informationsamtes in Kairo. 1982 übernahm er das Amt ds Staatssekretärs im Außenministerium. Seitdem nahm er an zahlreichen internationalen Konferenzen, unter anderem der Arabischen Liga, teil. Frau Rateb hat zum Ende ihrer Amtszeit und aus Anlaß des ägyptischen Nationalfeiertages zu einem Empfang in die ägyptische Botschafterresidenz in Bonn. Der Nationalfeiertag erinnert an die Militärrevolte des Landes 1952, die mit dem Sturz von König Faruk endete.

Im Alter von 86 Jahren starb in Freiburg im Breisgau Dr. **Erich Püschel**. Von 1945 bis 1966 war Püschel beim Deutschen Caritasverband verantwortlich für die Hilfe für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler. Nach seinen Studien in Berlin und Gießen arbeitete der gebürtige Berliner zunächst beim Preußischen Wohlfahrtsministerium, war Geschäftsführer bei der Reichszentrale für Kinderheil- und Erholungsfürsorge und anschließend seit 1934 Abteilungsleiter beim Diözesancaritasverband in Berlin. Nach Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft übernahm Püschel 1945 beim Deutschen Caritasverband in Freiburg das Referat für Vertriebenen- und Flüchtlingshilfen. Galt es zunächst den Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen der unmittelbaren Nachkriegszeit zu helfen, kam es später darauf an, den deutschen Aussiedlern aus Ost- und Südosteuropa das Einleben zu erleichtern.





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Rosen im Herbst
Deutscher Spielfilm (1955)
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Zain El Asnam und die Bildsäulen
15.30 Matt und Jenny
Jagd auf Wölfe
Matt und Jenny treffen an einem Lagerplatz den Siedler Mr. Crawfort, der unbedingt ein Wolfsrudel ausrotten will, das schon länger die Gegend unsicher macht. Mr. Crawfort behauptet sogar, einen Wolfsmenschen gesehen zu haben.
16.00 Tagesschau
16.10 Show ohne Schuh'
Bill Ramsey und Don Paulin mit Gästen
16.55 Die drei Verrückten
17.10 Spielstatt
Eine Fabrik voller Abenteuer
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
anschl. Der 7. Sinn
20.18 Der große Abend
Olympia
Vom Kult zum Kommerz
21.45 Wir am Klavier
Spaß und Musik
Mit Eugen Cicero und Horst Jankowski
Es spielt das RIAS-Tanzorchester
Als Gäste: Wall Street Crash
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Sterben und sterben lassen
Die Brüder Hans und Niki Potoschnik aus Wien wollen sich in Berlin eine neue Existenz als Besitzer eines Restaurants aufbauen. Das Geld dafür verdient Niki als Fernfahrer für eine etwas undurchsichtige Firma. Da die Bezahlung hoch ist, mischt er sich nicht in das illegale Geschäft ein, um das es geht: Die Verschiebung von Medikamenten.
0.30 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.03 Die unmögliche Sophie
16.00 Ferienkalender
Moderation: Hansi Fischer
16.20 Die Schlümpfe
Großer Zauberer, leicht geschrumpft
16.35 Puschel, das Eichhorn
Rotbauch will sich bessern
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Cindy, Michael Jass
anschl. heute-Schlagzeilen
18.05 Hallo – Hotel Sacher … Portier!
Der Pianist
19.00 heute
19.30 Ein liebes Paar
Ursela Monn und Helmuth Lohner in drei komischen Szenen von Michael Frayn und Bernhard Thieme
20.30 Ganz schön sportlich!
Goofys lustige Olympiade
21.00 Kontakte
Ich wollte mein Leben wegwerfen
Ein Beitrag zum Thema Alkohol und Arbeit von Katrin Seybold und Wolf-Rüdiger Schmidt
Mit mindestens fünf Prozent Alkoholabhängigen in der Belegschaft muß heute jeder Betrieb und jede Behörde rechnen.
21.45 heute-journal
22.05 Kunstlandschaft Bundesrepublik
Junge Kunst '84
Bericht von Gislind Nabakowski
22.35 Sommerfestival im ZDF
Theater im Fernsehen, ausgewählt von Peter Becker
Trilogie des Wiedersehens
Von Botho Strauß
Inszenierung: Peter Stein
Aufzeichnung einer Aufführung der Schaubühne am Halleschen Ufer
0.55 heute



Szene mit Ursela Monn und Helmuth Lohner in der Episode „Der Kater" (Ein liebes Paar – ZDF, 19.30 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Aus der Klamottenkiste
19.00 Die Brücke aus Gras
Bericht aus dem peruanischen Hochland
19.45 Fahr' doch selbst mal hin
Zwischen Moor und Meer – Die Kanäle im Emsland

WEST/NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Der vierte Mann
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit John Payne, Preston Foster, Lee von Cleef, Jack Elam u. a.
Regie: Phil Karlson
21.50 California – California
Eine historische Betrachtung
Land, Leute, Lieder, Begegnungen
Von Alexander von Wetter
23.05 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

18.45 Musik
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Berühmte Ärzte der Charité
Der Mann aus Jena – Christoph Wilhelm Hufeland
21.10 Kulturlandschaft
Hohenloher Land
21.55 Gebrüder Hannong
Film von Ramon Gill
1708 – im gleichen Jahr, in dem der Alchemist Böttger statt Gold Porzellan erfand – wurde dem Mainzer Pfeifenbäcker Charles Hannong ein zweiter Sohn, Balthasar, geboren. Sein erster in Mainz geborener Sohn war Paul. Was auch immer die Gründe waren, die den Pfeifenbäcker Hannong nach Straßburg umsiedeln ließen – hier versuchte er sein Glück mit einer Fayencen- und Porzellanmanufaktur. Diese ragte weit aus dem Rahmen üblicher Manufakturen heraus und wurde stilbildend für europäische Fayencerie und Dekor.
22.40 Beat, Beat, Beat!
Mit Herman's Hermits, Chris Farlowe, Helen Shapiro, Graham Bonney
23.15 Letzte Nachrichten

BAYERN

18.15 ABC der Wirtschaft
Warum ist Kranksein so teuer?
18.45 Rundschau
19.00 An der schönen blauen Donau
Fernsehspiel von Franz Hiesel
20.40 Z. E. N.
20.45 Wir leben in Sünde
21.30 Rundschau
21.45 Die Comancheros
Amerikanischer Spielfilm (1961)
Regie: Michael Curtiz
23.30 Rundschau

Historiker beruft Tribunal gegen eigenes Land

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Verletzungen der Menschenrechte in Jugoslawien, besonders aber der Fall des vor kurzem zu acht Jahren Gefängnis verurteilten Soziologen Vojislav Seselj, sollen von der Nachfolgeorganisation des Russell-Tribunals, dem Völkertribunal in Rom, behandelt werden. Dies forderte der Vorsitzende des Tribunals, der bekannte jugoslawische Historiker und Tito-Biograph Vladimir Dedijer, in einem Brief an die Mitglieder dieser Organisation. Dedijer erklärte, der Prozeß gegen Seselj gleiche einem „Justizmord", da der junge Soziologe für das Manuskript eines Artikels, der niemals erschienen sein soll, verurteilt wurde.

Dedijers Brief hat in Jugoslawien großes Aufsehen erregt. Der Historiker ist gerade erst mit dem neuesten Band seiner „Beiträge zu einer Biographie Josip Broz Titos" an die Öffentlichkeit getreten. Dedijer wurde von Tito noch zu dessen Lebzeiten zum offiziellen Biographen bestimmt. Trotz mehrfacher Zusammenstöße mit der Partei und einzelnen ihrer Funktionäre gilt der Altpartisan Dedijer keineswegs als Anti-Kommunist oder Systemfeind. Um so mehr wird es als Sensation empfunden, daß er nun von seinem Wohnort in Jugoslawien aus das internationale Tribunal in der Frage der Menschenrechte im eigenen Land in Aktion bringen will.

Seite 2: Beizeiten die Wahrheit

USA wollen Auskunft über Sacharow

rtr, Washington

Der amerikanische Senat hat die Sowjetunion in einer einstimmig verabschiedeten Resolution aufgefordert, Informationen über den Verbleib, den gegenwärtigen Gesundheitszustand und den rechtlichen Status des Dissidenten Andrej Sacharow und seiner Frau Jelena Bonner zu liefern. In der von allen 93 anwesenden Senatoren am Dienstag verabschiedeten, allerdings nicht verbindlichen Erklärung wird Präsident Ronald Reagan zugleich ersucht, auf höchster Ebene und in eindringlichster Form gegen die sowjetische Informationssperre zu protestieren.

Sacharow hatte Anfang Mai einen Hungerstreik begonnen, um seiner kranken Frau eine medizinische Behandlung außerhalb der Sowjetunion zu ermöglichen. Zuletzt war er gesehen worden, als er eine Woche nach Beginn seiner Aktion aus seiner Wohnung gebracht wurde. Die UdSSR hatte am 7. Juni erklärt, Sacharow lebe, und es gehe ihm gut.

C. F. Weizsäcker fordert verstärkte Abrüstung

Rede auf Tagung des Lutherischen Weltbundes in Budapest

W. THIELMANN/idea, Budapest

Entschiedenere Abrüstungsverhandlungen bei Nuklearwaffen hat der Naturwissenschaftler und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker auf der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Budapest von den Supermächten gefordert. Weizsäcker erklärte, der Menschheit drohe erstmals in ihrer Geschichte die globale Zerstörung. Als Grund für seine Befürchtungen nannte er die Wirksamkeit der heutigen Waffensysteme und die Häufigkeit bewaffneter Konflikte. Seit 1945 habe es weltweit 130 Kriege gegeben. Die zunehmende Streuung der Atomwaffen ließe es denkbar erscheinen, daß irgendwo eine Auseinandersetzung atomar entschieden werden könnte. Sei das Tabu aber erst einmal gebrochen, so sei es fraglich, ob auf Dauer ein großer Atomkrieg zu vermeiden ist, sagte Weizsäcker.

Mit der Wahl Budapests hat sich der Lutherische Weltbund erstmals für ein Ostblockland entschieden. Die Veranstaltung, die am Wochenende begann und bis zum 5. August andauern soll, steht unter dem Motto: „In Christus – Hoffnung für die Welt".

Von den weltweit fast 69 Millionen Lutheranern repräsentiert der LWB offiziell 54,3 Millionen Menschen. Allerdings kommen 33 Millionen Mitglieder aus den Kirchen der Bundesrepublik Deutschland und aus Skandinavien. In diesen Ländern kommt der Kirchenbesuch meist über fünf Prozent nicht hinaus. In Osteuropa und der „DDR" sind rund sieben Millionen Lutheraner zu Hause. Auch dort ist der Kirchenbesuch mäßig. Ein Thema des Kongresses ist daher vorgegeben: Was kann man tun, um die Menschen wieder in die Kirche zu bekommen? Um ihnen „die Hoffnung in Jesus Christus" überhaupt vermitteln zu können? Daß die Kirchen ihre eigene Botschaft offenbar nicht in der nötigen Klarheit verkünden können, ist ein immer wieder vorgebrachter Kritikpunkt, auf den es immer noch keine schlüssige Antwort gibt.

Ein weiteres brisantes Thema ist die Position des Weltbundes zu den Kirchen in Südafrika. Schwarzafrikanische Kirchen wollen erreichen, daß zwei „weiße Kirchen" im südlichen Afrika, die evangelisch-lutherische Kirche in Südafrika (Kapkirche) und die deutsche evangelisch-lutherische Kirche (delk) in Südwestafrika, von der Mitgliedschaft im Weltbund vorläufig suspendiert werden, weil sie zuwenig gegen die Rassentrennung gesagt und getan hätten. Einer weiteren Kirche in Südafrika, der evangelisch-lutherischen Kirche (Natal/Transvaal) soll aus dem gleichen Grund die Mitgliedschaft verweigert werden.

Der Bischof der gastgebenden Lutherischen Kirche in Ungarn, Zoltan Kaldy, betreibt unterdessen seine Wahl zum neuen LWB-Präsidenten. Allerdings ist Kaldy in seiner eigenen Kirche umstritten, weil er eine „diakonische Theologie" befürwortet. Diese schließt, so Vorwürfe aus den eigenen Reihen, auch das Bekenntnis zum Sozialismus ein.

Haftstrafe für Sicherheitsoffizier

dpa, Tübingen

Im Prozeß um das Münsinger Manöverunglück vom 3. Oktober 1983 hat das Landgericht Tübingen gestern die Urteile gesprochen: Ein als Sicherheitsoffizier eingeteilter Oberfeldwebel wurde wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung sowie wegen Ungehorsams und Anmaßung von Befehlsbefugnissen zu zehn Monaten Freiheitsentzug mit Bewährung verurteilt. Der Kompaniechef wurde vom Verdacht der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung sowie Verletzung seiner Dienstaufsichtspflicht freigesprochen. Bei dem Unglück waren durch eine vorzeitig abgefeuerte Mörsersprenggranate zwei Bundeswehroffiziere getötet und 24 Soldaten zum Teil schwer verletzt worden.

USA und Chile: C-Waffen für Irak?

AFP, Lissabon

Der Irak hat angeblich vor kurzem von den USA und Chile neue chemische Kampfstoffe erhalten, die laut Genfer Konvention verboten sind. Die C-Waffen sollen bei einer der nächsten Offensiven gegen den Iran eingesetzt werden, versicherte in Lissabon der iranische Geschäftsträger Jahanbaksh Mozaffari auf einer Pressekonferenz. Er will diese Informationen aus „glaubwürdiger" Quelle erhalten haben. Bereits im vergangenen Juni hatte der iranische Staatsrundfunk behauptet, die USA hätten dem Irak mindestens zwei Tonnen Senfgas geliefert, was jedoch von Washington unverzüglich energisch bestritten wurde. Chile wurde dagegen erstmals in diesem Zusammenhang genannt.

Rettungsexpedition für private polnische Landwirtschaft verlangt

Neues Primas-Organ kritisiert staatliches Monopol / Amnestie: 1750 Häftlinge entlassen

DW. Warschau

Insgesamt 1750 Häftlinge, darunter 52 politische Gefangene, sind in den beiden vergangenen Tagen in Zusammenhang mit dem Amnestieerlaß in Polen aus dem Gefängnis entlassen worden. Unter den politischen Häftlingen befindet sich auch Andrzej Gwiazda, der frühere Vize-Vorsitzender der verbotenen Untergrundgewerkschaft „Solidarität". In einer Erklärung in Warschau betonten gestern sieben der ehemaligen Führer der Gewerkschaft, darunter Lech Walesa und Zbigniew Bujak, daß die Rückkehr zu den Danziger Abkommen vom August 1980 und zum Prinzip des gewerkschaftlichen Pluralismus „unerläßliche Bedingungen" seien, um Polen aus der Krise herauszuführen. Nur so werde die Amnestie keine „vorübergehende Episode" sein.

J. G. GÖRLICH, Düsseldorf

Zu einer „Rettungsexpedition" zu Gunsten der polnischen privaten Landwirtschaft hat das neue Organ des Primas von Polen, „Przeglad Katholicki" (Katholische Revue), in einem Grundsatzartikel aufgerufen. Die „Krise der polnischen Landwirtschaft" dauere bereits seit 1974, vertiefe sich ständig, und es müsse endlich etwas getan werden, „ehe wir die letzte Kuh verspeisen". Es sei geradezu alarmierend, daß Rinder und Schweine zunehmend aus den Ställen tief resignierter polnischer Bauern verschwinden und immer mehr Landwirte dazu übergehen, ihre Pferde dem Roßschlächter zu übergeben. Alleine 1983 hätten die Bauern 80 Prozent mehr Ackerpferde als im Vorjahr schlachten lassen.

Die Zeitung „Przeglad Katholicki" kritisiert das staatliche Monopol der „Selbsthilfe-Bauernzirkel" beim Verleih von Maschinen und Traktoren, das „eines der größten Hindernisse für die Entwicklung der Landwirtschaft ist". Auf die Selbstherrlichkeit und das Gießkannenprinzip dieser angeblichen Selbsthilfe-Zirkel anspielend, spricht die Wochenzeitung von einer „fatalen Dienstleistungssphäre".

Es müßte auch viel mehr für die Gesundheit der Landbevölkerung getan werden und eigene Veterinärgenossenschaften, Ziegeleien, Dachziegelfabriken, kleine Wasserwerke und Bewässerungsanlagen angelegt werden. Dazu brauche man noch nicht einmal „eine supermoderne Technik für Devisen zu importieren". Die Bauern würden auch selbst in die Tasche greifen und investieren, wenn sie bessere Zukunftsaussichten hätten.

Resignation mache sich auch bei der Landjugend bemerkbar, schreibt das Blatt. Es weist darauf hin, daß die Zahl der neu immatrikulierten Studentinnen und Studenten aus dem Bauernmilieu mehr als um die Hälfte zurückgegangen ist und heute nur noch 7,1 Prozent aller polnischen Studenten ausmacht. Nur 18,6 Prozent der Studenten landwirtschaftlicher Hochschulen sind bäuerlicher Herkunft. An den humanistischen Fakultäten könne man die Zahl von Studenten bäuerlicher Herkunft an den Fingern einer Hand abzählen, heißt es weiter. Keine einzige Bauerntochter und kein einziger Bauernsohn habe sich dieses Jahr zum Studium an einer der vielen Kunsthochschulen des Landes angemeldet.

Polens Kirche betreut Gastarbeiter in „DDR"

Die „DDR"-Führung hat einer Abmachung zwischen der polnischen Kirche sowie beiden christlichen Kirchen im anderen Teil Deutschlands zugestimmt, wonach die rund 20 000 polnischen Arbeitnehmer in der „DDR" religiös betreut werden dürfen. Für die Polen-Seelsorge wurden dort 14 Geistliche, darunter zwei Ordenspriester, abgestellt. Voraussetzung für diese Seelsorge sollen gute Deutschkenntnisse sein. Aus der vom Krakauer katholischen „Tygodnik Powszechny" veröffentlichten Namensliste der Geistlichen geht hervor, daß ein nicht unerheblicher Teil aus Oberschlesien stammen muß.

Die Polen-Seelsorge in der „DDR" ist in zwölf Kirchensprengel aufgeteilt, die nicht nur ihren Sitz in den Großstädten haben, sondern auch in kleineren Städten wie Stadtilm und Weißwasser. Unter den 62 Gotteshäusern, die den Polen zur Verfügung gestellt werden, befinden sich auch sieben evangelische.

Für die polnischen Gastarbeiter in der CSSR und der Sowjetunion gibt es bisher keine organisierte Seelsorge. Die Seelsorge für polnische Gastarbeiter in der Bundesrepublik ist ausschließlich der hier lebenden polnischen Geistlichkeit überlassen.

Israel: Labour für große Koalition

Ringen um das Amt des Premiers / Regierung verschärft Devisenkontrollen

E. LAHAV / DW. Jerusalem

Auch die Führung der israelischen Arbeiterpartei hat sich jetzt zu der Ansicht durchgerungen, daß eine „Regierung der nationalen Einheit", also eine große Koalition mit dem Likud, jeder kleinen Koalition vorzuziehen wäre. Eine Koalition mit der Arbeiterpartei im Mittelpunkt könnte im besten Fall nur 63 von 120 Mandaten in der Knesset umfassen. Sie wäre bruchanfällig und würde obendrein große politische Zugeständnisse an die religiösen Parteien erforderlich machen.

Die Frage, um die es jetzt geht, ist, wer in einer großen Koalition das Amt des Ministerpräsidenten innehätte. Grundsätzlich geht dieser Posten an den größeren der beiden Partner. Da Labour 45 Mandate hat und der Likud nur 41, wäre also Peres der nächste Premier. Allerdings würden nicht alle 45 Labour-Abgeordnete einer großen Koalition beitreten. Die sechs Mapam-Abgeordneten auf dem linken Flügel drohen für diesen Fall mit einem Austritt. Mit 39 Mandaten wäre dann Peres der Junior-Partner, denn Shamirs Likud hat 41 Sitze. Um dies zu vermeiden, hat Peres der Mapam vorgeschlagen, ihn zu unterstützen aber sich nicht an der Regierung zu beteiligen.

Peres führt jetzt ähnliche Verhandlungen mit den zwei kleineren Fraktionen, der drei Mann starken Linksliberalen Partei „Shinui" und der Bürgerrechtspartei. Beide erklärten, daß sie keiner Koalition mit Likud beitreten würden, doch ist ihnen die Möglichkeit einer Fortsetzung der bisherigen Koalition des Likud mit den Religiösen so unangenehm, daß ihr Widerstand jetzt nachläßt.

Das israelische Finanzministerium hat zwei Tage nach den Parlamentswahlen erwartungsgemäß die Devisenkontrollen verschärft. Seit gestern müssen die Israelis 15 Prozent Steuern auf den Betrag zahlen, den sie vor Auslandsreisen kaufen dürfen. Diese Summe darf höchstens 2000 Dollar betragen. Die Möglichkeit, 2000 Dollar pro Jahr an Verwandte im Ausland zu überweisen, wurde gestrichen, weil sie in den vergangenen Wochen offenbar oft mißbraucht worden war.

Seite 2: Notstandskoalition

CDU fragt nach der „Ethik der Technik"

AP, Düsseldorf

Die CDU will eine Kommission „Ethik der Technik" einrichten. Mit der Vorbereitung für die Aufnahme der Arbeit dieses Gremiums haben der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler den nordrhein-westfälischen Oppositionsführer Bernhard Worms beauftragt. Es könne nicht übersehen werden, daß neue Techniken Folgen hätten, die mit dem notwendigen Prinzip der Sozialverträglichkeit möglicherweise nicht in Übereinstimmung zu bringen seien, sagte Worms zu den Aufgaben der Kommission. Der technische Fortschritt, etwa auf dem Gebiet der Biotechnik, schreite heute schneller voran als die den Menschen zur Verfügung stehenden ethischen Kriterien, denen jeder Prozeß des Fortschritts verpflichtet sein müsse. Es sei unbestritten, daß die Bundesrepublik Deutschland ohne die Anwendung neuer Techniken auf Dauer ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren würde, meinte Worms. Insbesondere bei der jungen Generation könne jedoch von einer „angemessenen Akzeptanz" gegenüber dem technischen Fortschritt nicht die Rede sein.

Klage gegen NRW-Regierung

dpa, Münster

Die CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe haben gestern beim nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof in Münster die SPD-Landesregierung wegen deren Bilanz über „Leistungen des Landes in den Gemeinden 1975–1983" verklagt. Die CDU sieht darin im Hinblick auf die Kommunalwahl am 30. September dieses Jahres und die Landtagswahl am 12. Mai 1985 eine unzulässige Wahlwerbung. Für den Fall, daß die Bilanz in den kommenden Wochen von Sozialdemokraten „gehäuft" öffentlich verwendet werden sollte, erwägt die CDU-Opposition, eine einstweilige Anordnung zu beantragen.

Umweltvergehen ungenügend geahndet

dpa, Bonn

Die bundesweite Bekämpfung der Umweltkriminalität – seit vier Jahren gesetzlich geregelt – weist offenkundig noch Schwachstellen auf. Dies ist das Ergebnis einer Anhörung von Excperten vor dem Arbeitskreis Rechtswesen der SPD-Fraktion in Bonn. Als ein Hauptproblem nannte der bereits seit 15 Jahren auf diesem Felde tätige Kriminalhauptkommissar Heinrich Lotz vom Landeskriminalamt Wiesbaden gestern die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden mit der Justiz und der Polizei, die nach seinen Erfahrungen so „gut wie gar nicht" funktioniere.

Nach seiner Darstellung ist in vielen Fällen den zuständigen Ordnungsbehörden die Sachlage von Verstößen gegen den Umweltschutz längst bekannt, ohne daß es zu Anzeigen komme. In anderen Fällen hätten Umweltdelikte diesen Behörden bekannt sein müssen. Lotz sprach von einem „fragwürdigen Verhalten" mancher Amtsträger und plädierte in diesem Zusammenhang generell für deren strafrechtliche Haftung in Fällen von Umweltverstößen.

Für Rechtsanspruch auf Einbürgerung

AP, Berlin

In Deutschland lebenden Ausländern soll nach Auffassung des Berliner Senats unter bestimmten Voraussetzungen künftig ein Rechtsanspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit zugebilligt werden. Sozialsenator Ulf Fink (CDU) sagte gestern vor Journalisten, dadurch solle integrationsbereiten Ausländern die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft wesentlich erleichtert werden. Voraussetzung dafür müsse sein, daß sich die betreffenden Personen mindestens acht Jahre in Deutschland aufhielten, einen deutschen Schulabschluß und einen guten Leumund nachweisen könnten.

Fink bedauerte, daß die anderen Bundesländer bislang einer solchen Regelung nicht zustimmen wollten. Sie hielten lieber an dem bisherigen Prinzip der Ermessensentscheidung fest, wonach in jedem Einzelfall über eine Einbürgerung entschieden werden muß. Der Senator kündigte an, sich für eine erleichterte Einbürgerung im Bundesrat „stark machen" zu wollen, weil das bestehende Recht dringend reformbedürftig sei.

Im Rahmen der Integrationspolitik will sich Fink auch dafür einsetzen, daß künftig ausländische Jugendliche unter 16 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben können. Bisher konnten dies nur Ausländer ab 18 Jahre tun.

Mit 244 983 Personen ist der Ausländeranteil an der Spree nach Angaben Finks seit 1976 zum erstenmal wieder rückläufig. 1982 haben mit knapp 250 000 Nichtdeutschen in der Stadt die meisten Ausländer seit Kriegsende gelebt.

Buschhaus Streitobjekt

● Fortsetzung von Seite 1

weltfreundliches Kraftwerk, soweit ein Kohlekraftwerk überhaupt umweltfreundlich sein kann".

Abschließend räumte Ernst Albrecht auf Fragen von Journalisten ein, daß man nach dem heutigen Wissensstand über Umweltschäden über ein Kraftwerk wie Buschhaus wohl anders entscheiden würde; der Einbau der Entschwefelungsanlage würde nach den Erkenntnissen von heute zusammen mit dem Bau angeordnet. Das Genehmigungsverfahren sei hier jedoch nach geltendem Recht bereits 1978 in Gang gesetzt worden.

Für die Bundesregierung erklärte Regierungssprecher Peter Boenisch, das jetzt erarbeitete Konzept erziele eine größere Verbesserung für die Umwelt, als wenn die Resolution des Bundestages Punkt für Punkt erfüllt werde. Wenn von einer jetzigen Belastung der Umwelt im Raum Helmstedt von 155 000 Tonnen Schwefeldioxid jährlich ausgegangen werde, dann bringe die Forderung der Bundestags-Resolution 1993 eine Belastung von noch 73 000 Tonnen, das Konzept der Bundesregierung und Niedersachsens aber nur noch 9000 Tonnen jährlich. Boenisch meinte, es sei „etwas zu viel Religion in die Debatte" gekommen, darüber werde vergessen, daß gleichzeitig mit Buschhaus auch das benachbarte Kraftwerk Offleben II bis 1987 die bestmögliche Rauchgasentschwefelungs-Anlage erhalte, und daß nach dem Konzept der Regierung Offleben I stillgelegt wird und Buschhaus bis zur Erfüllung der Umweltschutz-Auflage nicht mit voller Kraft gefahren werde.

Unsachliche Kritik am Regierungskonzept wies Boenisch zurück: Jedes „aufgeregte Getue" verbiete sich, die Regierung wolle in einer so wichtigen Frage nicht am Parlament „vorbeilaborieren".

Boenisch korrigierte schließlich auch die falsche Auffassung, daß es sich bei Buschhaus wegen der Bundesbeteiligung an dem Unternehmen um einen Bundes-Betrieb handele. Die Bundesrepublik Deutschland sei hier nur Großaktionär mit 49,5 Prozent Anteil.

Streit um die „Salzkohle"

DIETER THIERBACH, Bonn

Salzkohle ist eine leicht modifizierte Braunkohle, die sich rein äußerlich nicht von dieser unterscheidet. Sie zeichnet sich lediglich durch einen geringen Alkali-, sprich Kochsalzgehalt aus. Dieser Alkaligehalt wirkt sich negativ auf den Verfeuerungsprozeß aus.

Das Kochsalz setzt den Schmelzpunkt der entstehenden Asche herunter, so daß sich diese dann, in „weichem" Zustand, bei bestimmten Temperaturen auf den Wärmeübertragern – den eingebauten Wasserrohren – absetzen kann und nach einer gewissen Betriebszeit zu unvermeidlichen Schwierigkeiten führt; der Wärmeübergang wird drastisch heruntergesetzt.

Es gibt weltweit zahlreiche Braunkohle-Lagerstätten, die einen erhöhten Natriumgehalt aufweisen. Seit Jahrzehnten ist man dabei, Verfahren großtechnisch zu erproben, bei möglichst hohen Temperaturen, die im Feuerraum bei ca. 1000° Celsius liegen, den Wirkungsgrad der Anlage entsprechend hoch zu halten. Doch auch heute noch muß man nach wie vor mit den Temperaturen heruntergehen, um Betriebsunannehmlichkeiten, wie die frühzeitige Verschmutzung der Wärmetauscher, zu vermeiden.

Die Kohle in Helmstedt, die verhältnismäßig nahe an der Oberfläche liegt, enthält einen relativ geringen Salzgehalt, hat dafür aber einen etwas höheren Schwefelanteil. Bei der Salzkohle, die in tieferen Bereichen abgebaut wird, ist das Verhältnis umgekehrt: Geringerer Schwefel bei höherem Salzgehalt.

Salz- und Schwefelgehalt sind zwei völlig verschiedene Dinge, die mehr oder weniger zufällig im Zonenrandgebiet so miteinander verbunden sind, war von Experten der Braunkohleforschung zu vernehmen. „Im Laufe der Zeit wird man beim Abbau in Helmstedt automatisch bei einer Tiefe ab 50 Meter auf eine Kohle stoßen, die weniger Schwefel, aber mehr Salz hat."

In der „DDR" dominieren große Vorkommen an salzhaltiger Braunkohle; westdeutsche Lagerstätten weisen einen so hohen Salzgehalt nicht auf. Die Reviere um Helmstedt gelten bergmännisch noch als westlichster Teil der „DDR"-Vorkommen.

Kunst hat Konjunktur

fu (London) – Als der Amerikaner Alfred Taubman vor einem Jahr das bedeutendste Kunstauktionshaus der Welt, Sotheby's in London, übernahm, hatte der Kunstmarkt gerade eine schlimme Phase durchgemacht. Die Rezession in den Industrieländern hatte die Nachfrage nach Kunst stark gedrückt.

Doch mit dem weltweiten Konjunktur-Aufschwung hat sich auch der Kunsthandel deutlich belebt. Davon zeugen nicht nur die Rekordverkäufe, die Sotheby's und Christie's auf ihren Auktionen in den letzten zwölf Monaten erzielt haben, sondern auch die vielen Rekorde für einzelne Kunstwerke.

Knapp 31 Millionen Mark für das Evangelienbuch Heinrich des Löwens, 28 Millionen Mark für ein Turner-Gemälde, 107 Millionen Mark für Werke des Impressionismus und der Moderne auf einer einzigen Versteigerung, 30 Millionen Mark für nur zehn impressionistische Gemälde der Wolf-Dreyfuss-Sammlung, einschließlich des Rekordpreises von 10,5 Milllionen Mark für ein Gemälde von Gaugin oder der Höchstpreis von 171 500 Mark für eine Tiffany-Vase.

Die Rekordliste ließe sich beliebig *fortsetzen*. *Das Interesse* der Sammler hat offensichtlich neue Dimensionen erreicht. Dies gilt insbesondere für die USA, wo Christie's zum ersten Mal in seiner Geschichte mit 158 Millionen Pfund mehr verkauft hat als in seinen beiden Londoner Häusern mit zusammen 157,2 Millionen Pfund. Wie stark der amerikanische Markt das Feld anführt, wird schon an der Zunahme der Christie's-Umsätze in den USA um 72 Prozent deutlich.

Strategien

Wz. – Wie entwickelt sich die Wirtschaft der Bundesrepublik bis *1990? In seiner Langzeitperspektive* versucht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), diese Frage zu beantworten, ohne dabei die Risiken von längerfristigen Prognosen zu übersehen. Drei Szenarien wurden erstellt: ein mittleres, ein optimistisches und ein pessimistisches Zukunftsbild. Damit soll die Bandbreite der möglichen wirtschaftlichen Entwicklung abgesteckt werden. Im Mittelpunkt steht die Frage: Welche Strategien sind bis 1990 wachstums- und beschäftigungswirksam? Ist es die Förderung von Innovationen, neuen Technologien, Umweltinvestitio*nen oder Arbeitszeitverkürzungen?* Den Wirtschaftsforschern ist zuzustimmen, wenn sie vorhersagen, daß jede Strategie für sich die Situation nicht verbessern wird. Was bleibt, ist daher nach Ansicht der Wirtschaftsforscher ein Bündel von *Strategien, die gleichzeitig* Wachstum und Beschäftigung fördern. Eine Herausforderung für Wirtschaftspolitiker, Unternehmer und Gewerkschaften.

EG / Probleme mit der Süderweiterung werden immer größer – Termin gefährdet

Beitrittsverhandlungen mit Madrid kommen immer noch nicht voran

WILHELM HADLER, Brüssel

Für ernsthaft gefährdet halten Brüsseler Experten den geplanten Termin des spanischen EG-Beitritts (1. Januar 1986), wenn die Verhandlungen über die Beitrittsbedingungen nicht besser vorankommen. Die letzte Gesprächsrunde vor der Sommerpause hat entgegen manchen Hoffnungen keinerlei Fortschritte gebracht. Im Gegenteil: Die Probleme, die sich im Hinblick auf die Süderweiterung auftürmen, scheinen immer schwieri*ger zu bewältigen zu sein.*

Optimistische Erwartungen waren im Juni unter französischer Präsidentschaft geweckt worden. Damals entstand der Eindruck, daß sich zumindest in einigen wichtigen Berei*chen eine Annäherung der Stand*punkte abzeichnete. Vier Wochen später erwies sich jedoch, daß nicht nur die EG ihre bekannten Schwierigkeiten im Agrarbereich hat, sondern daß auch Madrid außerordentlich hart verhandelt. Auf keinen Fall *können daher die Verhandlungen* – wie dies noch im Juni von den Staats- und Regierungschefs in Fontainebleau gefordert wurde – bis Ende September abgeschlossen werden.

Im industriellen Bereich besteht zwar inzwischen Einvernehmen, daß *die Zölle zwischen Spanien und der* EG innerhalb von sieben Jahren nach dem Beitrag beseitigt werden sollen. Nach wie vor umstritten ist jedoch der Rhythmus des Zollabbaus während dieser Übergangszeit.

Die Gemeinschaft, die kaum noch *Zölle auf spanische* Waren erhebt, will gleich nach dem Beitritt wenigstens eine substantielle Zollsenkung (40 Prozent) durchsetzen. Sie verweist darauf, daß die spanische Industrie inzwischen in vielen Branchen durchaus wettbewerbsfähig sei. Madrid verknüpft dagegen Zugeständnisse bei den Zollsenkungen mit Gegenleistungen der EG im Agrarbe*reich.* Ein in Brüssel vorgelegtes Papier wurde von den Unterhändlern der Gemeinschaft als „ein Schritt rückwärts" bezeichnet.

Als hinderlich empfinden Exporteure aus den EG-Staaten vor allem die spanischen Hochzölle. Sie schaf*fen der Industrie neben* anderen Maßnahmen einen fast vollkommenen Einfuhrschutz. Für Kraftwagen besteht z.B. ein Zoll von 35 Prozent. Ursprünglich hatte Madrid auf eine „Schonfrist" von 10 Jahren für seine Industrie gepocht.

Dagegen verlangen die Spanier im Agrarbereich möglichst kurze Übergangsfristen. Sie sind sogar wieder hinter ihre Zusage zurückgegangen, für Obst- und Gemüselieferungen innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren gewisse Beschränkungen hinzunehmen.

Die Gemeinschaft steht vor dem schier unlösbaren Problem, wie die durch die Erweiterung zu erwartende Kostenexplosion in der Agrarpolitik in Grenzen gehalten werden kann. Außerdem berührt der schrittweise freie Zugang für spanische und portugiesische Agrarerzeugnisse die Wettbewerbsposition französischer, italienischer und griechischer Waren.

Nach neuesten Schätzungen würde die Übernahme der Brüsseler Marktordnung für Olivenöl durch Spanien die EG mit zusätzlichen Kosten von rund 1,6 Milliarden Mark jährlich belasten. Bereits heute schlagen diese Marktordnungsausgaben mit rund 2,1 Milliarden jährlich hoch zu Buche. Die Frage ist deshalb, ob die EG nicht vor dem Beitritt ihre bisherige Regelung ändern sollte. Italien und Griechenland wollen diesem Gedanken jedoch nicht nähertreten.

Ebenso wehrt sich Rom gegen jede Begrenzung der Einkommensgarantien für seine Winzer durch ein Quotensystem nach dem Vorbild des Milchmarktes. Frankreich hingegen hält wirksame Maßnahmen gegen die immer bedrohlichere „Weinschwemme" *für eine unerläßliche Vorbedin*gung für die EG-Erweiterung. In Wahrheit geht es Paris allerdings dabei nicht so sehr um die zu erwartenden Weinimporte aus Spanien als die regelmäßige Überschwemmung seines Marktes mit billigen italienischen *Tafelweinen. Vor den Verhandlungen* mit Spanien muß sich die Gemeinschaft also zunächst einmal selbst über ihre künftige Politik klar werden.

ENTWICKLUNGSHILFE / Gespräch mit Warnke

Anteil der multilateralen Zahlungen wird zunehmen

HEINZ HECK, Bonn

Minister Jürgen Warnke (CSU) erwartet auch nach dem Rekordergebnis 1983 in Höhe von 8,1 Milliarden Mark in diesem Jahr einen weiteren Anstieg der öffentlichen Entwicklungshilfe aus Bonn. „Das gilt sowohl für die Kapital- wie die Technische Hilfe", erklärte er gegenüber der WELT. Nach dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 1985 sei *auch in Zukunft mit weiteren Steige*rungen zu rechnen. Allerdings „fürchtet" Warnke, daß – in Fortsetzung der bereits 1983 zu beobachtenden Tendenz – der multilateral vergebene Anteil (zum Beispiel über Weltbank und regionale Entwicklungsbanken) *weiter steigen werde.*

Er hält Neuverhandlungen über die Finanzausstattung der Weltbanktochter IDA nach den amerikanischen Präsidentenwahlen für möglich. Bisher sind für den Dreijahreszeitraum neun Milliarden Dollar vereinbart. Die Bundesregierung sei grundsätzlich auch zu einer nachträglichen Aufstockung auf zwölf Milliar*den Dollar bereit, wenn* Washington mitziehe. In dem vor allem von Frankreich geforderten Spezialfonds für Schwarzafrika sehe weder Bonn noch London einen Ausweg, zumal da sich Washington an diesem Vorhaben nicht beteiligen würde. Warnke *möchte aber gerade „die USA nicht* aus dem Obligo entlassen".

Ausführlich äußerte sich der Minister zur Wiederaufnahme der deutschen Entwicklungshilfe für El Salvador. Im sozialen Ausgleich sieht er „ein wesentliches Element jeder erfolgreichen Entwicklungsstrategie" für Zentralamerika. Diese Region könne nur befriedet werden, wenn es gelinge, „auch und gerade in El Salvador Menschenrechtsverletzungen durch rechtsgerichtete Todesschwadronen ebenso zu überwinden wie durch linke Guerrillas". Präsident José Napoleón Duarte ist nach Meinung Warnkes schon nach seinem persönlichen Werdegang „wahrscheinlich der einzige, der heute mit Aussicht auf Erfolg" den sozialen Ausgleich herbeiführen könne.

Bonn will diese Bemühungen 1984 mit rund 50 Millionen Mark Entwicklungshilfe unterstützen. Zu Ausgaberesten aus früheren Jahren in Höhe von 27,6 Millionen kommen in diesem Jahr 20 Millionen Kapital- und drei Millionen Technische Hilfe hinzu. Da das Land schnelle Hilfe brauche, sollen allein 30 Millionen Mark als Warenhilfe (zum Kauf etwa von Ersatzteilen, *Rohstoffen*, Produktionsmitteln für die Landwirtschaft) vergeben werden.

Acht bis neun Millionen sind für ein Kreditprogramm zur Unterstützung von Kleinstunternehmen auf dem Lande (als Hilfe zur Selbsthilfe) und acht bis neun Millionen für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen. Die Technische Hilfe kommt unter anderem der Stadtentwicklung, Slum-Sanierung, dem Ausbau des Genossenschaftswesens und der Unterstützung der Agrarreform zugute.

Der Nebel lichtet sich

Von *DANKWARD SEITZ*

Ganz allmählich zeichnen sich die ersten Konturen unter dem dichten und sorgfältig gelegten Tarnnetz ab, unter dessen Schutz der Düsseldorfer Flick-Konzern seit langem einen neuen Besitzer für seine Münchner Panzerschmiede Krauss-Maffei AG sucht. Zum ersten Mal hat jetzt Hanns Arnt Vogels, Vorsitzender der Geschäftsführung der MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, Ottobrunn, bestätigt, daß über dieses Thema in den letzten Wochen und Monaten „Gespräche mit Vertretern von Flick" geführt worden sind. Wenn auch Vogels *Einzelheiten* darüber nicht mitteilen will, widerlegt sind damit zumindest alle Dementis aus der Flick-Zentrale, daß Krauss-Maffei nicht zum Verkauf stehe.

Vielmehr scheinen sich die Verhandlungen schon in einem recht fortgeschrittenen Stadium zu befinden, selbst wenn Vogels versichert, daß „noch keine Beschlüsse gefaßt" worden sind. Als Hinweis darauf kann aber eine Stellungnahme des bayerischen Wirtschaftsministers Anton Jaumann vor wenigen Tagen gewertet werden, als er zwar Fragen über eine mögliche Übernahme von Krauss-Maffei durch MBB nicht beantworten wollte, aber meinte: „Das Unternehmen ist nicht (mehr?) auf dem Markt."

Endgültig dürfte sich damit auch, wie von anderer Seite verlautete, die Möglichkeit zerschlagen haben, daß die britische Vickers-Gruppe oder andere Ausländer noch zum Zuge kommen, die ihr Interesse an Krauss-Maffei vor einigen Monaten angemeldet hatten.

Festzustehen scheint inzwischen auch, daß MBB nicht im Alleingang Krauss-Maffei übernehmen wird. Wenn, dann wird der Luft- und Raumfahrtkonzern, wie Vogels andeutete, innerhalb einer „mehr oder weniger großen Gemeinschaftsbeteiligung" mit von der Partie sein. Welche Firmen neben MBB dafür in Frage kommen – unter anderem tauchen hier immer wieder die Namen IWKA und Diehl auf –, darüber wird noch geschwiegen.

Recht unmißverständlich gibt der MBB-Chef aber zu verstehen, daß das Geschäft noch nicht im Herbst zum Abschluß kommt: „Gut Ding braucht Weile." Bei allen Überlegungen müsse man sich allein „von wirtschaftlichen Gesichtspunkten" leiten lassen.

Wie schnell Krauss-Maffei letztendlich unter neue Fittiche kommt, wird wohl nicht zuletzt von den beteiligten Politikern abhängen. Da ist zum einen das Bundesverteidigungsministerium, das verständlicherweise ein Interesse *daran haben muß, daß* der Bau des Kampfpanzers „Leopard 2" und des Flugabwehrpanzers „Gepard" nicht von einem Ausländer kontrolliert wird. Und daß Jaumann eine bayerische Verbindung für „sinnvoll" erachtet, hat einen tieferen Grund: die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Tatsache ist, daß Flick verkaufen will. Daß sich nun die an Krauss-Maffei interessierten Firmen mit Ausnahme von MBB einnebeln, ist eine tak*tische Variante. Denn je mehr sie sich* zieren, desto eher könnten die Politiker bereit sein, sie mit neuen Aufträgen (Panzerhaubitze 155-1 oder Leopard 3) oder direkten finanziellen Hilfen aus ihrer Reserve locken. Das Militär-Geschäft, das Krauss-Maffei zu*letzt 84 Prozent von gut 2,2 Milliarden* Mark Gruppenumsatz brachte, reizt eigentlich alle, auch wenn ab 1987 durch das Auslaufen der Fertigung des Leopards 2 erhebliche Auftragslücken drohen.

Weniger verlockend ist dagegen der angesichts leerer Kassen der Bundesbahn auf fast unabsehbare Zeit kaum erfolgverspre*chende Lokomotivbau* der Flick-Tochter und die unattraktive Kunststoffmaschinen-Sparte.

In allen Überlegungen *spielt* der Kaufpreis von 100 bis 150 Millionen Mark längst keine Rolle mehr, so ein Insider, zumal das Unternehmen nach Angaben von Krauss-Maffei-Chef Hans-Heinz Griesmeier über „stille" Reserven von etwa 100 Millionen Mark verfügt. *Vielmehr geht es* darum, wie die *hohen laufenden Betriebskosten in den Griff zu bekommen* sind. Peinlich wäre es für alle Beteiligten, wenn man schon bald nach der Übernahme einem Teil der über 4600 Mitarbeiter einen Sozialplan präsentieren *müßte. Ganz be*sonders für Jaumann, wenn dem MBB-Konzern, an dem der Freistaat Bayern mit etwa 24,5 Prozent beteiligt ist, eine Führungsrolle bei Krauss-Maffei zufallen sollte.

Seite 11: Vor neuem Wachstum

AUF EIN WORT

„Es war *erklärtes* Ziel der bayerischen Staatsregierung, das Strom*preisniveau in* Bayern an den Bundesdurchschnitt anzunähern. In*zwischen* ist das Ziel voll erreicht. Angesichts der Revierferne mit dem billigen Braunkohlestrom und vor allem auch angesichts der ländlichen Struktur Bayerns mit den viel höheren Verteilungskosten sollte diese Aussage besonders positiv gewertet werden."

Dr. Dieter Nagel, Vorstandssprecher der Thüringer Gas AG, München.
FOTO: DIE WELT

Kaum Verbesserung am Arbeitsmarkt

dpa/vwd, Hamburg

Die Beschäftigungssituation in der Bundesrepublik hinkt hinter der kon*junkturellen Erholung hinterher.* Ins*gesamt hat sich die Zahl* der Erwerbstätigen von 1980 bis 1983 (Jahresdurchschnitte) um mehr als eine Million verringert. Dieser Rückgang spielte sich hauptsächlich im warenproduzierenden Gewerbe ab, stellte das *HWWA-Institut für Wirtschafts*forschung, Hamburg, fest. Branchen mit hohen Produktivitätssteigerungen – wie im Fahrzeugbau – in der Vergangenheit wiesen überdurchschnittlich günstige Beschäftigungsentwicklung auf.

STEUERENTLASTUNG

Nur 17 Milliarden Mark wollen die Länder mittragen

HEINZ HECK, Bonn

Die CDU-regierten Länder wollen 1986 und 1988 nur eine Steuerentlastung von rund 17 Milliarden Mark mittragen, erklärte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht gegenüber der WELT. Die Koalitionsspitze von CDU/CSU und *FDP hatte sich am 20. Juni* in Bonn dagegen auf eine zweistufige Steuerreform mit einem Volumen von 20,2 (davon 1986 elf und 1988 9,2) Milliarden Mark verständigt. Für die CDU-regierten Länder seien zehn und sieben Milliarden Mark die Obergrenze, *sagte Albrecht. Wenn* der Bund eine Entlastung von rund 20 Milliarden wolle, müsse er die restlichen drei Milliarden Mark allein tragen, fügte er hinzu.

Ohne die Zustimmung dieser Ländergruppe hat die Steuerreform im Bundesrat keine Mehrheitschance, da die vier SPD-regierten Länder ohnehin das Vorhaben in dieser Form ablehnen. *Finanzminister Gerhard* Stoltenberg hat aber seiner Finanzplanung bis 1988 nur die auf den Bund entfallenden Steuerausfälle von 42,5 Prozent der Gesamtentlastung zugrunde gelegt. Da die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer im Verhältnis 42,5 zu 42,5 zu 15 Prozent Bund, Ländern und Gemeinden zufließen, müßten Länder und Gemeinden mit 57,5 Prozent den Löwenanteil jeder Steuerreform tragen.

Stoltenberg hat zwar in den bisherigen Verhandlungen Widerstand gegen die Übernahme eines höheren Anteils zu erkennen gegeben. Doch *sind die CDU-regierten Länder offen*bar entschlossen, sich die Veto-Möglichkeit, mit der sie das Vorhaben im Bundesrat zu Fall bringen könnten, bezahlen zu lassen.

AUSSENHANDEL

Die Leistungsbilanz rutschte im Juni in die roten Zahlen

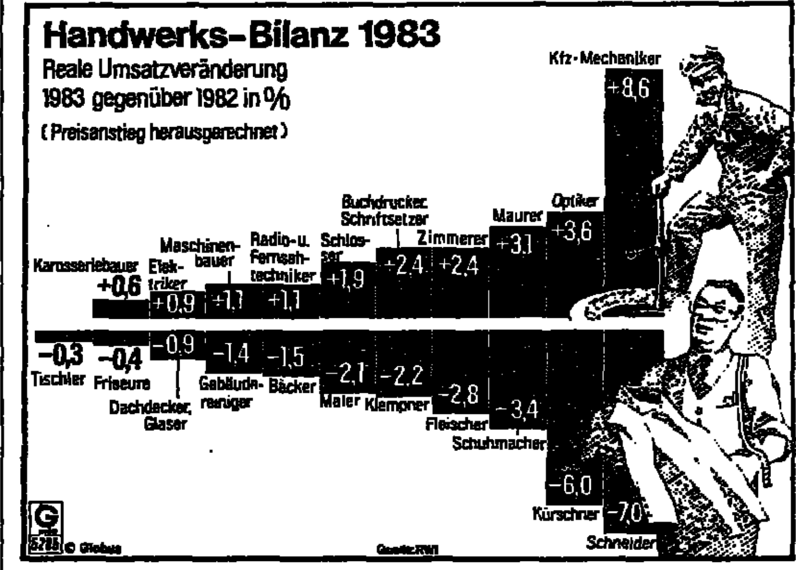
AP, Wiesbaden

Eine drastische Verschlechterung des Außenhandels im Gefolge des Arbeitskampfes in der Metallindustrie hat im Juni rote Zahlen für die Leistungsbilanz der Bundesrepublik gebracht. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, ging der Überschuß in der Handelsbilanz von *4,8 Mrd. DM im Mai auf 1,3 Mrd. Mark* in Juni zurück. Die Leistungsbilanz, die im Mai nach revidierten Zahlen noch einen Überschuß von 3,1 Mrd. Mark aufwies, verbuchte im Juni ein Defizit von 3,2 Mrd. Mark. Im Juni *1983 hatte die Leistungsbilanz ein Defizit von 187 Mill. Mark und die Han*delsbilanz einen Überschuß von 3,86 Mrd. Mark aufgewiesen.

Im ersten Halbjahr 1984 lag der Überschuß in der Handelsbilanz bei 19,9 Mrd. Mark und damit rund zehn Prozent unter dem 22,1-Milliarden-Mark-Überschuß des ersten Halbjahres 1983. In der Leistungsbilanz – dem zusammengefaßten Ergebnis von Außenhandel, Dienstleistungen und Übertragungen – war der Überschuß in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit 1,4 Mrd. Mark deutlich geringer als im ersten Halbjahr 1983 mit 6,7 Mrd. Mark.

Die Exporte der Bundesrepublik gingen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Juni um 14,6 Prozent auf 35,41 Mrd. Mark zurück. Auch die Importe nahmen ab, allerdings nur um 6,8 Prozent auf 34,14 Mrd. Mark im Juni. Im ersten Halbjahr wurden insgesamt Waren im Wert von 215,2 Mrd. Mark eingeführt, 13,5 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Exporte nahmen im Vergleich zum ersten Halbjahr 1983 um elf Prozent auf 235,17 Mrd. Mark zu.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Nach einem Minus von über fünf Prozent im Jahre 1982 stieg der Gesamtumsatz aller Handwerksbetriebe 1983 real um 1,2 Prozent. Von der Konjunkturbelebung haben allerdings nur einige Handwerkszweige profitiert. So zum Beispiel das Kfz-Handwerk, das mit 8,6 Prozent den größten Zuwachs erreichte. Zufrieden konnten auch die Augenoptiker, Maurer und Zimmerleute sein. Dagegen ist der Aufschwung vor allem am Konsumgüter-Handwerk bisher vorbeigegangen. QUELLE: GLOBUS

Commerzbank: Wachstum geringer als geplant

Frankfurt (dpa/VWD) - Die noch zu Jahresbeginn erwartete Zunahme des Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik von drei Prozent in diesem Jahr wird wegen des Arbeitskampfes in der Druck- und Metallindustrie um 0,5 Prozentpunkte niedriger ausfallen. Das stellte die Commerzbank AG, Frankfurt, in ihrem „Konjunkturspiegel" fest. Gravierender als die streikbedingten Produktionsausfälle seien die verschlechterten Erwartun*gen der Unternehmer* und das ungünstige Konsumklima. Positive bewertete die Commercbank die Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland nach den langwierigen Arbeitskämpfen und die Daten der Weltwirtschaft.

Handel optimistisch

Köln (dpa/vwd) - Mit einer Steigerung des Einzelhandelsumsatzes um fünf Prozent gegenüber Vorjahr rechnet die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) in Köln für das 3. Quartal 1984. Der Verband gründet seine Erwartungen vor allem darauf, daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen jetzt wirksam werden. Im ersten Halbjahr 1984 wies der Verband eine nominale Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr von drei bis 3,5 Prozent aus.

Ölimporte wieder erhöht

Frankfurt (dpa/vwd) - Die Rohöleinfuhren in die Bundesrepublik sind im 1. Halbjahr 1984 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erstmals seit fünf Jahren wieder leicht gestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen des Bun*desamtes für gewerbliche Wirtschaft* in Eschborn stiegen die Importe in den ersten sechs Monaten gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um sieben Prozent auf 34,8 Mill. Tonnen Rohöl. Die Ölrechnung der Bundesrepublik nahm binnen Jahresfrist von 18,5 auf 21 Milliarden DM zu.

Venezuela will umschulden

New York (dpa/vwd) - Zwischen Venezuela und dem für dieses Land zuständigen Steuerungsausschuß der ausländischen Gläubigerbanken haben gestern Umschuldungs-Verhandlungen begonnen. Bei den Diskussionen geht es um die Umschuldung von 22 Mrd. Dollar offizieller Auslandschulden Venezuelas. Davon sind 14,5 Mrd. Dollar bis Ende 1984 fällig. Venezuela schuldet dem Ausland insgesamt 37,5 Mrd. Dollar.

Dollar leicht geschwächt

Frankfurt (dpa/vwd) - Der Kurs des US-Dollar schwächte sich gestern leicht ab: Der amtliche Mittelkurs wurde in Frankfurt mit 2,8671 DM nach 2,8791 DM am Dienstag festgestellt. Die Deutsche Bundesbank verkaufte zum Marktausgleich 17,75 Mill. Dollar.

Bericht verschoben

Washington (sbt.) – Das Weiße Haus hat die Veröffentlichung der überprüften Konjunkturdaten, die für Mitte des Jahres gesetzlich vorgeschrieben ist, veschoben. Weitergehende Revision sind *offensichtlich* erforderlich, nachdem das US-Handelsministerium Anfang der Woche unerwartet hohe wirtschaftliche Wachstumsraten von real 10,1 und 7,5 Prozent im ersten und zweiten Quartal 1984 gemeldet hat. Korrigiert werden *müssen vermutlich auch die Zinspro*gnosen.

Kreditvolumen erweitert

Hannover (VWD) – Bei den 318 Volksbanken und Raiffeisenbanken in Niedersachsen und Bremen verlief im ersten Halbjahr 1984 das Kreditgeschäft sehr positiv. Wie aus der zusammengefaßten Halbjahresbilanz der dem Genossenschaftsverband Niedersachsen angeschlossenen Institute hervorgeht, konnte mit über 452 Mil. DM Zuwachs das Kreditvolumen wesentlich stärker als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum mit 266 Mill. DM ausgedehnt werden. Auch hätten die Kunden vermehrt Gelder Mittelfristig angelegt. Insgesamt verringerten sich die Einlagen allerdings leicht.

Rentenhandel genehmigt

Tokio *(VWD) – Das japanische* Finanzministerium will den drei Instituten Bank of America, Citibank und Chase *Manhattan die Erlaubnis zum* Handel mit öffentlichen Anleihen von Oktober an erteilen, verlautet aus Insider-Kreisen. Bis zum Ende des Fiskaljahres will das Ministerium einer Reihe weiterer Auslandsbanken den mit öffentlichen Anleihen erlauben. 34 Institute erhielten die Genehmigung hierfür bereits im Juni.

US-VERBRAUCHERPREISE

Der Konjunktur-Boom hat die Inflation nicht angeheizt

H.-A. SIEBERT, Washington

Neue Preisstatistiken des Arbeitsministeriums in Washington bestätigen, daß in den USA das stärkste Wirtschaftswachstum seit 35 Jahren bei gebremster Inflation stattfindet. Im Juni erhöhte sich der Verbrau*cherpreisindex wie im Mai nur um 0,2* Prozent, so daß der saisonal bereinigte Teuerungsschub im zweiten Quartal 1984 auf Jahresbasis lediglich 3,3 Prozent ausmachte. In den ersten vier Monaten dieses Jahres betrug die Inflationsrate im Schnitt 0,4 Prozent. Seit Juni 1983 ist der Index um 4,2, seit dem Basisjahr 1967 um 211 Prozent auf 310,7 Punkte gestiegen.

In Amerika verteuerten sich Lebensmittel im Juni um 0,1 und seit Jahresfrist um 3,4 Prozent. Für Wohnung gaben die US-Bürger 0,2 und 4,1, für medizinische Leistungen 0,5 und 6,4 und für Unterhaltung ebenfalls 0,5 und 3,7 Prozent mehr aus. Benzin *liegt* heute in den USA um 13,2 Prozent unter den Rekordpreisen, die im März 1981 verlangt wurden. *Positiv wirkt sich das schon* lange günstige Wetter auf die Lebensmittelpreise aus.

Dafür, daß sich der Preisauftrieb in Amerika trotz riesiger Haushaltsdefizite und teurer Kredite in solchen Grenzen hält, gibt es mehrere Gründe. Einmal werden die Produktionskapazitäten durch die rege Investitionstätigkeit ständig ausgeweitet, so daß die Auslastung bei 82 Prozent zu stagnieren scheint. Ansehnliche Gewinne, 1981 verabschiedete Steuervorteile und nach wie vor bescheidene Lohnerhöhungen verschaffen den Firmen mehr Spielraum. Als Teuerungsbremse wirken zudem die in Dollar gesunkenen Rohstoff- und sonstigen Einfuhrpreise.

DIW / Perspektiven bis 1990 – Die Arbeitslosigkeit könnte halbiert werden

Für Bündelung einzelner Strategien

PETER WEERTZ, Berlin

Neue wachstums- und beschäftigungspolitische Strategien sind nach Ansicht des *Deutschen Instituts für* Wirtschaftsforschung (DIW) notwendig, um bis 1990 nicht nur das wirt*schaftliche Wachstum zu sichern,* sondern darüber hinaus den Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu gewährleisten. Vor allem komme es auf eine Bündelung dieser Strategien an, unterstrich DIW-Präsident Prof. Hans-Jürgen Krupp. Ohne die Kombination von wachstums- und beschäftigungswirksamen Maßnahmen wie Innovationsförderung, Umweltinvestitionen, Infrastrukturverbesserungen, Ausweitung des Dienstleistungsangebots und Arbeitszeitverkürzungen werde, so die Prognose des Berliner Instituts, die Arbeitslosigkeit voraussichtlich bis 1990 kon*stant* bleiben, im negativen Fall sogar über drei Millionen klettern.

In seiner Untersuchung der mittelfristigen „Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung" der Bundesrepublik bis 1990 geht das Institut *davon aus, daß die* Arbeitslosigkeit in den nächsten sechs Jahren durch die Bündelung der Strategien und das Zusammenwirken von Wirtschaft und Staat halbiert werden könnte. Verteilt auf Modernisierungsinvestitionen und Investitionen zur Verbesserung der Umwelt hält es – trotz aller vorhandenen Risiken – im Unternehmensbereich ein zusätzliches Investitionsvolumen von 60 Mrd. *DM* bis 1990 für möglich.

Wichtig sei, daß sich die Elemente dieser Wachstums- und Beschäftigungsstrategie ergänzten. „Eine zentrale Rolle spielt hier eine erfolgreiche Innovationsstrategie, bei der Umweltaspekte nicht außer acht gelassen und die von Arbeitszeitverkürzungen *flaniert werden", erläutert* das Institut in seiner Untersuchung. Hier könne zwar die Wirtschaftspolitik Impulse geben, die Verwirklichung hänge aber ganz entscheidend von Verhaltensänderungen in der Wirtschaft und den Tarifparteien ab, betont das Institut.

Gleichzeitig verkennt das Institut nicht, *daß Vorhersagen auf mittlere* und längere Sicht risikoreicher sind als kurzfristige Prognosen. Diese Schwierigkeiten dürfen jedoch nach Ansicht des DIW nicht dazu führen, auf eine mittelfristige Orientierung zu verzichten.

Auf der Basis grundsätzlicher Annahmen erwartet das Institut in seinen Perspektiven mit einem „hochkomplexen Prognosesystem" bis 1990 ein jährliches Wachstum des Bruttosozialprodukts von knapp zwei Prozent und eine unveränderte Arbeitslosenzahl von 2,3 Millionen auch 1990, wenn durch die Bündelung *wachstums- und beschäftigungswirk*samer Maßnahmen nicht ein günstigeres Ergebnis erzielt wird.

SCHWEIZ / Amerikaner bitten erneut um Rechtshilfe

Illegale Insider-Gewinne

IRENE ZUECKER, Genf

Das US-Justizministerium hat die Schweiz wieder um Rechtshilfe gebeten. Es geht um die bisher größte „Insider-Affäre". Die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde SEC sucht nach Personen, die an den US-Börsen über den Zürcher Aktienmakler Ellis AG mehr als 40 Mill. Dollar illegale Gewinne erzielt haben. Über eine Zwischenholding befindet sich die Gesellschaft im Besitz der Baseler Privatbank „Bank A. Sarasin u. Cie.". Der Chef des Hauses ist gleichzeitig Präsident der Schweizerischen Bankvereinigung.

Die Amerikaner behaupten, daß Zeitpunkt und Umfang dieser Wertschriften-Transaktionen darauf hinweisen, daß gewisse Kunden der Ellis AG im Besitz von internen Informationen gewesen sein müssen. Solche Kenntnisse auszunutzen ist in der Schweiz erlaubt, in den Vereinigten Staaten hingegen strafbar. Jedoch hatten sich die Schweizer Banken vor eineinhalb Jahren angesichts anderer „Insider-Fälle" über die Bankenvereinigung zu einer freiwilligen Konvention – gegen das Ausnutzen von Insider-Informationen – entschlossen. Entsprechend müssen In- und Auslandskunden Schweizer Banken (Finanzgesellschaften ausgenommen), wenn sie amerikanische Aktien kaufen, durch Unterschrift bestätigen, daß sie bei einer Insider-Untersuchung auf das Bankgeheimnis verzichten.

In den Ring derjenigen, die offenbar an dem Fall teilhaben, sind rund zwei Dutzend Einzelpersonen, Anwaltsfirmen und Wertschriftenhäuser verwickelt. Die SEC ermittelt gegen eine Reihe von amerikanischen Wallstreetfirmen und dort engagierte Einzelpersonen; darunter auch die renommierte New Yorker Anwaltsfirma Wachtell, Lipton, Rosen und Katz, die auf Firmenübernahmen spezialisiert ist. Aufgrund vertraulicher Informationen aus diesen Büros über rund 24 bevorstehende Fusionen soll in Wertschriften-Transaktionen „investiert" worden sein.

Jedenfalls hat die SEC ungewöhnliche Handelsaktivitäten mit Aktien und Optionen beobachtet, denen unmittelbar Firmenzusammenschlüsse folgten. Daher wird vermutet, daß seit 1977 Einzelheiten zu Übernahmen an einen Handelsring weitergegeben worden sind. Wall Street-Brokerfirmen sind in den letzten sechs Wochen von der SEC aufgefordert worden, Aussagen über ihren Aktienhandel durch die Ellis AG in Zürich zu machen.

JAPAN / Investitionen im Ausland sollen Handelsbeschränkungen vorbeugen

Ein Spätstarter beginnt aufzuholen

FRED de LA TROBE, Tokio

Unter den großen Auslandsinvestoren steht Japan seit zwei Jahren vor Frankreich an vierter Stelle in der Welt. Als Spätstarter auf diesem Gebiet reiht es sich aber noch beachtlich hinter den USA, England und der Bundesrepublik ein. Auch im Verhältnis zu seinem Sozialprodukt und zum Außenhandel sind die japanischen Anlagen in Übersee verhältnismäßig bescheiden.

Die japanischen Auslandsinvestitionen betragen im Fiskaljahr 1983/84 (April bis März) 22,4 Mrd. DM, 5,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Zwischen 1951 und Ende März 1984 erreichten die Kapitalanlagen Japans im Ausland einen Umfang von 168,5 Mrd. DM. Während in früheren Jahren die Sicherung der Rohstoffbezüge und die Herstellung in Ländern mit niedrigen Produktionskosten bei den Investitionen die wichtigsten Anstöße gaben, führt das japanische Finanzministerium die Zunahme der Anlagen im vergangenen Jahr in erster Linie auf das Bemühen vieler Unternehmen zurück, durch Produktionen im Ausland protektionistische Bewegungen gegen Lieferungen aus Japan zu unterlaufen. Eine wichtige Rolle spielte außerdem die rasch zunehmende Internationalisierung der japanischen Banken und Wertpapierbroker.

Nach Gebieten aufgeschlüsselt, nahm Nordamerika mit japanischen Investitionen im Wert von 7,4 Mrd. DM 1983/84 den ersten Platz ein, obwohl dieses Ergebnis eine Abnahme um sieben Prozent gegenüber dem vorausgehenden Rekordjahr darstellte. Bei den Anlagen in Nordamerika handelte es sich vor allem um Produktionsstätten von Elektronikgeräten, Autos und Maschinen.

Auf dem zweiten Platz folgte Lateinamerika mit 5,2 Mrd. DM – 25 Prozent mehr – knapp vor Asien mit 5,1 Mrd. DM, 33,5 Prozent mehr. In Europa investierten die Japaner für 2,5 Mrd. DM, was einer Steigerung um 28 Prozent entsprach. Die Schwerpunkte nach Ländern waren für japanische Investitionen die USA mit 27 Prozent aller Anlagen. Es folgten Indonesien mit 12,5 Prozent, Brasilien mit 6,5 Prozent und Panama mit 5,3 Prozent.

Bei den Verhandlungen über den Abbau der großen japanischen Exportüberschüsse mit den USA und der Europäischen Gemeinschaft haben diese wichtigen Handelspartner immer wieder größere japanische Investitionen in ihren Ländern gefordert. Die Japaner sind an solchen Anlagen als Standbeine in Märkten interessiert, die auf die Flut japanischer Lieferungen empfindlich reagieren. Andererseits beginnen sie sich aber auch schon zu sorgen, daß zuviel Investitionen – vor allem in einigen spezifischen Bereichen – ebenfalls auf Kritik und Abwehr stoßen könnten.

Die am stärksten im Ausland investierenden japanischen Branchen waren 1983/84 das Verkehrswesen mit 3,7 Mrd. (2,5 Mrd.) DM, Banken und Versicherungen mit 3,2 (1,5) Mrd., der Handel mit ebenfalls 3,2 (5,2) Mrd. und das Dienstleistungsgewerbe mit 1,7 (1,9) Mrd. DM. Erst dann folgen Branchen der verarbeitenden Industrie.

Die Anlagetätigkeit in diesem Jahr und die Pläne für 1985 lassen ein weiteres kräftiges Steigen der japanischen Auslandsinvestitionen erwarten. (SAD)

SCHWÄBISCH HALL / Fünf Millionen Verträge

Höhenflug beim Neugeschäft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, das Bausparinstitut der Volksbanken und Raiffeisenbanken, setzt auch im Jahre 1984 ihr überdurchschnittliches Wachstum fort. Nach Angaben der Verwaltung betrug das Neugeschäft in den ersten sechs Monaten 7,5 Mrd. DM Bausparsummen; das bedeutet einen Zuwachs von 8,8 Prozent. Damit werden fünf Mill. Verträge über insgesamt 174 Mrd. DM Bausparsumme verwaltet. Damit habe man seine Führungsposition weiter ausgebaut. Zugeteilt wurden in der ersten Jahreshälfte 5,3 Mrd. DM (plus 29 Prozent). Die Auszahlungen lagen per Jahresmitte bei 7,1 Mrd. DM. Mitfinanziert wurden bisher 51 000 Wohnungen (plus 18,3 Prozent). Die Zahl der Modernisierungsvorhaben, an denen die Bausparkasse mitwirkte, nahm um 22 Prozent zu.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Bausparkasse, die von der engen Kooperation innerhalb des genossenschaftlichen Lagers profitiert, 53 033 neue Bausparverträge (plus 6 Prozent) über eine Bausparsumme von 17,1 Mrd. DM (plus 9,4 Prozent) abgeschlossen. Sie lag damit deutlich über den Zahlen aller deutschen Bausparkassen, deren Zuwachsraten im Neugeschäft 5,6 Prozent (Stückzahl) und 4,8 Prozent (Bausparsummen) betrugen. Mit einem Marktanteil von 22,9 Prozent beim Neugeschäft rangiert Schwäbisch Hall an erster Stelle.

Festgestellt wird, daß der Trend zum Jugendbausparen weiter anhalte: Jeder vierte Bausparvertrag sei von einem jugendlichen Bausparer abgeschlossen worden. Der Geldeingang belief sich im Berichtsjahr auf 10,4 Mrd. DM (plus 7 Prozent). An Baugeldern wurden 8,3 Mrd. DM (plus 4,2 Prozent) ausgezahlt.

In der Ergebnisrechnung wird ein Zinsüberschuß von 851 Mill. DM (plus 5,1 Prozent) ausgewiesen. Die Position Provisionen sei um fast 31 Prozent auf 236 Mill. DM erheblich gestiegen – aufgrund angehobener Provisionssätze. Unter dem Strich erscheint ein Jahresüberschuß von 138 (271) Mill. DM. Frühere Sonderausschüttungen, denen Kapitalaufstokkungen folgten, erschweren jedoch einen Vergleich. Gezahlt wird für 1983 eine Dividende von 8,5 Prozent auf 350 Mill. DM Grundkapital sowie eine Sonderausschüttung von 110,5 Mill. DM, wovon 76 Mill. DM je zur Hälfte zur weiteren Kapitalaufstokkung oder zur Rücklagenstärkung verwendet werden. Die Eigenmittelquote beträgt damit 4,48 Prozent.

AUKTIONSHÄUSER / Sotheby's und Christie's

Rekordumsätze erzielt

WILHELM FURLER, London

Die beiden bedeutendsten Auktionshäuser der Welt, Sotheby's und Christie's in London, haben im abgelaufenen Geschäftsjahr 1983/1984 Rekordverkäufe erzielt. So konnte Sotheby's, das größte Kunstauktionshaus, seine weltweiten Auktionsverkäufe in den zwölf Monaten bis Juli gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um immerhin 47 Prozent auf 401 Mill. Pfund erhöhen. Das sind 1,524 Mrd. DM. Christie's steigerte seinen Auktionsumsatz in der gleichen Zeit sogar um 53 Prozent auf 350,6 Mill. Pfund (1,332 Mrd. DM).

Sotheby's schaffte im vergangenen Geschäftsjahr außer seinem Umsatz-Rekord drei weitere Rekorde: Mit dem Verkauf der Bibel Heinrich des Löwen aus dem Jahre 1175 wurden 8,14 Mill. Pfund (30,9 Mill. DM) erzielt. Das war mehr als das Doppelte des bisher jemals auf einer Auktion für ein Kunstobjekt erzielten Preises.

Ein weiterer Rekord wurde von Sotheby's mit dem Verkauf des 1845 von J. M. William Turner gemalten Ölbildes „Seeblick bei Folkestone" erzielt. Das Werk, das als wichtigstes Bild Turners außerhalb der Museen gilt, brachte Anfang dieses Monats mit 7,37 Mill. Pfund (28 Mill. DM) den bislang höchsten Auktionspreis für ein einzelnes Bild.

Mit 28,1 Mill. Pfund (knapp 107 Mill. DM7 setzte Sotheby's schließlich am 15. Mai in New York bei einer Versteigerung von Gemälden und Skulpturen von Impressionisten und der Moderne den bisher höchsten Preis für eine einzelne Auktion. Christie's größter Auktionserfolg war vor kurzem der Verkauf der Chatsworth-Sammlung von Zeichnungen alter Meister für 21,1 Mill. Pfund (gut 80 Mill. DM)

WAYSS & FREYTAG / Steigende Gewinne aus schrumpfendem Auslandsgeschäft

Anziehende Bauleistung im Inland

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Baugesellschaft Wayss & Freytag AG, Frankfurt, rechnet mit einer weiteren Abschwächung der Baukonjunktur im Inland. Die Sättigungstendenzen im Wohnungsmarkt und die Folgen der Bemühungen um eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte seien auch bei guter Gesamtkonjunktur nicht einmal annähernd durch den Wirtschaftsbau auszugleichen, stellt der Vorstand fest. Darum sei mit einer „weiteren Verschärfung des vorherrschenden überaus harten Wettbewerbs" zu rechnen.

Auch im Auslandsgeschäft sorgt die zunehmende Beteiligung von Baufirmen aus Niedriglohnländern für schärfere Konkurrenzverhältnisse. „Ohne interessante Finanzierungsangebote ist eine erfolgreiche Akquisition äußerst schwierig", berichtet der Vorstand. Diese Entwicklung kam schon 1983 zum Tragen: Während der Auftragseingang aus dem Inland – nach einem Vorjahresplus von 29 Prozent – um 10 Prozent auf 718 Mill. DM zurückging, erreichten die Auslandsaufträge mit 128 (325) Mill. DM nicht einmal mehr 40 Prozent des Vorjahresvolumens.

Im ersten Jahresdrittel 1984 sah es indessen erst einmal wieder besser aus. An neuen Aufträgen im Gesamtwert von 366 Mill. DM war das Inland mit 259 Mill. DM, das Ausland mit 107 Mill. DM beteiligt. Am Auftragsbestand von 1,11 Mrd. DM – zur Jahreswende waren es noch 1,12 (1,48) Mrd. DM – hatte das Ausland danach einen Anteil von 39 Prozent. Zum Jahresbeginn hatte diese Quote noch bei 43 (55) Prozent gelegen.

Deswegen rechnet das Unternehmen 1984 mit einer weiteren Reduzierung der Auslands-Bauleistung. Im Inland wird dagegen ein „leichter Anstieg" erwartet. Dennoch scheint das Auslandsgeschäft der profitablere Teil zu sein. Obwohl die Ergebnisaussichten im Inland „zurückhaltend beurteilt" werden, erwartet der Vorstand insgesamt wieder ein „zufriedenstellendes" Ergebnis.

Auch das galt schon 1983: Während im Inland nur ein „leicht positives" Ergebnis erzielt worden konnte, war der Auslandsertrag wieder „gut". Der Jahresüberschuß von 5 (4) Mill. DM erlaubt sogar eine Anhebung der Dividende (Aktionäre: Agiv mit 63 und Dresdner Bank mit 37 Prozent von 20 Mill. DM Grundkapital) auf 6 (5) DM je 50-DM-Aktie.

Damit ist zumindest der ausgewiesene Gewinn deutlich schneller gewachsen als die Bauleistung, die in der Gruppe um 5 Prozent auf 1,2 (1,14) Mrd. DM zunahm. Dabei stieg das nur knapp „schwarze" Inlandsgeschäft um 12 Prozent auf 747 (665) Mill. DM, während die Auslandsbauleistung bereits um 4 Prozent auf 452 (473) Mill. DM zurückfiel. Das schlug sich auch in der Personalstruktur nieder. Mit 5040 (4980) Mitarbeitern im Jahresdurchschnitt wuchs die Inlandsbelegschaft noch um 1,2 Prozent, die Auslandszahl ging um 18 Prozent auf 2200 (2690) Mitarbeiter zurück.

ARBED SAARSTAHL / Auslastung gestiegen

Preise weiter unzureichend

dpa/VWD, Völklingen

Trotz spürbarer Belebung am Stahlmarkt erzielt die Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, auch 1984 keine kostendeckenden Erlöse, teilte das Unternehmen mit. Während die Auslastung der Produktionsanlagen seit Jahresbeginn gestiegen sei, vollziehe sich die Steigerung der Verkaufspreise mit Verspätung nur in kleinen Schritten. Angesichts vieler Unsicherheiten wagt die Geschäftsführung für 1984 keine Prognose.

Arbed Saarstahl, 100prozentige Tochter der Luxemburger Arbed, hat 1983 trotz leicht gestiegener Produktion wegen unzureichender Preise eine Umsatzeinbuße um 9,7 Prozent auf 1,97 (2,18) Mrd. DM hinnehmen müssen. Während die Inlandsumsätze um 11,4 Prozent auf 1,16 Mrd. DM und die Frankreich-Umsätze um 15,7 Prozent auf 0,28 Mrd. DM sanken, war das Minus im übrigen Auslandsgeschäft mit 1,7 Prozent auf 532,4 Mill. DM vergleichsweise moderat.

Der Gruppenumsatz sank um 4,2 Prozent auf 2,73 Mrd. DM. Die Rohstahlerzeugung des Unternehmens lag 1983 mit knapp 2,4 Mill. Tonnen leicht über dem Vorjahresniveau. Die Walzstahlproduktion erhöhte sich um 0,8 Prozent auf 1,96 Mill. Tonnen.

Das wirtschaftliche Ergebnis war erneut negativ. Nach Teilauflösung von Sonderposten (134 Mill. DM) sowie Berücksichtigung der Zuwendungen von Bund und Land wird ein Jahresüberschuß von 6,7 Mill. DM (Vorjahr: 145,3 Mill. DM Verlust) ausgewiesen, der den Bilanzverlust auf 123,1 Mill. DM mindert. Er wird weiter vorgetragen. Arbed Saarstahl investierte 1983 rund 77,3 (292,7) Mill. DM in Sachanlagen bei 214,5 (343,2) Mill. DM Abschreibungen. Die Belegschaft hat sich 1983 um 9,9 Prozent auf 16 236 Mitarbeiter verringert.

Gott hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben,
sondern den Geist der Kraft,
der Liebe und der Besonnenheit.

Nach einem erfüllten Leben entschlief in seinem 80. Lebensjahr

Dr. Wilhelm Matthiessen

Senatspräsident a. D.

Es trauert um ihn voll Liebe und Dankbarkeit seine Familie

Ilse Matthiessen geb. Martens
Harald Matthiessen
Dr. Kay Matthiessen und Frau Ingeborg geb. Wolfrum
Bettina, Matthias und Harald
Dr. Harald Matthiessen
Elisabeth Pappenheim geb. Matthiessen

Agathe-Lasch-Weg 21
2000 Hamburg 52

Die Trauerfeier und Beisetzung findet statt am Dienstag, dem 31. Juli 1984, um 12 Uhr auf dem Ev. Friedhof, Bernadottestraße 32

Kurz nach Vollendung seines 73. Lebensjahres ist mein geliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater und Opa

Dipl.-Kfm.

Walter Wilts

Wirtschaftsprüfer

am 22. Juli 1984 nach langer, mit großer Geduld und innerer Ruhe ertragener Krankheit friedlich eingeschlafen.

In tiefer Trauer
Hanna Wilts geb. Haardt
Rolf Timm und Frau Etta geb. Wilts
Peter Wilts und Frau Vera geb. Schmitz
mit **John Peter**

2083 Halstenbek, Hagenwisch 12a

Die Beerdigung findet am Montag, dem 30. Juli 1984, um 13 Uhr von der Kapelle des Rellinger Friedhofes aus statt.

Anstatt zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir das Albertinenhaus Hamburg „Kindertagesheim", Konto-Nr. 491 047 300 bei der Dresdner Bank Hamburg (BLZ 200 800 00), zu bedenken.



SÜD-CHEMIE AKTIENGESELLSCHAFT
MÜNCHEN
Wertpapier-Kenn-Nummer 729 200

HINWEIS – BEKANNTMACHUNG

1. Veröffentlichung des Jahresabschlusses
Der vollständige Jahresabschluß 1983 ist im Bundesanzeiger Nr. 134 vom 20. Juli 1984 bekanntgemacht worden.

2. Dividendenzahlung
Nähere Einzelheiten über die von der ordentlichen Hauptversammlung am 22. Juni 1984 beschlossene Dividendenzahlung bitten wir der Dividenden-Bekanntmachung zu entnehmen, die im Bundesanzeiger Nr. 116 vom 26. Juni 1984 veröffentlicht worden ist.

München, den 20. Juli 1984 DER VORSTAND

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Dr. jur. Hans Coenen

Ehrenpräsident der Bundesarbeitsgemeinschaft
der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels

Dr. Coenen war der Verbandsarbeit seit Gründung der BAG im Jahr 1949 aufs engste verbunden. Als langjähriger Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses, als Mitglied des Präsidialrates und des Präsidiums wie auch als Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft in der Zeit von 1964 bis 1970 hat er die Politik des Verbandes und des deutschen Einzelhandels nachhaltig geprägt.

Das verbandspolitische Wirken von Dr. Coenen war in erster Linie von dem Wissen um die Mitverantwortung des Unternehmertums für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung des sozialen Friedens bestimmt. Der Interessenausgleich von Klein-, Mittel- und Großbetrieben im Einzelhandel, die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Verbänden des deutschen Einzelhandels und die Integration des Einzelhandels in das gesamtwirtschaftliche Gefüge waren ihm ein besonderes Anliegen.

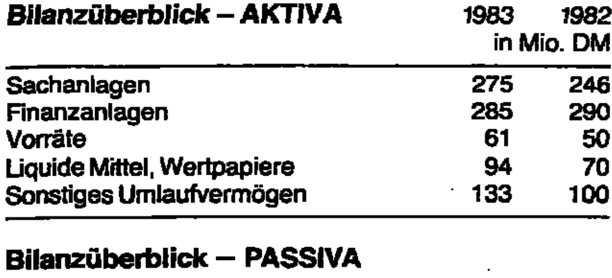
Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels trauert um eine Persönlichkeit, die die Geschichte des Verbandes in einem entscheidenden Abschnitt gestaltet hat.

Bundesarbeitsgemeinschaft der
Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels e. V. (BAG)
Köln

Der Präsident
Heinrich W. Heyer

Die Hauptgeschäftsführung
Dr. H.-D. Mundorf **Günter Triesch**

HEIDELBERGER ZEMENT 1983



Bilanzüberblick – AKTIVA	1983	1982
	in Mio. DM	
Sachanlagen	275	246
Finanzanlagen	285	290
Vorräte	61	50
Liquide Mittel, Wertpapiere	94	70
Sonstiges Umlaufvermögen	133	100
Bilanzüberblick – PASSIVA		
Eigenkapital	301	283
Pensionsrückstellungen	228	206
Andere Rückstellungen	185	178
Sonstige Passiva	116	73
Bilanzgewinn	18	16
Bilanzsumme	848	756

Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung	1983	1982
	in Mio. DM	
Umsatzerlöse	864	818
Übrige Erträge	54	30
Gesamtertrag	918	848
Materialaufwand	326	328
Personalaufwand	168	144
Abschreibungen	109	111
Zinsaufwand	1	1
EEV-Steuern	106	66
Übriger Aufwand	172	171
Jahresüberschuß	36	27
Rücklagenzuführung	18	11
Bilanzgewinn	18	16

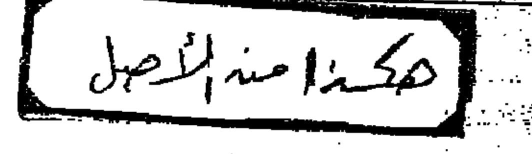
Der vollständige Jahresabschluß wird im Bundesanzeiger veröffentlicht. Er trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer.

Unsere Jahresleistung 1983 umfaßte die Produktion und den Vertrieb von 7,9 Mio. t Baustoffen. Die Sach- und Finanzinvestitionen erreichten 138 Mio. DM. Mit 111 Mio. DM lag der Investitionsschwerpunkt bei den Sachinvestitionen.

In der Hauptversammlung, am 12. 7. 1984, wurde eine Erhöhung des Grundkapitals aus Gesellschaftsmitteln von 120 auf 130 Mio. DM beschlossen.

Wenn Sie mehr über unser Unternehmen wissen möchten, schreiben Sie uns.

Heidelberger Zement AG, Berliner Straße 6, Postfach 10 44 20, 6900 Heidelberg



DIEHL / Zeichen überwiegend auf Wachstum

Flaues Waffengeschäft

JOACHIM WEBER, Nürnberg

Nach einem leichten Umsatzrückgang um 2 Prozent auf 1,76 (1,8) Mrd. DM will die Firmengruppe Diehl, Nürnberg, 1984 vorsichtig um 5 Prozent auf 1,85 Mrd. DM wachsen. Zu diesem Umsatz soll der Bereich Wehrtechnik, 1983 auf einen Anteil von 33 (38) Prozent zurückgefallen, wieder 35 Prozent beitragen, obwohl das Geschäft mit Waffensystemen weiterhin auf Talfahrt ist – das Plus muß also aus den Teilbereichen Munition und Gleisketten (für Panzerfahrzeuge) kommen.

Auch im zivilen Geschäft stehen die Zeichen überwiegend auf Wachstum. Zwar haben die Bereiche Uhren (Junghans) und Schaltsysteme (Zeitschaltuhren, Programmschalter für Hausgeräte usw.) im Gefolge der Tarifauseinandersetzungen einen Knick in der Aufwärtskurve zu verzeichnen, doch ihre Fortsetzung wird erwartet. Beide Bereiche zusammen kommen auf einen Umsatzanteil von 23 Prozent. Weniger umsatzwirksam wird die Absatzbelebung bei NE-Metallhalbzeugen (30 Prozent). Wegen der schwankenden Metallwerte wird hier sogar ein Minderumsatz erwartet. Der Maschinenbau – gemeinsam mit der Waffentechnik bei den Mauser-Werken, Oberndorf – verspricht nur eine leichte Belebung, aber keinen „wesentlichen" Umsatzzuwachs.

Der Rückgang des vergangenen Jahres hatte seinen Ursprung zum einen bereits in den sinkenden Wehrtechnik-Aufträgen, zum anderen aber auch im Ausscheiden der Beteiligung Eurosil (Halbleiterproduktion gemeinsam mit UTC und AEG) aus dem Konsolidierungskreis. Beides zusammen war durch ein gewachsenes Zivilgeschäft (vornehmlich bei Halbzeugen, Schaltsystemen und der Computer-Beteiligung CTM) nicht zu kompensieren.

Die Pause wurde genutzt, um der Gruppe eine neue Organisationsstruktur mit stärkerer Dezentralisierung der Führungsverantwortung zu geben. Gleichzeitig wurde mit einer Gemeinkosten-Wertanalyse an einer Effizienzsteigerung der Verwaltung gearbeitet. Duch eine Stärkung der Forschung und Entwicklung (Kosten jetzt bei 6 Prozent vom Umsatz) wurde der Personalabbau auf 12 480 (12 800) Mitarbeiter in Grenzen gehalten.

MBB / Alle Bereiche an zukunftsweisenden Meilensteinen – Starke Expansion der Raumfahrt

In der Konsolidierungsphase vor neuem Wachstum

DANKWARD SEITZ, München

Der Ton ist deutlich moderater und zuversichtlicher geworden. Noch vor einem Jahr, kurz nach seinem Amtsantritt als Vorsitzender der Geschäftsführung bei der MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH in Ottobrunn, hatte Hanns Arnt Vogels heftige Turbulenzen auf den Luft- und Raumfahrtkonzern zukommen sehen und mittelfristig einen Abbau des Personalbestandes um 5000 auf *etwa 32 000 Mitarbeiter für notwendig* erachtet. Jetzt, da er kurzfristig (bis 1987) nur noch einen leichten Umsatzrückgang von 0,5 Mrd. DM erwartet, soll diese Phase nur noch für eine „durchgreifende Konsolidierung" des Unternehmens genutzt werden. Neben Neueinstellungen werde sich dabei eine gewisse Personalanpassung in einzelnen Bereichen nicht vermeiden lassen.

Die Stimmungsbesserung ist wohl darauf zurückzuführen, daß trotz derzeit noch ungünstiger Rahmenbedingungen, so Vogels, in fast allen Bereichen des Konzerns „zukunftsweisende Meilensteine erreicht" werden konnten. Da ist zum einen im zivilen Bereich die „lebenswichtige Entscheidung" der Bundesregierung zur *Förderung des Airbus A 320.* Zwar befänden sich die Programme A 300/310 in einer tiefen Absatzkrise, der man mit Kurzarbeit und einer Reduzierung der Ausbringungsrate 1984 auf 45 (47) Flugzeuge bei einem Bestand von 26 Stück begegnen müsse. Spätestens ab 1987 sei aber mit einer deutlichen Belebung des Geschäfts zu rechnen.

Anders bei der Raumfahrt: Hier habe bereits eine starke Expansion, vor allem bei Satelliten und Bodenstationen, eingesetzt. „Eher als pessimistisch" müsse eine kürzlich veröffentlichte Prognose angesehen werden, die von einer jährlichen Wachstumsrate von fünf Prozent ausgehe. Daß die Chancen für MBB trotz harter US-Konkurrenz recht gut sind, zeigt ein Blick auf die Projektliste. Da ist man unter anderem an dem Spacelab-Nachfolgeprojekt einer freifliegenden Plattform und der Entwicklung einer europäischen Trägerrakete beteiligt ebenso wie am Bau eines deutschen Fernmeldesatelliten. Und gut im Rennen liegt man um ein Satellitenprojekt der VR China.

Nicht schlecht sieht es auch im *militärischen Bereich aus, selbst wenn* die weltweite Finanzkrise den Export bremst und die begrenzten Haushaltsmittel des Bundesverteidigungsministeriums nur eine allmähliche Geschäftsausweitung erwarten lassen. Die Wahrscheinlichkeit, daß das auslaufende Tornado-Programm um ein 7. Los erweitert wird, bezeichnete Vogels als günstig. Die Realisierung des Jägers 90 rückt immer näher. Die Entwicklung des Panzerhubschraubers PAH 2 ist inzwischen beschlossene Sache. Und bei der Marine hofft MBB sich als Partner etablieren zu können, wenn man mit der Systemführung bei dem Projekt eines „schnellen Minenkampfbootes SM 343" beauftragt werden sollte.

Alles in allem ist dies für Vogels Grund genug für die Hoffnung, 1984 wieder einen Umsatz von 5,8 Mrd. DM erreichen und das Grundkapital wieder mit einer Dividende von 6 Prozent bedienen zu können. Ob dann wirklich ein schärferer Umsatzeinbruch in den kommenden Jahren droht, muß angesichts der vielfältigen Aktivitäten abgewartet werden.

So kommen Vogels und sein Finanzchef Johannes Broschwitz trotz *aller Marktprobleme und eines auf 60* (90) Mill. DM verringerten Betriebsergebnisses schon nicht umhin, das Geschäftsjahr 1983 als „zufriedenstellend und erfolgreich" zu bewerten. Immerhin konnten die auf 200 (130) Mill. DM gestiegenen Belastungen aus dem Airbus-Programm voll verdaut und zur Risikovorsorge den sonstigen Rückstellungen erneut 363 (442) Mill. DM zugeführt werden.

MBB-Konzern	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	5875	+ 3,5
dav. Flugzeugbau	2908	– 8,8
Wehrtechnik	1896	+ 29,3
Hubschrauber	526	+ 1,2
Raumfahrt	337	+ 26,2
Sonstiges	208	– 11,5
Gesamtleistung	5772	+ 6,1
Mitarbeiter [1]	36 790	– 4,4
Sachinvestitionen	303	– 3,9
Abschreibungen	245	+ 23,5
Brutto-Cash-flow [2]	515	+ 40,0
Netto-Cash-flow [3]	393	+ 37,2
Jahresüberschuß	92	+ 52,6
Bilanzsumme	5915	+ 3,6
Eigenkapital	636	+ 12,2

[1] zum Jahresende; [2] Jahresüberschuß + Abschreigungen + Zuf./Aufl. v. Sonderposten mit Rücklagenanteil + EEV-Steuern + Zuf. Pens.-Rückstellungen; [3] brutto minus EEV-Steuern.

ERSATZKASSEN

Mit Geschäft 1983 zufrieden

dpa, Bonn

Die sieben Angestellten-Krankenkassen haben gestern über einen für sie erfreulichen Verlauf des Jahres 1983 mit höheren Einnahmen berichtet, zugleich aber auf einen neuen Anstieg der Ausgaben hingewiesen. Die Zahl der Mitglieder hat sich im Jahresschnitt um fast 200 000 auf rund 11,1 Mill. erhöht. Zusammen mit den Familienangehörigen betreuten die Ersatzkassen 1983 fast 16,9 Mill. Versicherte. Die Ausgaben sind um 2,94 Prozent auf fast 2600 DM je Mitglied auf insgesamt 28,9 Mrd. Mark gestiegen. Aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahl wuchsen die Gesamteinnahmen auf über 31,8 Mrd. Mark.

Der Überschuß ermöglichte ein Senken des Beitragssatzes von 11,91 auf 11,51 Prozent zum Stichtag 1. Januar 1984. Auf die Kassenfinanzen „fallen indessen erste Schatten", stellte der Verband der Ersatzkassen fest. Im vierten Quartal 1983 seien die Kosten beschleunigt gestiegen. Im laufenden Jahr sei das weitergegangen. So müßten alle Anstrengungen sich darauf richten, eine neue Ausweitung der Kosten zu verhindern.

WINTERSHALL / Noch Verluste im Raffineriebereich

Aber kräftiger Gewinnsprung

dpa/VWD, Kassel

Die Wintershall AG in Kassel konnte 1983 einen beachtlichen Gewinnsprung um 72 Mill. auf 242 Mill. DM verzeichnen. Während in der Exploration und Gewinnung von Erdöl und Erdgas wiederum „gute Erfolge erzielt" wurden, hielt die Verlustsituation – jedoch mit abnehmender Tendenz – im Raffineriebereich an. Nach dem Geschäftsbericht der BASF-Tochter steigerte die Gruppe 1983 ihren Umsatz um sechs Prozent auf 10,5 *Mrd. DM, worin 780 (846)* Mill. DM Mineralölsteuer enthalten sind. Dem Umsatzanstieg im Bereich Öl und Gas von sechs Prozent und bei Kali und Salz von zehn Prozent stand ein Umsatzrückgang von Düngemittel von zwei Prozent gegenüber.

Der Unternehmensbereich Öl und Gas ist mit 72 Prozent die größte Sparte in der Wintershall-Gruppe. Der überwiegende Teil der Wintershall-Kraftstoffe wird über die Aral AG vertrieben, an der das Unternehmen zu 15 Prozent beteiligt ist. Auch 1984 rechnet Wintershall mit anhaltenden Verlusten im Raffineriebereich, da der Mineralölmarkt weiter von einem scharfen Preiswettbewerb gekennzeichnet werde. Mit spürbaren Kostenentlastungen auf der Rohölseite sei aus heutiger Sicht nicht zu rechnen. Im Kaligeschäft werden gleichbleibende *Inlandslieferungen und eine* verstärkte Nachfrage auf den Auslandsmärkten erwartet.

Gestiegene Erlöse für Agrarprodukte sowie niedrige Getreidebestände vor allem in Nordamerika und in großen überseeischen Exportmärkten dürften der *Wintershall*-Tochter Kali und Salz einen hohen Frühjahrsbedarf bescheren. Die Sachinvestitionen der AG betrugen 1983 insgesamt 228 (127) Mill. DM, die der Gruppe 495 (505) Mill. DM. Die Belegschaft in der AG verringerte sich im Be*richtsjahr um 54 auf 3295 in der Grup*pe um 374 auf 16 666.

Neues Sparangebot für Rheinländer

J. G. Düsseldorf

Nach der Sommerpause wollen die 61 rheinischen Sparkassen ihrer Kundschaft das neue „S-Versicherungssparen" (ab Monatsrate von 50 DM möglich) als zusätzliche Chance *anbieten, die Zukunftssicherung* über einen langfristigen Sparvertrag in Verbindung mit einer Risiko-Lebensversicherung zu unterstützen. Dies teilt der Rheinische Sparkassen- und Giroverband zugleich mit einer im Mitgliederkreis erfolgreichen Zwischenbilanz aus dem ersten Halbjahr 1984 mit.

Vor allem durch Erhöhung des Kreditvolumens um 1,6 (0,8) Mrd. auf 66 Mrd. DM, darunter ein Zuwachs von 1,3 (0,9) Mrd. DM bei Langfrist-Darlehen, habe sich die Bilanzsumme der 61 Institute, *die Ende 1983 bei 98,6* Mrd. DM lag, erstmals über die 100-Mrd.-DM-Schwelle erhöht. Für die zweite Jahreshälfte rechnen die Sparkassen mit *nachlassender* Nachfrage nach Wohnungsbaudarlehen.

NAMEN

Dr. Harald Schröder (46), bisher im Vorstand des Gerling-Konzerns, wird ab 1. August 1984 Mitglied des Vorstands der Fried. Krupp GmbH, Essen, für das Ressort Controlling.

Karl Knauf, Mitbegründer und Geschäftsführer der Gebr. Knauf West*deutsche Gipswerke, Iphofen, starb* am 18. Juli im Alter von 75 Jahren.

Dr. **Ulrich Rumm** (36) wurde zum Vorstandsmitglied der Deutscher Ring Versicherungsunternehmen bestellt. **Manfred Schulte** (47) wurde per 1. Juli zum Vorstandsmitglied der Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG bestellt.

Walter Schürmann, Steuerberater, Rechtsanwalt und Notar, Seniorpartner der gleichnamigen Anwaltssozietät in Frankfurt, vollendet am 27. Juli das 60. Lebensjahr.

Kurt M. Tydecks, *stellvertretender* Geschäftsführer, Prokurist und PR-Manager der Johnson Wax GmbH, Haan/Rhld., feiert am 27. Juli den 60. Geburtstag.

Fredi Guth wurde per 1. August zum Sprecher des Vorstandes der Esüdro Einkaufsgenossenschaft Deutscher Drogisten eG, Mannheim, bestellt. Er ist Nachfolger von **Georg Kirschke**, der per 31. Juli aus dem Vorstand ausscheiden wird.

Dr. **Kurt Andreas**, Hauptabteilungsleiter Kredit bei der Deutschen Bundesbank, tritt am 1. August in den Vorstand der Lastenausgleichsbank, Bonn, ein. Als Vorstandsmitglied wurde zum 1. Dezember Dr. **Walter Althammer**, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, berufen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Lorenz Blume, Maurermeister, Arnsberg-Wennigloh; **Beckum:** Cyprian Kaletta OHG, Ahlen; **Detmold:** Schäfermann Fleischwaren GmbH, Lage; **Homburg (Saar):** Hotelbetriebsges. Glauben mbH; **Karlsruhe:** Fred Schröder, Karlsruhe-Durlach; **München:** Nachl. d. Heinrich Reitz; „Vereinigung d. zugelassenen Masseure, Masseure u. medizinischen Bademeister, Krankengymnasten e. V.; Rudolf Schneider GmbH, Kreuzholzhausen.

Vergleich eröffnet: Braunschweig: *Dieter Dinkelbach, Kaufmann.*

Vergleich beantragt: Emmendingen: Franz Josef Maier, Bauunternehmung i.L., Waldkirch-Kollnau.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Leichtes Umsatzplus

Duisburg (dpa/VWD) – Die Klöckner-Werke AG, Duisburg, haben in den ersten sechs Monaten 1983/84 (30.9.) den Weltumsatz gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,6 Prozent auf 3,36 Mrd. DM gesteigert. Nach dem Aktionärsbrief trug dazu vor allem der um 7,7 Prozent verbesserte Auslandsumsatz bei, die Zunahme im Inland blieb auf 0,2 Prozent begrenzt. Die Rohstahlproduktion lag mit 2,3 Mill. Tonnen um 2,2 Prozent höher. Die Walzstahlerzeugung erreichte 2,1 Mill. Tonnen. Im Bereich der Spezialmaschinen belief sich der Gruppenumsatz weltweit auf 822 Mill. DM und bei Kunststofferzeugnissen auf 175 Mill. DM. Der weltweite Belegschaftsstand erreichte Ende März 33 430 Mitarbeiter (minus 1,1 Prozent).

Gutes UdSSR-Geschäft

Salzgitter (VWD) – Bei dem bundeseigenen Salzgitter-Konzern entwickelte sich das UdSSR-Geschäft im laufenden Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) bisher erfolgreich. Wie das Unternehmen mitteilte, wurden bereits im ersten Halbjahr neue Aufträge im Wert von mehr als 300 Mill. DM erteilt. Darunter befindet sich auch der Auftrag zum Bau einer Ameisensäure-Fabrik nach sowjetischer Lizenz. Damit steige die Zahl der von Salzgitter in die Sowjetunion exportierten Chemieanlagen auf zwölf. Der Exportumsatz mit der Sowjetunion betrug im vergangenen Geschäftsjahr rund 450 Mill. DM.

Dierig voll beschäftigt

München (sz.) – Sehr zufrieden mit dem Verlauf des ersten Halbjahrs 1984 ist die Dierig-Gruppe, Augsburg. Gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit verzeichnete sie ein Umsatzplus *von 7 Prozent auf 226,9* Mill. DM und einen um 11,9 Prozent höheren Auftragseingang. Der Auftragsbestand stieg per Ende Juni um 29 Prozent und sichert den Angaben zufolge die Beschäftigung der Gruppe bis teilweise ins kommende Jahr hinein.

Heye-Fabrik für Liberia

Obernkirchen (dos) – Einen Planungsvertrag zur Errichtung einer *Hohlglasfabrik in Monrovia (Liberia)* hat die H. Heye Glasfabrik, Obernkirchen, mit der Indo-Liberian-Glass-Corp. abgeschlossen. Das Projekt umfaßt einen Schmelzofen und zwei Produktionslinien. In der Glashütte sollen Bier- und Softdrinkflaschen sowie Glasbehälter für die Nahrungsmittelindustrie hergestellt werden. Nach Inbetriebnahme der Glasfabrik, die zusammen mit der Hamburger Firma Glastechnik Winkler & Co. errichtet wird, soll ein langjähriger „technischer Assistenzvertrag" in Kraft treten.

C & A BRENNINKMEYER / Bessere Textilhandelsrendite – Grundsolide finanziert

Still und emsig auf Expansionskurs

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wie es das Publizitätsgesetz befiehlt, aber hartnäckig auch um kaum einen Deut mehr, präsentiert die von Holland aus regierende Textilhändlerfamilie Brenninkmeyer aus ihrem weltweit auf mehr als 20 Mrd. DM Umsatz zu schätzenden Geschäft wenigstens Wesentliches zum deutschen Teil des Imperiums. Die C & A Brenninkmeyer KG, Düsseldorf, größter deutscher Bekleidungsfilialist, hat 1983 mit 128 (123) Filialen eine halbwegs im Durchschnitt des deutschen Textilhandels liegende Umsatzsteigerung um 1,6 Prozent auf 6,34 Mrd. DM (mit Mehrwertsteuer) erzielt.

Der Jahresüberschuß-Ausweis (vor Abzug der rund 60prozentigen Gesellschafter-Steuerbelastung) besserte sich auf 198 (179) Mill. DM, kam fast wieder an den bisherigen Spitzenwert heran (1981 mit 201 Mill. DM aus 6,25 *Mrd. DM Umsatz*) und zeigt nach (geschätztem) Steuerabzug eine Netto-Umsatzrendite von 1,2 (1,1) Prozent.

Ebenso wie schon 1982 sei man mit diesem Ergebnis „nicht unzufrieden", lautet der karge Kommentar aus der Düsseldorfer Zentrale. Das kann man auch sein. Denn in der Summe aus Jahresüberschuß, 91,7 (89) Mill. DM Abschreibungen und der durch gleich volle Umstellung auf die neuen Sterbetafeln verstärkten Aufstockung der Pensionsrückstellungen um 17,9 (2,7) auf 116 Mill. DM zeigt sich immerhin eine weit über das Umsatzplus hinausgehende Zunahme des Brutto-Cash-flows um 13,7 Prozent auf 307 Mill. DM.

Selbst ohne den Jahresüberschuß konnten die mit 100 (109) Mill. DM fortgesetzten Gesamtinvestitionen mehr als komplett aus der Innenfinanzierung bestritten werden. Allein schon das Eigenkapitalkonto von 344 (340) Mill. DM ist deutlich größer als das Anlagevermögen von 283 (281) Mill. DM geblieben und signalisiert eine weiterhin grundsolide Bilanz*struktur*. Desgleichen tun es die 307 (301) Mill. DM flüssigen Mittel und als Lohn daraus auch der auf 17,2 (31,4) Mill. DM gesunkene Zinsaufwandssaldo. Andererseits zeigen die weit stärker als der Umsatz auf 547 (500) Mill. DM gestiegenen Warenbestände, daß das Textiljahr 1983 auch diesem schweigsamen Riesen nicht nur eitel Freude bescherte.

Stärker noch als vom Finanzergebnis (Zinsaufwandsaldo) wurde die 1983er Ertragsbesserung beflügelt: Die Handelsspanne stieg auf einen Rohertrag von 30,5 (29,5) Prozent des Umsatzes, 650 (621) Mill. DM Aufwand für die (verschwiegene) Beschäftigtenzahl gingen trotz der stark erhöhten Pensionsrückstellungsdo*tierung auf 33,6 (33,7) Prozent* des Rohertrages zurück.

Still und emsig bleibt der Riese *auch mit der Eröffnung neuer Filialen* („schließen tun wir sowieso keine") auf Expansionskurs. Den 5 (4) neuen Filialen des Berichtsjahres sollen auch 1984 weitere 5 neue Niederlassungen folgen: In Moers und Goslar (beide schon da), ferner in Heidenheim, Hof und Wetzlar. Der Umsatz habe zwar im ersten Halbjahr 1984 wie überall unter miesem Wetter und Streik gelitten, doch wenigstens nominal habe sich keine Minusrate gegenüber der gleichen Vorjahreszeit ergeben.

Aktien geben überwiegend nach

Aber auf ermäßigter Basis zeigten Käufer Interesse

DW.– In Sorge vor weiteren Zinssteigerungen in den USA und unter dem Eindruck der negativen deutschen Leistungsbilanz im Juni wurde das sowohl von Inländern als auch von Ausländern zur Verfügung gestellte Material auf dem Aktienmarkt zu erneut ermäßigten Kursen aufgenommen. Im Verlaufe setzten auf Basis der zurückgenommenen Notierungen Rückkäufe ein. Sie erstreckten sich zwar nicht über die gesamte Marktbreite, sorgten aber dennoch für eine gewisse Beruhigung, so daß die Kursverluste kaum über drei DM hinausgingen.

Angesichts der vorangegangenen schwachen New Yorker Börse waren erheblich mehr Abgaben aus dem Ausland erwartet worden als sie tatsächlich eingetroffen sind. Das kam besonders den Titeln der Großchemie zugute, die lediglich bis zu 1 DM schwächer notierten. Bei Schering sorgten Inlandskaufaufträge dafür, daß der Tagesverlust nicht über 3 DM hinausging. Bei Nixdorf scheint das Anlageinteresse zu wachsen, sobald sich der Kurs dem Stand von 460 DM nähert. Bei Porsche wird die Widerstandslinie bei 930 DM vermutet. Die Heraufsetzung des Pegulan-Bezugsrechtes um 2 auf 30,50 DM läßt auf eine hohe Bezugsbereitschaft der Aktionäre schließen, die bei notwendigen Abrundungen ihre Bezugsrechte aufstocken. Im Bereich der Autowerte belebte sich das Interesse für VW.

Düsseldorf: Dyckerhoff St. befestigten sich um 10 DM auf 215 DM, Pegulan St. zogen um 5 DM auf 220 DM an und ASEAG stiegen um 7 DM auf 362 DM an. Dt. Atlanten sanken um 5 DM auf 340 DM, Hutschenreuther verminderten sich um 11 DM auf 249 DM und Kochs Adler gaben um 5 DM auf 350 DM nach.

Frankfurt: Bei den Versicherungen blieben Deutsche Conti Rück 1040 DM plus 140 DM und Allianz Leben 3710 DM minus 90 DM. Großbanken gaben bis zu 2,50 DM nach, recht gut gehalten lagen Dresdner Bank. Von Chemieaktien waren Farben bis zu 1,50 DM niedriger.

Hamburg: Phoenix Gummi schwächten sich auf 102,10 DM minus 2,90 DM ab. Bremer Vulkan gingen zuz 56,50 DM bis 55 DM minus 1,50 DM aus dem Markt. HEW lagen bie 83,90 DM plus 0,40 DM gut behauptet und NWK-Vz. bei 156 DM unverändert.

München: Etienne Aigner verminderten sich um 3 DM auf 259 DM, Agrob St. sanken um 1 DM auf 200 DM und Augsburger Spinne ermäßigten sich um 1 DM auf 79 DM. Deckel AG erhöhten sich um 0,90 DM auf 121 DM und Wanderer AG befestigten sich um 1 DM auf 327 DM.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 20 DM höher und Koetitzer Leder um 5 DM niedriger taxiert. DUB-Schultheiss erholten sich um 3 DM, Herlitz Vz. um 2,20 DM und Schering um 2 DM. Berliner Kindl und Detewe gaben um je 3 DM und Kempinski um 1 DM nach.

Nachbörse: etwas leichter

WELT-Aktienindex: 134,4 (135,4)
WELT-Umsatzindex: 1490 (1660)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		25. 7.	24. 7.			25. 7.	24. 7.			25. 7.	24. 7.			25. 7.	24. 7.
H	AachM Beteil. 7-7,5	892G	894	H	Br. H. Hypo 10	795G	795G	M	En. Oberfr. 4,5	224	235TB	H	Holsten-Br. 6+1	256	257,5
H	Aach. M. Vers. 7	301G	300G	Hn	Brsch. Jute *0	95G	95G	M	En. Ostb. 5+1	254	251bG	F	Holzmann 10	405	417
D	Aach. Ruck. 9	890G	890	H	Breitenb.-C. *28	640bG	640G	H	Elkraft 0	36,9	37bG	D	Horten 0	750,5	156
D	Aseag *4	362TG	355bG	H	Br. Straßb. *0	340bB	345B	B	Engelhardt 7	205	205T	B	Hw. Kayser *12	255T	255T
M	Ack.-Gagg. 4	106bG	106,5	H	Br. Vulkan 0	56	56 S	D	Enka 6,67	146bG	148	D	Hussel 8	271	225
H	Adca 0	104	105	H	Br. Wollk. 6	115	118	M	Erlus 10	470G	460bB	D	Huta Hag. 0	59	60bG
D	Adler 9	298G	298G	F	BBC 6	198	200	M	Ersta Kulmb. 9	1000bG	1000bG	M	Hutschenr. 9	243	249bB
F	Adt AG 4	103	103bG	S	BSU Te.cu %20	1290G	1290B	S	esbi *0	15TB	168	H	Hypo Hbg. 12,5	415G	416
F	AEG-Telef. 0	81	80,5	D	Buckau-W. 4,3	172bG	175,5	S	Essl. Masch. *6	230G	230G				
D	AEG-Kabel 8	242	246T	D	Buderus *12	397	–	M	Esterer **16	500G	500G	D	IKB 7	142	142
S	Aesculap 8	306	300	M	Bgl. Br. Ing. *11+1	730G	730G	D	Farb. Liqu. RM 0	7,5	7,6	S	IWKA 0	218	218,5
F	AGAB 5	112	114,5	S	Bgl. Brh. Rav. *0	38G	370bB	F	Flachglas 8	225T	235T	M	Isar-Amper 6,5+1	293bG	296bG

Optionshandel

Frankfurt: 25. 7. 84: 737 Optionen = 38 950 (20 650) Aktien, davon 177 Verkaufsoptionen = 10050 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-80/3, 10-95/2, 10-100/1,2, 1-80/11, 1-90/5, 1-95/3, 1-100/2,5, 4-85/11, 4-90/8,7, 4-95/6,1, 4-100/4, BASF 10-160/2,4, 10-170/1, 1-150/9,5, 1-160/5,5, 1-170/2,5, 4-160/7, 4-170/4,5, Bayer 10-160/3,8, 1-150/15, 1-160/7,5, 1-170/4, 4-160/12,5, 4-180/4, Bekula 1-95/3, BMW 10-360/9,4, 1-380/7,6, Commerzbank 1-140/10, 1-150/8,4, 1-160/4, 4-150/9,4, Conti 10-110/5, 10-120/2, 1-110/8,4, 1-120/4,4, 1-130/2, 4-110/12,3, 4-120/7,5, 4-120/4, Daimler 1-540/20, 1-550/14,4, 1-580/6,8, Dt. Babcock St. 4-150/8, Deutsche Bank 10-320/10,1, 10-330/7, 1-330/20, 1-340/14,4, 1-370/4, 4-330/22, 4-350/13, 4-370/9,4, Dresdner Bank 10-140/9, 10-150/2,4, 1-160/4, 4-150/11, GHH St. 1-140/6, Hoechst 10-160/6,9, 10-170/2,9, 1-160/11, 1-170/4, 1-180/2,8, Hoesch 10-100/3,4, 10-110/1,5, 1-100/5, 4-110/3,2, 4-120/3,4, Karstadt 1-230/12, 4-240/5, Kaufhof 1-200/10, Klöckner 10-50/5,7, 10-55/3,4, 10-60/1,5, 1-55/4,8, 4-50/10, 4-60/4,3, 4-65/2,9, Lufthansa St. 10-136,5/8, 10-140/5,2, 1-140/10,5, Mannesmann 10-140/2, 1-140/5,4, 1-150/3,2, 4-140/7,8, 4-150/5, RWE UZ 1-160/5,4, Schering 10-320/10,4, Kali + Salz 1-220/10, Siemens 10-400/1,7, 1-370/15, 1-380/11, 4-380/10, Thyssen 10-70/4, 10-75/2,3, 10-80/1, 1-70/7,3, Varta 10-170/3,5, Veba 10-170/2, 1-170/4, 1-180/2,2, 4-170/6, VW 10-170/5, 1-160/14,9, 1-170/9,8, 1-180/6,5, 1-190/3,4, 4-160/19,4, 4-200/3, Alcan 10-80/1,05, 4-80/3, Chrysler 10-65/10,3, 10-70/7,5, 10-80/3,15, 1-70/9,1, 1-75/6,8, General Motors 1-190/13, IBM 10-320/5,5, 1-320/12, Philips 10-40/1,5, 1-40/3,1, 4-40/4,4.

Verkaufsoptionen: AEC 10-80/5, 10-85/6, 10-90/11, 1-80/6, 1-85/8, BASF 1-150/5, Bayer 1-150/3, Bekula 4-90/5, BMW 10-398/45, 1-380/18, 4-380/20, Bayr. Vereinsbank 4-300/20, Commerzbank 10-140/5, 1-140/5,9, 4-130/4, 4-140/8, Conti 1-110/5,9, 1-117/10,5, Daimler 10-539,5/25,8, Dt. Babcock St. 1-130/5, Deutsche Bank 10-310/7,4, 10-320/12,6, 1-300/8,1, 1-310/8,5, Dresdner Bank 10-140/4,5, 1-140/5,5, 4-140/7,7, GHH St. 10-130/4, 1-130/5,2, 4-130/7,9, Harpener 1-290/12, Hoechst 1-160/6,6, Hoesch 10-90/1,5, 10-95/5, 1-90/3,6, 1-95/6, Kaufhof 10-190/4,5, KHD 1-220/15, Klöckner 10-55/3,55, 1-55/4,6, 1-60/10,6, 4-55/5,2, Mannesmann 1-130/3,6, 1-136/5, Kali + Salz 4-210/15, Siemens 10-350/4,6, Thyssen 10-70/3, Veba 1-160/4,4, 4-160/6,6, VW 10-160/5,1, 1-160/7, 1-170/10,5, Alcan 10-75/6, Chrysler 10-65/1,6, 10-70/3,9, 10-75/5, 1-75/6, 4-70/4,6, General Motors 10-190/9,6, IBM 10-300/7,5, Litton 4-210/20, Norsk Hydro 10-200/9,4, Philips 10-35/1,2, 1-40/3,5, Sperry 1-10/6. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅞–11¾	5⅜–5⅝	4¾–5
3 Monate	11¾–12	[illegible]	4¾–5
6 Monate	12⅛–12⅜	6⅛–6⅜	4¾–5¼
12 Monate	12⅝–13⅛	6⅛–6⅞	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1470,00	1824,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1255,00	1514,05
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	661,20
1 £ Sovereign alt	225,00	279,30
1 £ Sovereign Elizabeth II.	219,00	272,46
20 belgische Franken	173,00	224,58
10 Rubel Tscherwonez	237,00	297,54
2 südafrikanische Rand	220,00	272,46
Krüger Rand, neu	988,00	1166,22
Maple Leaf	988,00	1166,22
Platin Noble Man	973,00	1149,12

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	243,00	304,38
20 schweiz. Franken „Vreneli"	175,00	222,44
20 franz. Franken „Napoleon"	176,00	222,30
100 österr. Kronen (Neuprägung)	910,00	1101,24
20 österr. Kronen (Neuprägung)	181,00	229,14
10 österr. Kronen (Neuprägung)	97,00	127,68
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	421,00	530,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	101,00	137,94

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

25. 7. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,8631	2,8711	2,8227	2,82	2,91
London1)	3,792	3,806	3,739	3,73	3,88
Dublin1)	3,073	3,087	3,025	2,98	3,13
Montreal3)	2,1704	2,1784	2,1370	2,12	2,22
Amsterd.	88,49	88,71	88,48	87,75	89,75
Zürich	117,33	117,53	117,43	116,25	119,00
Brüssel	4,939	4,958	4,879	4,81	5,01
Paris	32,565	32,685	32,065	31,75	33,50
Kopenh.	27,325	27,445	27,025	26,25	28,00
Oslo	34,595	34,715	34,065	33,75	35,50
Stockh.**)	34,350	34,510	33,79	33,25	35,00
Mailand2) **)	1,624	1,634	1,589	1,59	1,69
Wien	14,235	14,265	14,205	14,15	14,37
Madrid**)	1,769	1,779	1,727	1,74	1,86
Lissabon**)	1,920	1,940	1,835	1,45	2,35
Tokio	1,1625	1,1665	–	1,13	1,19
Helsinki	47,375	47,737	46,29	46,25	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,5025	2,5565	–	2,10	3,00
Prankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3670	2,3860	–	2,28	2,40
Johannesbg.*)	1,8237	1,8427	–	1,65	1,90

Alles in Hundert. 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar. 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet

Devisen

Trotz Bekanntgabe eines Handelsbilanzüberschusses für Juni 1984 von 1,3 Mrd. DM und einem Leistungsbilanzdefizit von 3,2 Mrd. DM hielt sich der Dollar-D-Mark-Handel am 25. 7. in engen Grenzen von 2,8610 und 2,8690. Ein Abwarten der Anhörung Paul Volckers im US-Kogreß mag aber auch zu diesem ruhigen Markt beigetragen haben. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,8671 festgestellt, wobei die Deutsche Bundesbank 17,75 Mill. Dollar zum Kursausgleich abgab. Die anderen amtlich notierten Währungen waren wenig verändert. Der Schweizer Franken erreichte mit 117,43 wieder einen neuen Jahrestiefstkurs. US-Dollar in: Amsterdam 3,2390; Brüssel 57,9575; Paris 8,8010; Mailand 1761,00; Wien 20,1260; Zürich 2,4415; Ir. Pfund/DM 3,080; Pfund/Dollar 1,3250; Pfund/DM 3,799.

Ostmarkkurs am 25. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,50; Verkauf 23,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Um ⅛ Prozent abgeschwächte Dollar-Zinssätze am Euromarkt führten am 25. Juli zu nochmals verringerten Dollar-Termin-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,54/1,44	4,51/4,41	8,70/8,50
Pfund/Dollar	0,08/0,06	0,04/0,01	0,25/0,40
Pfund/DM	2,90/1,50	6,70/5,30	11,1/9,70
FF/DM	25/9	59/42	113/97

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25. 7.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 6,00–6,15 Prozent.
Privatdiskontsätze am 25. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 25. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,98)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40; Rendite 7,90.

Öffentliche bröckelten weiter ab

Gerüchte über eine bevorstehende Diskonterhöhung in den USA sorgten am Rentenmarkt für neuerliche Unsicherheit. Dennoch blieben die Kurse widerstandsfähiger als zunächst befürchtet worden war. Dafür sorgte offenbar der leichte Rückgang des Dollar. Öffentliche Anleihen wurden auf breiter Front bis zu einem Viertelpunkt zurückgenommen. Bei den Pfandbriefen stabilisierten sich die Notierungen auf der Basis der am Vortag reduzierten Kurse. Die Auslandsanleihen präsentierten sich in einer widerstandsfähigen Verfassung.

	25. 7.	24. 7.
M 5½ Bayer. Haba Pf 14	97,75G	97,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf 2	95,5T	95,5T
7 dgl. Pf 3	95,250	95,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74G	74G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	80,75G	80,75G
6 dgl. KS 1	99,35G	99,35G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	97,5G	97,5G
6 dgl. IS 16	96,2G	96,2G
6 dgl. IS 17	96G	96G

	25. 7.	24. 7.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,5G	90,3G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	–	–
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	100,8G	100,8G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp. i. Hbg. Pf 96	81,5	81,5
6½ dgl. Pf 80	90,2G	90,2G
8 dgl. Pf 248	100,15	100,15G
9 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	100,8G	100,8G
9 dgl. KO 259	102G	102G
9¾ dgl. KO 262	– G	– G

	25. 7.	24. 7.
M 5 Vereinsb. Nbg. Pf 55	117G	117G
6 dgl. Pf 95	76bG	78G
7 dgl. Pf 100	99,95G	99,95G
D 8 WestLB Pf 350	100,75G	100,75G
6¾ dgl. Pf 403	97,55G	97,55G
9¾ dgl. Pf 1007	105,65G	105,65G
8 dgl. Pf 1015	99,05G	99,05G
7 dgl. KO 556	99,96	99,90G
6¾ dgl. KS 420	96,2G	96,2G
9¼ dgl. KO 1301	104,5G	104,5G
8½ dgl. KS 1276	101,1G	101,1G
8 dgl. IS 1512	100,35G	100,35G
9½ dgl. IS 1520	101,35G	101,35G
6½ dgl. IS 679	94,55G	94,55G
7½ dgl. IS 1503	100,15G	100,15G

Bundesbahn

9 dgl. 83 S.42	9/88	100,2	100,15
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,3bG	100,2G
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,05bG	101,05
8 dgl. 84 S 45	3/89	99,95	99,9
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,15G	98,15
7¾ dgl. 84 S 47	7/89	99,1	99,1
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,15G	100,15G
8¾ dgl. 76	9/84	100,2G	100,2
6 dgl. 78 II	11/84	99,95	99,95

Bankschuldverschreib.

F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bakola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 106	103,05G	103,05G
10 dgl. Pf 108	107,55G	107,55G
7 dgl. KS 132	85,7G	85,7G
8 dgl. KS 155	99,4G	99,4G
9 dgl. KS 169	102,15G	102,15G

Warenpreise – Termine

Nur mit bruchteiligen Veränderungen nach beiden Seiten schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker. Durchweg etwas schwächer ging Silber aus dem Markt. Geringfügig abgeschwächt in den vorderen Sichten und unverändert in den entfernteren Positionen notierte Kupfer. Abschläge in allen Kontrakten verzeichneten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	24. 7.	23. 7.
Sept.	347,00	342,50
Dez.	363,25	358,50
März	372,25	367,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	24. 7.	23. 7.
St. Lawrence 1 CW	243,94	249,89
Amber Durum	237,55	241,35
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	133,50	133,50
...		
Juli	133,20	134,20
Okt.	132,40	134,30
Dez.	133,40	135,40

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	23. 7.	20. 7.
Terminkontr. Sept.	140,40	143,60
Dez.	137,40	139,75
März	135,70	137,80

Kakao New York ($/t)	24. 7.	23. 7.
Terminkontr. Sept.	2188	2230
Dez.	2143	2182
März	2130	2180
Umsatz	3270	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,69	4,57
Okt.	4,90	4,80
Jan.	5,45	5,34
März	5,99	5,97
Mai	6,27	6,28
London ($/t), Nr. 6		
Aug.	129,00–129,20	126,00–128,00
Okt.	135,60–135,80	132,60–133,00
Dez.	144,00–144,30	140,80–141,20
Umsatz	4046	3928

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	24. 7.	23. 7.
schw. Sarawak spez.	345,00	347,50
weißer Sarawak	585,00	590,00
weißer Muntok	592,50	597,50

yellow max. 10% fr. F.	18,75	18,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
Aug.	52,30	53,85
Okt.	48,70	49,80
Dez.	49,85	51,20
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	56,20	58,25
Aug.	53,70	55,80
Febr.	65,27	67,25

Sumatra cif	655,00	660,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	215,00	225,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	–	–
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	300,00	305,00

undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	24. 7.	23. 7.
Juli	13 410	13 415
Aug	13 399	13 448
Kautschuk London (p/kg)	24. 7.	23. 7.
Nr 1 RSS loco	68,00–71,00	67,50–71,50
Aug.	67,50–70,50	68,80
Sept.	68,00–71,00	67,00–69,50
Okt.	69,00–71,80	68,00–69,50
Tendenz: ruhig		

für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	404,00–464,50	404,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	25. 7.	24. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	383-386	384-385
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	429-431	429-431
MS 63	414-419	415-419

Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	543,75	542,30
3 Monate	559,65	558,35
6 Monate	576,15	574,80
12 Monate	607,75	605,25
Platin (£-Feinunze)	24. 7.	23. 7.
London fr. Markt	249,60	249,85
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	99,50	99,30

(Kupfer-Standard)		
Kasse	1020,0–1020,5	1021,0–
3 Monate	1037,0–1039,0	1037,0–
Zink (£/t) Kasse	661,00–661,50	657,00–
3 Monate	659,50–660,00	656,50–
Zinn (£/t) Kasse	9400–9410	938
3 Monate	9335–9336	932
Quecksilber ($/Fl.)	–	
Wolfram-Erz ($-T-Einh.)	–	



Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stuck, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 58 60 38 - 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

LOS ANGELES / Harte Worte des Präsidenten zur Eröffnung der 88. Session des Internationalen Olympischen Komitees – Wessinghage bleibt zu Hause

Nun sind es noch drei Tage bis zur Eröffnungsfeier. Die WELT befaßt sich heute mit der amerikanischen Turnerin Mary Lou Retton.



Mary Lou ist dem Meister Bela Karoly absolut hörig

Normalerweise wird die Königin während der Spiele gekürt. Doch ein Volk, ein Land, könne nicht warten, bis sie ihre Auserwählte endlich auf den Thron steigen sehen. „Amerika sagt hello, Mary Lou", jubelt nicht nur der „Los Angeles Herold Examiner". ABC drehte einen Film über Mary Lou. Mary Lou Retton, amerikanische Ausgabe von Olga Korbut und Nadia Comaneci.

Mary Lou Rettons Haare aber fliegen weder als Zöpfe wie bei Olga Korbut noch als Pferdeschwanz wie bei der Rumänin. Stattdessen strenger Ponyschnitt. Wären dicke Waden, stämmige Oberschenkel und Sommersprossen Mode, müßte man sie als hübsch bezeichnen. Mary Lou kann so richtig doof kichern und kurz darauf altklug daherschwätzen wie so viele Teenager. Mary Lou ist 16.

Und trotzdem Turnprinzessin. Wenn Mary Lou über die Matte tobt, verwandeln sich 41 Kilo und 145 Zentimeter in einen Gummiball. „Wenn Mary Lou Salto schlägt, sieht sie aus wie eine Hornisse", monierte ein Turnkritiker. Olga und Nadia waren Schmetterlinge.

Sie stelle eine neue Rasse im Frauenturnen dar, beschreibt die Kichererbse den eigenen Stil und versucht, bei dieser Auskunft ernst zu bleiben. Dann springt ihr der Trainer bei. Der Trainer heißt Bela Karoly. Und es ist genauso wie damals in Montreal. als die Reporter das Mädchen Nadia fragten, ob sie eigentlich Spaß an ihrem Leben empfinde. Nur, daß der Mann, der heute neben Mary Lou sitzt, keinen rumänischen Trainingsanzug mehr trägt und keinen Englisch-Dolmetscher mehr braucht. Seit dreieinhalb Jahren wohnt der berühmteste Turntrainer der Welt nicht mehr in den Karpaten, sondern in Houston in Texas.

Auf Karolys Kopf fehlt nur noch ein Cowboyhut. Es ist anzunehmen, daß das Bild vom harten Westman und Revolverhelden tief drinnen in ihm verwurzelt ist. Wahrscheinlich beruhen Karolys Erfolge fast ausschließlich auf Härte. „Niemand hat früher daran gedacht, daß man diese hübschen und netten Dinger in kleine Bomben verwandeln könnte. In Tiere. In Killer", so redet Karoly.

In der amerikanischen Zeitung „Sports Illustrated" hat er einen Turnwettkampf mit der Jagd verglichen: „Da gibt es auch nur einen Weg, du gegen alle." Auf dem dazugehörigen Foto postiert Karoly so wie er sich am liebsten sieht: Im Kampfanzug der US-Army und eine Knarre in der Hand.

Seit eineinhalb Jahren läßt sich Mary Lou von Bela Karoly striezen und streicheln. Um ganz nach oben zu kommen, verließ die 14jährige Mary Lou das Elternhaus, zog nach Houston. Seither hat sie keinen Wettkampf mehr verloren. Mary Lou soll als erste Amerikanerin überhaupt eine Turnmedaille holen.

Das Kind Mary Lou ist dem großen Meister absolut hörig. Karolys Drill hat gefruchtet. Manchmal falle sie beim Schlafen aus dem Bett, weil sie im Traum geturnt habe, erzählt Mary Lou: „Aber das ist doch ein gutes Zeichen. Wenn man dich nachts aufweckt und in eine dunkle Halle führt, dann mußt du dort im Schlafanzug deine Kür abspulen können. Blind."

Vielleicht braucht man Mutterinstinkt und ein paar Schritte Distanz zum Sport, um besser feststellen zu können, was mit einem jungen Mädchen in den Händen eines Magiers passieren kann. Vielleicht hat Lois Retton auch Parallelen entdeckt in der Entwicklung ihrer Tochter zu Nadia Comaneci. Karoly hat seine einstige Musterschülerin in die Verzweiflung getrieben. Um der Macht des Trainers zu entfliehen, war Nadia bereit, ihr Leben wegzuwerfen.

Soweit soll es bei Mary Lou nie kommen. Schon jetzt kämpft die Mutter öffentlich um ihre Tochter: „Mary Lou hat keine natürliche Jugend mitgemacht. Für den Verlust der Kindheit wurde sie entschädigt, indem sie die ganze Welt sah."

Nach Olympia sei für die Tochter Schluß mit dem Turnen, erst recht wenn sie Gold gewonnen habe, erklärte Mama Retton. „Und wenn Karoly sie dann zum Weitermachen auffordert, dann habe ich eine hübsche Rede für Mr. Karoly vorbereitet."

MARTIN HÄGELE



Auch eine Kette kann Edwin Moses nicht stoppen. Der Amerikaner wird den olympischen Eid sprechen. FOTO: AP

Samaranch vermied Namen, aber gemeint hat er die UdSSR

sid, **Los Angeles**

Zu einer scharfen Abrechnung mit jeder Boykott-Politik in der olympischen Bewegung wurde die Rede von Juan Antonio Samaranch auf der Eröffnungsfeier der 88. Session des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Los Angeles. Der IOC-Präsident kritisierte im Dorothy Chandler-Theater mit ungewöhnlich harten Worten, daß alle Entscheidungen, nicht an den Spielen teilzunehmen, der olympischen Bewegung Schaden zufügten.

Ohne daß Samaranch Roß und Reiter nannte, wußte jeder, daß er mit seiner Kritik vor allem die Sowjetunion meinte. „Trotz wiederholter mündlicher und schriftlicher Versicherungen des Organisationskomitees, der städtischen Behörden, der amerikanischen Regierung und ihres Präsidenten, sahen sich einige Nationale Olympische Komitees außerstande, an den Olympischen Spielen 1984 teilzunehmen", erklärte der Spanier vor den IOC-Mitgliedern und zahlreichen Gästen.

„Immer werden durch solche politischen Aktionen die Athleten getroffen, die für ihr Ziel, an den Spielen teilzunehmen, hart gearbeitet haben. Für uns Lenker der olympischen Bewegung gibt es nur eins: nachdrücklich klar zu machen, daß diese Praxis für uns nicht akzeptabel ist", kündigte Samaranch Konsequenzen an.

Der erfahrene Diplomat appellierte an die olympische Bewegung und die Sportorganisationen, die Regierungen der einzelnen Länder davon zu überzeugen, den Sport nicht als „Geisel aus politischen Gründen" zu nehmen, sondern vielmehr den nichtpolitischen Charakter der Spiele anzuerkennen.

Anknüpfend an seine Rede vor dem Bundestag des Deutschen Sportbundes (DSB) am 25. Mai in Bad Homburg sprach der IOC-Präsident von der Würde des Fair play und stellte die olympische Bewegung als „größte soziale Kraft unserer Zeit" heraus.

Kuhweide trägt die Fahne

dpa/sid, **Los Angeles**

Ein Vierteldollar entschied über den deutschen Fahnenträger bei der Eröffnungsfeier am Samstag im Memorial Coliseum. Beim Münzwurf war das Glück mit dem Segler Willi Kuhweide und gegen den Dressurreiter Reiner Klimke. „Ich freue mich riesig über diese große Ehre. Es paßt gut in die Landschaft, daß erstmals ein Segler ausgesucht wurde", sagte der Olympiasieger von 1964 im Finn-Dinghy. Heinz Fallak, Chef der Mission, meinte vor dem Losentscheid: „Beide sind sportlich und menschlich gleichermaßen qualifiziert." Für Klimke galt die Seite „Liberty" des Geldstückes, die das Porträt Washingtons ziert. Kuhweide brachte die Gegenseite mit dem US-Adler Glück.

Kurz nach der Landung in Los Angeles hörte Reiner Klimke vom Ausgang des Losentscheids. Er sagte: „Auch so ist es wohl richtig." Er wird jetzt beim Willkommens-Zeremoniell für die deutsche Mannschaft im olympischen Dorf die Flaggenhissung vornehmen.

Gäbe es eine Goldmedaille für olympische Unglücksraben, Thomas Wessinghage wäre erster Anwärter darauf. Olympia war sein Schicksal: 1972 in München war der damals noch 20jährige zu unerfahren und schied im 1500-m-Vorlauf aus; 1976 in Montreal vergoß er Tränen über seine eigene Dummheit, als er im 1500-m-Zwischenlauf den Endspurt „verschlafen" (Wessinghage) hatte; 1980 war er in Topform, doch der Boykott hinderte ihn am Start in Moskau; und jetzt wird am 11. August die 5000-m-Goldmedaille in Los Angeles wieder ohne ihn vergeben. Bruch des linken Mittelfußknochens, sechs Wochen Pause, Thomas Wessinghage mußte am Dienstag auf die letzte Olympia-Chance seiner langen Laufbahn verzichten.

„Bis zuletzt hatte ich geglaubt, die Schmerzen im Fuß könnten sich als Bagatelle entpuppen. Aber es geht nicht. Ich bin sehr enttäuscht", meinte Thomas Wessinghage nach seinem Ausfall.

Begonnen hatte das neue Olympia-Pech des 32 Jahre alten Mittel- und Langstrecklers mit einem Sturz beim Pfingstsportfest in Fürth. Eine Beckenverschiebung führte dazu, daß Wessinghage sein rechtes Bein stärker belastete und humpelnd Rennen bestritt. Wider ärztliche Vernunft kämpfte der Kölner Arzt im Training um seine Form. Doch in diesem Jahr konnte er kein wichtiges Rennen siegreich oder auch nur mit einer guten Zeit beenden. Dennoch sagte Wessinghage noch wenige Tage vor dem geplanten Abflug nach Los Angeles: „Für mich ist Olympia erst beendet, wenn ich dort irgendwo ausscheide." Doch dazu kam es gar nicht erst, Wessinghage ist höchstens als Zuschauer live dabei. Aufhören will er aber noch nicht: „Ich höre erst auf, wenn es mir keinen Spaß mehr macht. Das ist aber von Olympia-Jahren unabhängig."

Hollywoods perfekte Show

sid, **Los Angeles**

Fünf Tage vor der Eröffnungsfeier der XXIII. Sommerspiele beklagte Los Angeles den Tod eines der Hauptdarsteller. Der 22jährige See-Adler „Bomber", mit dessen Flug über das Coliseum der Auftakt beginnen sollte, verstarb an Altersschwäche. Ein 13 Jahre junger Ersatzvogel steht bereit, doch könnte sein Auftritt an mangelnder Routine scheitern. Doch selbst in diesem Fall werden die 92 000 Zuschauer auf den Rängen am Samstag etwas Fliegendes sehen: Einen Raketen-Mann, der die Antriebsdüsen am Gürtel trägt und eine „Willkommen"-Fahne in der Faust.

Die Olympiastadt sagt der Welt „Welcome", und Hollywoods Starregisseure ziehen dazu alle Register. Über zwei Milliarden Fernsehzuschauer in aller Welt sollen um 16.30 Uhr Ortszeit (1.30 Uhr MEZ am Sonntagmorgen) das Läuten aller Los-Angeles-Glocken hören und Bilder vom Strand und aus der Metropole sehen. 18 Kameras im Coliseum und fünf in der Stadt werden das Schauspiel übertragen, das „Roots"-Produzent David Wolper zusammengestellt hat.

Eröffnungsmusik und Olympiafanfare wurden von John Williams komponiert, der für „Krieg der Sterne", „Supermann", „E.T." und „Rückkehr der Jedi" viermal den Oscar bekam.

Vor dem Einmarsch der Athleten erfolgt die Übergabe der traditionellen „Antwerpener Fahne" an Paul Ziffren, den Aufsichtsratsvorsitzenden des Organisationskomitees, und Bürgermeister Tom Bradley. Nach dem Einzug der USA-Mannschaft, bei dem das Coliseum beben dürfte, soll um 19.10 Uhr Ortszeit Ronald Reagan als erster US-Präsident die 16-Worte-Formel zum Beginn der Spiele sprechen.

Zehn amerikanische Goldmedaillen-Gewinner der zehn Sommerspiele zwischen 1932 und 1976 bringen die große Olympiafahne zum Mast. Wer danach die Flamme ins Stadion tragen wird, soll bis zu diesem Zeitpunkt das bestgehütete Geheimnis bleiben. Gerüchte besagen, es sei die Schauspielerin Jane Fonda.

Edwin Moses spricht den Eid für die Sportler, eine Frau den für die Kampfrichter. Zweitausend Volkstänzer repräsentieren auf der Kunststoffbahn über 50 verschiedene Völkerschaften, die im Großraum L.A. heimisch wurden. Schulkinder lassen 200 000 Luftballons in den Abendhimmel steigen.

Zum Ausmarsch der Teilnehmer grüßt die Welt Los Angeles: Kaliforniens Kameraleute ließen in allen Kontinenten Kinder das Lied „Reicht euch die Hände" singen. An den Pyramiden Ägyptens, auf der chinesischen Mauer, vor Londons Tower, Rios Zuckerhut und Australiens Küste. Das alles erscheint auf den Anzeigetafeln im Coliseum.

Und ganz zum Schluß folgt die Live-Übertragung des Sonnenuntergangs im Pazifik vor Santa Monica. Den hat Hollywood an diesem 28. Juli für 19.57 Uhr bestellt.

Bonns „politisches Olympiateam" fliegt zum Spartarif nach L.A.

Die fünf Bundestagsabgeordneten, die als Beobachter des Parlaments an den Spielen teilnehmen, müssen bei ihrer Reise auf ein Stück Annehmlichkeit verzichten. Um Kosten zu sparen, werden die Politiker als Begleiter einer Versorgungsmaschine der Bundeswehr zum Luftwaffenstützpunkt nach El Paso gebracht. Von dort aus dürfen sie dann eine Linienmaschine nach Los Angeles benutzen. Die Grünen werden keinen Abgeordneten entsenden, weil die Delegation des Deutschen Bundestages mit einem Flugzeug der Bundeswehr in die USA fliegt. In der Olympia-Stadt wollen die Politiker überprüfen, was aus den rund fünf Millionen Mark geworden ist, die der Bundestag für die Olympiamannschaft bereitgestellt hat.

Bewerbung: Nach ihrer Rückkehr in die olympische Arena haben die Sportführer der Volksrepublik China bereits die Ausrichtung Olympischer Spiele im Sinn. Wie die Leitung der chinesischen Olympia-Delegation in Los Angeles erklärte, will sich China um die Sommerspiele im Jahr 2000 bewerben. China nimmt in Los Angeles zum ersten Mal seit 1952 an Sommerspielen teil.

Vorschlag: Der Präsident des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV), Harm Beyer, ist von den europäischen Mitgliedsländern als Kandidat für das FINA-Bureau, das höchste Gremium des Internationalen Schwimm-Verbandes, vorgeschlagen worden.

Absage: Zwei Kampfrichter aus dem Ostblock, die trotz des Boykotts beim Box-Turnier eingesetzt werden sollten, haben abgesagt. Kurt Wolf (Halle) kann wegen akuter Herzbeschwerden nicht erscheinen und sein sowjetischer Kollege Dadajew fürchtet offensichtlich die Konfrontation mit den Amerikanern.

Ehrengäste: Peter Angerer, dreifacher Medaillengewinner im Biathlon bei den Winterspielen in Sarajevo, und die beiden Olympiasieger im Rodeln, Hans Stangassinger und Franz Wembacher, stehen an der Spitze der Ehrengäste, die das Nationale Olympische Komitee (NOK) für Deutschland nach Los Angeles eingeladen hat. Der Biathlet Peter Angerer wird aber auf die Amerikareise verzichten. Er sagt: „Für mich ist die Vorbereitung auf die kommende Saison mit der Weltmeisterschaft in Ruhpolding als Höhepunkt wichtiger."

Doping: Die Mannschaft der USA wird ihren Radfahrer Alexis Grewal, der in der vergangenen Woche gegen die Doping-Vorschriften verstoßen haben soll, nun doch einsetzen. Der amerikanische Radsport-Verband hat Grewal nicht mit einer Sperre belegt, weil ihm keine Absicht unterstellt wird. Ein ähnliches Problem hat die deutsche Mannschaft mit Gerhard Strittmatter (Böblingen). Der Bahnradfahrer, Mitglied des Weltmeister-Vierers, war zur Heilung eines Beckenanrisses mit Anabolikamitteln behandelt worden.

Sicherheit: Die für die Sicherheit verantwortlichen Beamten der Polizei und des Bundeskriminalamtes (FBI) rechnen mit einem ungestörten Ablauf der Spiele. FBI-Mann Richard Bretzing erklärte, es gebe keine Hinweise auf terroristische Aktivitäten. Die Sicherheitsbehörden fürchten allerdings, daß die Olympischen Spiele für Spionagezwecke mißbraucht werden könnten. „Wir haben derzeit keine aktuellen Probleme", meinte Edgar N. Best, der Sicherheits-Verantwortliche im Organisationskomitee (LAOOC). Das FBI und der Geheimdienst CIA hätten größte Anstrengungen unternommen, um die Spionagegefahr abzuwenden, meinte Best.

NACHRICHTEN

Segler disqualifiziert

Travemünde (dpa) – Die beiden Starboot-Crews Alexander Hagen/Thomas Buedel (Lübeck) und Jens-Peter Wrede/Matthias Borowny (Wedel) wurden bei der 95. Travemünder Segelwoche vom Schiedsgericht disqualifiziert. Trotz mündlicher Ermahnung durch die Regattaleitung hatten die beiden Teams die Nummern auf ihren Booten nicht vorschriftsmäßig angebracht.

Navratilova verdient gut

Bonn (sid) – Die 27 Jahre alte Amerikanerin Martina Navratilova liegt einsam an der Spitze der Geldrangliste bei den Tennis-Damen. In der ersten Hälfte des Jahres hat die Wimbledon-Siegerin bereits 1 772 956 Dollar an Preisgeldern verdient. Die zweitplazierte Hana Mandlikova (CSSR) brachte es erst auf 386 427 Dollar. Beste Deutsche ist Claudia Kohde auf Rang elf mit 109 881 Dollar.

Springer überragten

Moskau (sid) – Bei einem Leichtathletik-Sportfest in Moskau gab es zwei herausragende Leistungen durch die Springer. Guennadi Waljukewitsch (UdSSR) erreichte im Dreisprung 17,47 Meter und sein Landsmann Vladimir Poljakov übersprang mit dem Stab 5,80 Meter.

Aufforderung an Braun

Paris (sid) – Der französische Radrennstall „La Redoute" hat seinen Fahrer Gregor Braun aufgefordert, vom 14. bis 19. August an der Belgien-Rundfahrt teilzunehmen. Der neue Rennleiter Raphael Geminiani machte deutlich, daß er auch nach der Vertragskündigung zum Saisonende von Braun beste Disziplin erwarte.

Olga Nemes auf Titelkurs

Linz (sid) – Die gebürtige Rumänin Olga Nemes, die jetzt in Stuttgart lebt, hat bei Tischtennis-Europameisterschaften für Schüler und Jugendliche in Linz das Endspiel erreicht. Die 16 Jahre alte Titelverteidigerin hatte im Halbfinale die Unagrin Batorfi leicht in zwei Sätzen besiegt.

„DDR"-Athleten unter sich

Berlin (sid) – Die Leichtathleten der „DDR", die wegen des Boykotts nicht an den Olympischen Spielen teilnehmen, haben in ihren Wettkampf-Kalender ein zusätzliches Sportfest eingebaut, das heute und morgen in Dresden durchgeführt wird. Bei diesem Meeting, das als Vorbereitung auf Veranstaltungen im August in Prag und Moskau dient, bleiben die „DDR"-Athleten allerdings unter sich.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Stuttg. Kikkers – Nationalmannschaft Ungarn 1:5, Nienstedt – Hannover 96 0:5, Korbach – Schalke 3:5, Ziegenhain – Hamburger SV 0:6.

TENNIS

Internationale Meisterschaften der Niederlande in Hilversum (75 000 Dollar), erste Runde: Maeso (Spanien) – Beutel (Deutschland) 6:4, 6:1. Keretic (Deutschland) – Schapers (Holland) 5:7, 6:4, 3:5 Schapers aufgegeben. – **Internationale Meisterschaften von Österreich** in Kitzbühel (100 000 Dollar), zweite Runde: Meiler (Deutschland) – Hoegstedt (Schweden) 6:2, 6:3, Maurer (Deutschland) – Kley (Brasilien) 6:0, 6:2.

Grand-Prix-Turnier in Washington, erste Runde: Westphal (Deutschland) – Brescia (USA) 6:2, 6:2.

FUSSBALL

Sperre für McGhee

dpa, **Hamburg**

Der schottische Fußball-Nationalspieler Mark McGhee, der am Dienstagabend im Freundschaftsspiel des Hamburger SV beim hessischen Amateur-Oberligaklub Tuspo Ziegenhain (6:0) vom Platz gestellt wurde, muß mit einer Sperre von acht Wochen wegen Tätlichkeit rechnen. McGhee hatte in der 76. Minute seinen Gegenspieler Armin Hofmann mit dem Ellenbogen in den Magen geschlagen.

Schiedsrichter Lehnhardt aus Heringen, der den Vorfall selbst nicht beobachtet hatte und sich auf seinen Linienrichter berief, sagte nach dem Spiel: „Herr McGhee hat eine Tätlichkeit begangen." Sollte der Deutsche Fußball-Bund (DFB) eine achtwöchige Sperre gegen den Schotten aussprechen, könnte ihn der HSV erst am 5. Spieltag der Fußball-Bundesliga am 22. September beim Karlsruher SC einsetzen. Bereits in der letzten Woche wurden die beiden Bremer Norbert Meier und Norbert Siegmann bei einem Freundschaftsspiel vom Platz gestellt.

Bei Fortuna Köln führte sich Neuling Karl Richter mit seinem Siegtreffer zum 1:0-Erfolg gegen den VfL Herzlake zwar gut in der Mannschaft ein, doch auch er wurde noch vom Platz gestellt und ist für den Saisonstart gesperrt.

Zu koschere Kochkunst

mar – Seit siebenhundert Jahren ist die Rue des Rosiers so etwas wie die Seele der jüdischen Gemeinde von Paris. Hier kehrte die hektische Gegenwart nur langsam ein, und die Vergangenheit ist noch immer gegenwärtig. Aber nun droht der Straße, die schon lange keine Rosenstöcke mehr säumen, eine Revolution, die die koscheren Lebensmittelläden und Delikatessengeschäfte das Fürchten lehrt.

Die Juden haben ein ambivalentes Verhältnis zu ihrer Küche. Einerseits spotten sie gern über die strengen Vorschriften der koscheren Kochkunst, andererseits gehen ihnen die Augen über, wenn Gefillte Fisch, Kugel oder Schalet auf den Tisch kommen. Gerade die Sabbatspeisen, die langsam im Ofen garen, weil der Talmud am Sabbat jegliche Arbeit verbietet – und dazu gehören natürlich auch Kochen und Feuermachen –, verkörpern ein Stück Heimat. Wenn der Talmud – wie Heine schrieb – das „portative Vaterland" der Juden ist, dann sind die ostjüdischen Küchenspezialitäten das „tragbare Mütterland". Davon erzählen viele Geschichten.

Eine der bekanntesten weiß von einem Juden zu berichten, der das Stetl in Galizien vor langer Zeit verlassen hat. Er ging nach Warschau, dann nach Amerika. Er schnitt sich die Schläfenlocken ab, den Bart auch, zog den Kaftan aus, und zuletzt ließ er sich sogar taufen. Nun kommt er nach Jahrzehnten zurück in die Heimat, ist kaum wiederzuerkennen, ein Westler durch und durch. Man setzt sich am Sabbat zu Tisch, redet von diesem und von jenem, nicht aber von dem „Vorgefallenen", der Taufe des verlorenen Sohns. Doch als der Schalet auf den Tisch kommt, überkommt ihn die Reue: „Solch eine Religion hab' ich aufgegeben?!"

Käme der Amerikaner heute nach Paris, in die Rue des Rosiers, müßte er einen derartigen Heimatschock nicht mehr fürchten. Er sähe sich da mit ganz anderen Heimatgefühlen konfrontiert. Denn mit deutlich lesbarer Schrift – nicht nur in hebräischen Buchstaben – preist da ein Schnellrestaurant seine Spezialität an: „Cosherburger".

Steirische Landesausstellung: „Erz und Eisen"

Des Wassermanns Klage

Man schrieb das Jahr 1822. Im Erzbergwerk von Vordernberg in der Steiermark arbeitete ein Knappe, den seine Kollegen mit distanzierter Ehrfurcht beobachteten. Auch wenn der Mann seit 1823 in der feinen Tracht eines Radmeisters (Hüttenwerkchefs) erschien, in langer Jacke und schwarzen Hosen, ein Lederstück um die Hüften geschlungen und den weichen Filzhut in die Stirn gedrückt, traten die Bergarbeiter zurück: Der vornehme Bergmann war der Erzherzog Johann von Österreich (1782–1859), der in Vordernberg Erzabbau, Transport und Verhüttung neu organisierte und die Montan-Lehranstalt gründete. Das Institut ist die Urzelle der heute in Leoben gelegenen Montanuniversität.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bergleute, die der vornehme Knappe und Hüttenbesitzer studierte, die langsamen sozialen Verbesserungen, die auch der Erzherzog in Gang setzte, die Geschichte vom Erzabbau und der Eisenverarbeitung sind das Thema der steirischen Landesausstellung über „Erz und Eisen in der grünen Mark". Zentrum des Geschehens ist der Ort, der seinen ursprünglichen Namen Innerberg seiner Lage nach in Eisenerz umwandelte: Die Stadt liegt zu Füßen des terrassenförmig abgebauten Erzberges, der bei Regenwetter rötlich schimmert.

Das Herzstück der Ausstellung findet man im Kammerhof, dem einstigen Jagdschloß des Erzherzogs Johann. Dort sind Zeugnisse über modernste Stahlproduktion und urtümliche Eisengewinnung, über Leben, Arbeiten und Wohnen der Bergleute, über den Handel und die Verarbeitung des Eisens zu Handwerkszeug, Waffen, Rüstungen, zu Kunstobjekten, zum Motorrad oder zum Schwerlastwagen, den den Erzberg hinauffährt.

Die Schau geht im Freien weiter, wo man an der „Eisenstraße" zwischen Steyr und Leoben eine Fülle von Exponaten besichtigen kann: Die alte Erzförderbahn, die der Bergmann Johann Dulnig für den Erzherzog in Vordernberg auf dem Präbichl baute, Reste einer Hochofenanlage in Hieflau, den einst größten Holzkohlen-Hochofen in Trofaiach oder die alte Montan-Universität und Bauten der Voest-Alpine in Leoben. Für die Eisenstraße gibt es einen eigenen kleinen Führer.

Der Sage nach begann die Geschichte des Erzabbaues in der Steiermark, nachdem die Bewohner von Innerberg listig den Wassermann des benachbarten Leopoldsteinersees eingefangen hatten. Er soll sich mit dem Hinweis auf den Erzberg freigekauft haben. Tatsächlich aber wurden die Eisenvorkommen der Gegend schon im ersten Jahrtausend vor Christi Geburt entdeckt und im Rahmen der technischen Möglichkeiten genutzt. Zur Römerzeit war Eisen aus der Provinz Noricum ein Qualitätsbegriff.

Erste schriftliche Zeugnisse gibt es aus dem 12. Jahrhundert. Im 15. und 16. Jahrhundert erlebte die Innerberger (Eisenerzer) Erzförderung eine Blüte: Die Exporte gingen nach Frankreich und Südosteuropa. Selbst die „türkischen Erbfeinde" profitierten vom Fleiß der steirischen Knappen – allerdings mußten sie heimlich auf verschlungenen Handelswegen importieren.

Ansprechend ist an der Ausstellung die Verbindung von Geschichte der Technik und Menschenschicksalen am Berg. Da sieht man einerseits die Entwicklung von den Bauern, die nebenher ein wenig Erz förderten und verarbeiteten zu den Radwerken – das sind Hüttenanlagen, deren Blasbälge durch Wasserräder betrieben wurden – zu den Hammerwerken, die das Erz verarbeiteten, bis zum modernen Stahlwerk.

Daneben erfährt man, wie die Knappen lebten, bis ins hohe Alter arbeiteten und lange Zeit nur auf dem Gnadenwege mit Kranken- oder Altersversorgung rechnen konnten. Primitive Wohnverhältnisse, eintönige Ernährung aus Speck, Sterz (Maispudding), Fett, Knödeln und Kraut. Wenn nicht Bruderladen sich der Notleidenden annahmen, blieb Kranken und Hinterbliebenen oft nur das Betteln. Zu den kargen Privilegien der Bergleute gehörte die Befreiung vom Wehrdienst. Die Eisengewinnung für Waffen durfte im Krieg nicht gefährdet werden.

Geschichte, Volkskunst, Kultur, Gebräuche und Frömmigkeit der Bergleute werden ebenso geschildert, wie die Endprodukte der harten Arbeit im und am Berg: kunstvoller Eisenguß, Beschläge romanischer und gotischer Kirchenportale, Kanonen, Rüstungen und Pflüge. (Bis 14. Okt.; Katalog, 2 Bd., 150 öS.)

GISELA SCHÜTTE

Euzhan Palcys Film „Straße der Negerhütten"

Gletscher in der Karibik

Als die Entdeckung der letztjährigen Biennale von Venedig galt dieser Film, ein Erstling, der auch gleich mit dem Silbernen Löwen ausgezeichnet wurde. Ein Film aus der Dritten Welt (wenn auch mit der Professionalität des französischen Produktionsapparats hergestellt), über das Elend der farbigen Landarbeiter und die Schuld der Weißen – und dennoch ganz ohne anklagenden Zeigefinger gemacht, vielmehr mit gelöster Heiterkeit und voll Lebensoptimismus. Ein Film, dessen Stärke weniger die Geschichte ist, sondern vielmehr die liebevolle Schilderung der Atmosphäre, die den Zuschauer schnell gefangen nimmt.

„Straße der Negerhütten" spielt um 1930 auf der karibischen Insel Martinique, einer französischen Überseeprovinz. Auf Martinique ist auch gedreht worden, und von dort stammt auch die Filmemacherin Euzhan Palcy. Die Insel wurde traditionell als riesige Zuckerrohrplantage genutzt, und dafür brauchte man große Mengen afrikanischer Sklaven. 1930 ist die Sklaverei zwar längst abgeschafft, aber geändert hat sich trotzdem nicht viel: Für einen Hungerlohn müssen die Nachfahren der Sklaven auf den Zuckerrohrfeldern schuften.

Euzhan Palcy erzählt die Geschichte des zwölfjährigen José, der mit seiner Großmutter in einem armseligen Dorf lebt, in der Straße der Negerhütten. Als einziger von allen Kindern wird er am Schluß die Chance erhalten, auf die höhere Schule zu gehen. Wobei, wie es scheint, Euzhan Palcy mit den Absurditäten des französischen Erziehungssystems, das Kinder fern in der Karibik die Alpengletscher auswendig lernen läßt, recht freundlich umgeht: Als José einen Aufsatz über das elende Leben des schwarzen Volkes schreibt, fliegt er nicht etwa von der Schule, sondern wird belobigt.

Was den Film aber neben der Einfühlsamkeit der Filmemacherin trägt, sind die Darsteller, von denen die wenigsten professionelle Schauspieler sind. Allen voran die alte Großmutter (Darling Legitimus), die bis zur Grenze der Selbstaufopferung geht, um ihrem Enkel ein besseres Leben zu ermöglichen. Dann José, von der gleichen sympathischen Offenheit wie die anderen Kinder des Dorfes. Dem Verleih ist zu danken, daß er den Film nicht synchronisiert hat, sondern mit deutschen Untertiteln anbietet. Den Film des Französischen zu gebrauchen, wie es auf Martinique gesprochen wird, hätte ihm unfehlbar seine Atmosphäre genommen.

SVEN HANSEN

Implantat der Lebensfreude im ruinierten Stadtkörper: „Wohnschloß" am Berliner Landwehrkanal

Spröder Stein, zum Tanzen gebracht

Niemand sage, daß die Internationale Bauausstellung Berlin (IBA), die allen Widrigkeiten zum Trotz 1984 ihr „Berichtsjahr" bestreitet, nicht voller Überraschungen steckt. Eine ist in diesen Tagen schon mit einem „Bürgerfest" gefeiert worden: das „Schloß" des Architektenehepaars Hinrich und Inken Baller in einem Hinterhof am Fraenkelufer. Vorbildlose, erstaunliche, gänzlich unkonventionelle Architektur, dazu an einem der tristesten Orte in Berlin.

Wir befinden uns dort, wo eine instinktlose Planung noch vor wenigen Jahren mitten durch ein Wohnrevier aus den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zuerst eine vierspurige Autobahn, dann wenigstens noch eine breite „Erschließungsstraße" brechen wollte. Es sind die Blöcke 70 und 89 zwischen der Kohlfurter Straße und dem Landwehrkanal, das Gebiet der ersten Hausbesetzungen in Berlin mit verwahrlosten, „entmieteten" Häusern und jahrelangem „Wohnungsleerstand".

Heute ist von diesem unrühmlichen Zwischenakt in der Planungsgeschichte des Stadtteils, dessen Grundriß Peter Josef Lenné entworfen hat, kaum noch etwas zu ahnen. Die Fassaden am Fraenkelufer leuchten in frischem Ocker, die großen alten Bäume rauschen, und das träge fließende Wasser des Kanals kräuselt sich unschuldig in der Mittagssonne. Flanierende Fußgänger, ein verstohlen aufgestellte Angel, das Rumpeln eines Personenwagens auf dem Kopfsteinpflaster und Kindergeschrei – die Südrand des Planungsgebietes der „Altbau-IBA" in Kreuzberg sonnt sich in einer Friedlichkeit und verhaltenen Vitalität, als seien die Traditionen Alt-Berlins niemals erschüttert worden.



Wohnprojekt der Postmoderne: Das „Schloß" des Architektenehepaares Baller in Berlin FOTO: R. FRIEDRICH

Wo ist das Neue? Nun, die erste Neuigkeit ist, daß es nicht mit totalitärem, totschlagartigem Auftrumpfen zwischen die alten Häuser tritt. Hinrich und Inken Baller, die das Konzept für die Sanierung des ganzen großen Doppelblocks ausgearbeitet haben, sind der Absicht gefolgt, die „Geschichtlichkeit dieses Stadtraums" nicht zu verletzen. Herausgebrochene Häuser aus der Blockrandkante wurden dabei weder, wie es Mode ist, durch Schneisen von Grün noch durch unmaßstäbliche Rasterfassaden ersetzt; getreu der Aufgabenbeschreibung, „durch torartige Häuser ergänzt, die den vorhandenen Maßstab der traditionellen Häuser unterstreichen, zum Teil die alten Geschoßhöhen aufnehmen und gleichzeitig den dahinterliegenden großen Wohnhof einleiten".

Schon diese „Torhäuser" fallen in ihrer Eigenwilligkeit und Lebendigkeit ganz und gar aus dem Rahmen der jüngeren Architektur. Der „Wald" von schlanken, schräggestellten „gaudischen" Betonsäulen in der Erdgeschoßzone, aus dem zwei Stämme in leichter Biegung bis in die oberen Geschosse wachsen, die geschwungenen Balkone mit den nach oben gewölbten „Nasen" und den filigranen Gittern, der breite Glaserker im dritten Stock und die Spitzbogengauben in der Dachzone – das alles gibt der Fassade eine freie Rhythmik, die dennoch keinem Bau der Nachbarschaft Gewalt antut. Im Gegenteil: Hier werden die Themen der historistischen Architektur auf intelligente Weise übersetzt in die Sprache der neuen Instrumente und Materialien, hier wird der spröde Stein zum „Tanzen" gebracht.

Tritt der Besucher durch den Säulenwald in den hügeligen Hof mit seinen Bäumen, Teichen und Sträuchern, so kann er sich der Selbstsicherheit und eigenen Logik dieser noch fremden, aber nie befremdlichen Plastizität kaum entziehen. Er steht vor dem „Schloß", dem bisher größten Projekt der Ballers und dem wahrscheinlich originellsten neuen Mietwohnhaus der Bundesrepublik überhaupt. Nach hinten hat es keine Fenster, denn es ist an die 110 Meter lange 25 Meter hohe Ziegelbrandwand des „Elisabethhofs" angelehnt, die die Architekten ebenso erhalten wollten wie die alte Schule.

Was sie aus dieser Situation gemacht haben, das ist ein operatives Bravourstück – ein Implantat der Lebensfreude in einem völlig ruinierten Stadtkörper. Wer hätte dem Beton solche Leichtigkeit zugetraut! Das Schwingende, „Swingende" dieser Architektur, ausgedrückt in den kekken Betonnasen der Balkonterrassen, den schlanken Säulen, gewundenen Treppen, den abgerundeten Backsteinmauern und dem aus Spitzbogengauben herausswachsenden, gewölbten hellroten Ziegeldach, gibt dem Bau einen pflanzenhaften, „vegetabilischen" Charme.

Hinrich Baller, 48 Jahre alt, geboren in Stettin und Sohn eines Architekten, der mit Hans Poelzig befreundet war, hörte das gern. Der große Mann, der mit seinen schulterlangen Haaren und den Lederhosen wie ein Indianer aussieht, wohnhaft in Berlin, Professor in Hamburg, hat mit seinem Beitrag für die Häuserschlange auf der Dönche in Kassel zwar bewiesen, daß er sich einzupassen, ja sich unterzuordnen weiß. Sein eigensinniges architektonisches Weltmodell, orientiert an Ernst Blochs Gegensatzpaar von Lebensbaum und Todeskristall, hat er deshalb jedoch nicht aufgegeben. Hier, an seinem vielleicht zwanzigsten Bau, hat er ihm den bisher reinsten Ausdruck geben können.

Baller zeigt auf den Glaserker und sagt: „Das ist keine rein florale Architektur, sie enthält auch das Kristalline, der Erker ist fast miesisch"; aber der Todeskristall werde nicht gefeiert wie von den Ägyptern und reinen Klassizisten, sondern „den Menschen untertan gemacht". Er spricht von der Spannung zwischen dem „Offiziellen" und dem mehr „Liebenswürdigen". Sein Leitbild ist der Lebensbaum, der allein Symbol des zu erneuernden Kreuzberg sein könne. Ernst May, Bruno Taut, Poelzig, Scharoun und auch Gaudi nennt er als Mittler, immer wieder aber die Gotik mit der Vereinigung von Natur und Gebautem, mit dem in der Blüte endenden aufstrebenden Baum.

Ist es nur „modisch", sich so einzuordnen? Es gibt ja tatsächlich eine breite „florale" Strömung in der neueren Architektur. Baum und Strauch, Moos und Efeu sind zu „Ersatzbaustoffen" einer ganzen Architektengeneration geworden, die mit der Formbarkeit steinerner Materialien nicht umzugehen weiß und die Bastarde ihrer ungeschickten Zeugungskunst hinter grünen Vorhängen zu verstecken trachtet.

Ballers „Florismus" ist von anderer Art. Er möchte den Stein selbst zum Leben „auferwecken". Zeichen setzen gegen die „Kaputtheit und Hoffnungslosigkeit", „Heilungsprozesse" einleiten, Geborgenheit geben. So macht er zum Beispiel aus dem Statussymbol des sozialen Billigbaus, der plumpen Balkonkiste aus Beton, die in millionenfacher Serienherstellung zum fassadenmordenden Versatzstück angeblich „aufgeklärter" Bauvorschriften geworden ist, das beseelende Leitmotiv seiner Bauten. Daß er das mit den landesüblichen Mitteln, mit Betonfertigteilen und einheitlichen Schalungsformen und noch dazu in der Preisklasse des sozialen Wohnungsbaus schafft, ist fast nicht zu glauben.

Aber es ist zu besichtigen. Am alten, neuen Fraenkelufer in Berlin.

DANKWART GURATZSCH

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „inklings" (Aachen)

Kunstspäße aus Oxford

Was heißt „inklings"? Das englische Wörterbuch gibt an: „die Andeutung, leiser Wink, dunkle Ahnung, das Gemunkel". Offensichtlich hat das Wort aber auch, in etwas saloppem Sprachgebrauch, die Bedeutung von „Tintenklecksер". So horcht man natürlich auf, wenn eine neue Zeitschrift erscheint, die dieses englische Wort zum Blickfang gewählt hat: „inklings/Jahrbuch für Literatur und Ästhetik" (Verlag Michael Claren, Lüdenscheid, Werdohler Straße 11).

Das Interesse wird aber auch vom Namen des Herausgebers geweckt: Es handelt sich um Gisbert Kranz in Aachen, der sich seit gut drei Jahrzehnten in den Kopf gesetzt hat, seine Mitbürger auf literarische, philosophische und theologische Kostbarkeiten hinzuweisen, die abseits der großen Trampelpfade zu finden sind. Worum geht es also in dem Periodicum „inkling", das er zusammen mit drei Aachener Universitätsprofessoren (dem Komparatisten Dyserinck, dem Pädagogen F. Pöggeler, dem Philosophen Wolandt) und einem aus Duisburg (dem Anglisten Schrey) herausgibt?

Die Auskunft des Jahrbuchs lautet: „Mit dem mehrdeutigen Wort Inklings benannte sich, humorvoll tiefstapelnd, eine Gruppe Oxforder Schriftsteller, die sich in den 30er und 40er Jahren regelmäßig trafen." Mitteipunkt dieses Kreises waren J. R. R. Tolkien (1892–1973), C. S. Lewis (1898–1963) und Charles Williams (1886–1945).

Von diesen drei Namen sind die beiden ersten gut bekannt bei uns; sie stehen für Bestseller-Auflagen auch in deutscher Übersetzung. Tolkien wie Clive Staple Lewis verkörpern einen bestimmten Schriftstellertypus: Beide waren Professoren der englischen Literatur des Mittelalters und der Renaissance (der eine in Oxford, der andere in Cambridge), beide liebten es, neben ihrer streng wissenschaftlichen Arbeit auch ins Phantastische zu fabulieren; beiden ging es bei ihren Ausflügen in die schöne Literatur darum, „Kunst" zu machen, sondern ihren Mitmenschen konkrete Lebenshilfe zu leisten. Daß die Erzählungen beider dann doch auf einem Umweg zu Kunst wurden, war eine angenehme Nebenerscheinung. Angesichts des narzißtischen Manierismus, der uns sonst als schöne Literatur angeboten wird, ist es kein Wunder, daß sich um sie auch in der Bundesrepublik große Lesergemeinden gebildet haben.

Das Herausgeberkollegium des Jahrbuchs hat auch gleich eine „Inklings-Gesellschaft für Literatur und Ästhetik e. V." (Aachen, Erster Rote-Haag-Weg 31) gegründet. Ihr Zweck sind „die wissenschaftliche Erschließung und die Verbreitung der Werke von Lewis, Tolkien, Williams, George Macdonald und anderer Werke, die zu einem Vergleich herausfordern".

Der erste Band des Jahrbuchs ist zwar 1983 datiert, erschien aber erst in diesem Jahr (der Band 1984 soll bereits im Herbst folgen). DM 25,80 für den schön gedruckten Pappband von 176 Seiten ist vertretbar, denn kein Satz darin ist geschwafelt. Über die Inklings-Stars wird lebendige und neue Information geboten, und ein weitverzweigtes Netz von Schleichwegen führt zu noch unbekannten Schätzen der phantastischen Literatur.

ANTON MADLER

„Der Bisamapfel" in Kunst und Wissenschaft

Feiner Duft im Gehäuse

In den Kunst- und Wunderkammern des ausgehenden Mittelalters waren sie zu finden, in dem Kuriositätenkabinett, das Ferdinand II. auf Schloß Ambras in Tirol zusammengetragen hatte, unter den Schätzen des sammelwütigen Jean de France, Herzog von Berry, und in vielen anderen Sammlungen. Der Name „Bisamapfel", der als deutsche Übersetzung des „pomum ambrae" erst um 1500 auftaucht, verrät dem Heutigen wenig über die Herkunft und den Zweck dieser kunstvoll gearbeiteten Behältnisse, deren Inhalt oft wertvoller als das Gehäuse war. Denn die Bisamäpfel waren Schmuckstücke zur Aufnahme von Duftstoffen – und nicht nur der namengebenden Ambra. Weil diese seltenen Düfte aus exotischen Ländern unter großen Mühen nach Europa gebracht werden, waren sie so teuer, daß sie sich nur die reichen Adels- und Herrscherhäuser leisten konnten.

Die Geschichte dieses eigenartigen Anhängers schildert Renate Smollich in der Untersuchung „Der Bisamapfel in Kunst und Wissenschaft" (Deutscher Apotheker Verlag, Stuttgart, 342 S., 121 Abb., 58 Mark). Der Verlag verrät schon, daß es sich um eine Arbeit auf der Grenzlinie zwischen Pharmazie und Kunstgeschichte handelt. Renate Smollich interessieren die vielfältigen Formen dieser Behältnisse, die meist als Anhänger um den Hals oder am Gürtel getragen wurden, genauso wie die Pasten und Tinkturen, die sie aufzunehmen hatten. Oft enthielten sie mehrere Fächer, angeordnet wie die Stücke einer geschälten Apfelsine, in denen vier oder sogar sechs verschiedene Duftstoffe aufbewahrt wurden. Manchmal sind die Bisamäpfel geschlossene Kugeln, manchmal durchbrochene Arbeiten, gelegentlich sogar aus feinstem Filigran.

Ein Katalog von 73 Beispielen, jeweils mit Photo, vermittelt einen Eindruck von der Phantasie, die die Gold- und Silberschmiede darauf verwendeten. Obwohl die runden und birnenartigen Formen vorherrschen, so gab es auch Bisamäpfel als Totenköpfe, Herze, Kreuze. Sie dienten nicht nur als Schmuck- und Duftbehälter, sondern sollten manchmal die Pest wehren oder – als Amulett – den Träger ganz allgemein beschützen.

Die Kultur- und Kunstgeschichte der Bisamäpfel ist aber nur die eine Seite des Buches. Die andere beschäftigt sich mit deren Inhalt, meist einer zähen oder festen Masse, für die es eine Fülle (oft geheimgehaltener) Rezepte gab. Renate Smollich hat deshalb zum einen eine Liste der neunzig pflanzlichen und tierischen Substanzen zusammengestellt, aus denen die wohlriechenden Mixturen zusammengebraut wurden. Zum anderen hat sie aus den verschiedensten Traktaten, Kräuter- und Arzneibüchern die Rezepturen für die Duftkombinationen exzerpiert.

Sie zeichnet den Weg nach, den sie aus dem Orient meist über die arabischen Länder nach Europa gingen. Und sie schildert auch ihre Bedeutung als Heil- und Zaubermittel, denn Heilkunst, Aberglaube und magische Praxis waren damals noch eng verwoben. So entsteht in diesem Buch aus der Beschäftigung mit einem beiläufigen Schmuckgegenstand eine kleine Kulturgeschichte des Duftes und des dafür notwendigen Zierats.

PETER DITTMAR

Schmuckstück zur Aufnahme von Duftstoffen: Silberner Bisamapfel um 1650 FOTO: DW

KULTURNOTIZEN

Salvador Dalis Werke, zusammengefaßt in der Kollektion Perrot-Moore, sind bis 30. September im Kongreßzentrum Montreux zu sehen.

Das 11. Internationale Kindertheater-Festival von Quebec findet vom 17. bis zum 24. August statt.

Den 130. Wettbewerb um den jährlich vergebenen Schinkel-Preis hat der Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin ausgeschrieben.

Die Wanderausstellung „Theodor Heuss – Politik durch Kultur 1949 – 1959" ist in der Heidelberger Universitätsbibliothek zu sehen.

Die Ausstellung „Neuruppiner Bilderbogen" (bis 9. 9. auf Schloß Cappenberg bei Unna) zeigt Illustrationen zum Thema Krieg und Frieden im vergangenen Jahrhundert.

Yannis Gaitis, einer der bekanntesten griechischen Maler, ist 61jährig in Athen gestorben.

JOURNAL

Ansgar-Reliquien in den Hildesheimer Dom

dpa, Hildesheim

Die vor drei Jahren wiederentdeckten Reliquien des ersten Erzbischofs von Hamburg und späteren Oberhirten der Erzdiözese Hamburg-Bremen, des Heiligen Ansgar, erhalten jetzt einen Platz im Hildesheimer Dom. Am kommenden Sonntag werden sie in einem Schrein in eine Seitenkapelle des Domes überführt. Bis zu ihrer Entdeckung befanden sie sich in zwei hölzernen Behältern des Hildesheimer Diözesan-Museums.

Garci zieht sich aus Protest vom Film zurück

AFP, Barcelona

Aus Protest gegen die Zurückziehung von Subventionszusagen des spanischen Fernsehens bei seiner Arbeit will sich der spanische Regisseur José Luis Garci, der 1983 in Hollywood für „Volver a empezar" („Von vorne anfangen") mit einem Oscar ausgezeichnet wurde, vom Film zurückziehen. Der Regisseur sollte für seinen jüngsten Film einen Vorschuß erhalten. In seiner Erklärung griff Garci das spanische Fernsehen an, dem er vorwarf, junge Filmer bei ihrer Arbeit nicht zu fördern.

Filmpreise in Prades

AFP, Prades

Den ersten Preis bei den 25. Filmtagen von Prades in den französischen Ost-Pyrenäen hat der neuseeländische Regisseur Vincent Ward für seinen Film „Vigil" erhalten. „Liberté, l'ami" von Philippe Garrel wurde mit dem Preis des französischen Filmclub-Verbandes ausgezeichnet. An dem Festival, auf dem unter anderem eine Auswahl der Filme von François Truffaut präsentiert wurde, haben sich zwölf Länder beteiligt.

Ein zweites Pompeji auf Zypern entdeckt?

AFP, Tuscon

Die Reste der vor über 1600 Jahren durch ein Erdbeben zerstörten antiken Stadt Curium haben Archäologen auf Zypern entdeckt. Wie der Expeditionsleiter erklärte, könnte der Fund von der Bedeutung sein, die die Entdeckung Pompejis gehabt habe. Bei den Ausgrabungen sind mehrere außerordentlich gut erhaltene Objekte in den Ruinen gefunden worden. Die Bewohner von Curium, mehrere 10 000 Menschen, wurden offenbar von der Katastrophe in ihrem alltäglichen Leben überrascht.

China schenkt Münchner Universität 1300 Bücher

dpa, München

Die Volksrepublik China hat dem Institut für Ostasienkunde der Münchner Universität 1300 chinesische Bücher geschenkt. Sie umfaßt Ausgaben sowohl älterer als auch neuerer Werke chinesischer Literatur und Dichtung sowie Geschichtsbücher, Materialsammlungen und jüngere Gesamtdarstellungen zu historischen, kunsthistorischen, literarischen, philosophischen und politischen Texten.

Modigliani-Skulpturen im Kanal von Livorno

dpa, Livorno

Auf der Suche nach Skulpturen von Amadeo Modigliani im Hafenkanal von Livorno brachte man zwei aus Stein gestaltete Köpfe ans Licht. Außerdem fand man den vermutlichen Handkarren, mit dem der Künstler seine Kunstwerke vor rund 80 Jahren aus Zorn über Kritik an seiner Arbeit in den Kanal seiner Heimatstadt geworfen habe.

„Literaturtelefon" nun auch in Wiesbaden

dpa, Wiesbaden

Seit einigen Jahren schon können in 14 Städten der Bundesrepublik unter der Nummer 11510 Literaturhungrige sich von sanften Stimmen gelesene Lyrik oder Prosa junger Autoren anhören. Neu hinzugekommen ist jetzt auch Wiesbaden. Es fehlen allerdings noch 3500 Anrufe, um die mit der Post vereinbarte Probezeit zu bestehen.

Historische Ausstellung zum Universitätsjubiläum

dpa, Heidelberg

Das Land Baden-Württemberg wird zur 600-Jahr-Feier der Heidelberger Universität 1986 eine historische Ausstellung unter dem Titel „Südwestdeutschland zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg" im Heidelberger Schloß veranstalten. Um die Ausstellung überhaupt zeigen zu können, soll ein Teil des Schlosses bis 1986 saniert und ausgebaut werden. Die Ausstellung soll ein möglichst umfassendes Bild von der durch Reformation und Gegenreformation geprägten Zeit zwischen den Bauernkriegen und dem 30jährigen Krieg zeichnen. Präsentiert werden vor allem Malerei, Bildhauerei, Glas- und Buchmalerei.

Deutschlands Straßen nicht mehr die besten?

ADAC contra Minister: Sparprogramm ruiniert den Ruf

rtr, Düsseldorf

Das von offizieller Seite gerne als „bestes Verkehrsnetz der Welt" gelobte deutsche Straßensystem von insgesamt 485 000 Kilometer Länge bekommt in jüngster Zeit nicht mehr die gewohnt guten Noten, verliert den guten Ruf. Sein Zustand, warnen Kritiker, verschlechtert sich durch das Sparprogramm besonders bei Ländern und Kommunen immer mehr.

US-amerikanische Verhältnisse, wo der Erneuerungsbedarf astronomische Ausmaße angenommen hat, drohen noch nicht. Allerdings, urteilt der ADAC, erreichten auch hier die Unterlassungssünden im Bereich der Gemeindestraßen bereits besorgniserregende Ausmaße. Und diese Nahverkehrswege machen mit 310 000 Kilometer Länge immerhin den Löwenanteil des Straßennetzes aus.

Ganz ungeschoren kommt auch der Bund nicht weg. Die Deutsche Straßenliga (DSL), in der Vertreter der Wirtschaft mit kommunalen Experten an einem Tisch sitzen, errechnet für den Erhalt von Autobahnen und Bundesstraßen inzwischen einen jährlichen Finanzbedarf von 3,75 Milliarden Mark. Im Bundeshaushalt '83 sind jedoch nur 1,75 Milliarden Mark ausgewiesen.

Die Konsequenzen berühren jeden Autofahrer. Die Verkehrssicherheit nimmt wegen der unterlassenen Straßenbaumaßnahmen wieder ab. Und schließlich werden – durch Verkehrsengpässe und Staus – der Umwelt noch höhere Belastungen zugemutet.

Das Bundesverkehrsministerium weist derartige Warnungen als „Horrorberichte" zurück. Der Zustand etwa der Bundesautobahnen sei im internationalen Vergleich „gut bis sehr gut".

Immerhin rechnen aber auch die Experten im Ministerium mit einem künftig steigenden Erhaltungsbedarf, der sich von momentan etwa zwei Milliarden Mark in den 90er Jahren auf drei Milliarden erhöhen werde.

Brisanter noch aber sehen die Kritiker beim ADAC und interessierten Verbänden die Lage im innerstädtischen und Landstraßenverkehr. Ein ADAC-Experte überschrieb kürzlich einen Zustandsbericht „Karies im Asphalt" und warf den kommunalen Trägern vor, es bei unumgänglichen Reparaturen öfter an der „fachlichen Kompetenz" fehlen zu lassen. Der Autofahrer spüre das in der Form von „Straßen-Flickwerk", ansonsten beruhigte man ihn häufig mit „reiner Asphaltkosmetik", die alles andere als verkehrssicherheitsfördernd ist.

Der Nachholbedarf wird sich nach Auffassung der „Kassandra vom ADAC" Anfang der 90er Jahre zu einer Kostenlawine aufgetürmt haben. Zum Schrecken der 25 Millionen Autobesitzer ergänzt er noch, „wenn das so weitergeht, dann haben wir bald wegen schlechter Straßen in den Städten Tempo 30".

Und in der Tat: Über die vergangenen vier Jahre gesehen wurden die Länderausgaben für den Unterhalt von Straßen – unter Berücksichtigung der Preissteigerungsraten – wenigstens noch konstant gehalten. In den Kommunen aber, die für rund 60 Prozent der Straßenbaumaßnahmen zuständig sind, nahmen die Mittel beständig ab und liegen – real gesehen – noch um zehn Prozent unter dem bisherigen Tiefstand von 1977, behauptet die Straßenliga, der ja Experten der Kreis- und Städtetage angehören.

Lag die Rate für Baumaßnahmen 1972 noch bei rund 28 Prozent, so belief sie sich 1983 lediglich auf 17 Prozent. Auch volkswirtschaftlich schlagen Unterlassungen zu Buche. Mit rund 455 Milliarden Mark bewertet die Aktionsgemeinschaft Straße den Anlagenwert des gesamten Straßennetzes – ein „gewaltiges Stück Volksvermögen", das gepflegt werden muß. Allein das Fernstraßennetz stellt rund 150 Milliarden Mark Vermögen dar.

So lautet denn das Fazit des ADAC-Experten: „Auch die Straße ist ein lebendes Gebilde und arbeitet sich bei zu geringer Pflege auf."

GERNOT HELLER



Gesichter. Gesichter der Rockgeneration – Protestler und individualistische Verweigerer. Der Blick scheint gleichwohl nur eine Richtung zu kennen. Im Rückblick war dieser Sicht allerdings keine Zukunft beschieden. FOTO: AP

Woodstock – nur noch ein verblaßtes Wort

v. KRUSENSTIERN, New York

Es ist in diesen Tagen 15 Jahre her, seit die amerikanische Protestgeneration der sechziger Jahre beim idyllischen Luftkurort Woodstock nördlich von New York mit Rock und Hasch drei Tage lang ihr großes Liebesfest feierte. Rückblickend scheint es, als sei inzwischen sehr viel mehr Zeit verflossen, so sehr hat sich in den USA die Stimmung geändert, und so verschieden ist die junge Generation von heute von der von 1969.

„Make love, not war" hieß das Motto von Woodstock, und die Hunderttausende von jungen und nicht mehr ganz so jungen Leuten, die mit träumerischem Blick vom Festival heimkehrten, hielten sich viel darauf zugute, daß in Woodstock nicht randaliert, dafür aber um so mehr kopuliert wurde.

Die „New York Times" kommentierte allerdings seinerzeit leicht säuerlich: „Die Träume von Hasch und Rockmusik, die 300 000 Fans und Hippies in das Bergland der Catskills lockten, haben mit Zurechnungsfähigkeit fast ebenso wenig zu tun wie der Instinkt, der Lemminge dazu treibt, sich in die See zu stürzen und zu ertränken: Sie endeten in einem Albtraum von Schlamm und Dreck, der Woodstock und Umgebung für ein ganzes Wochenende lahmlegte. Was ist es für eine Kultur, die ein solches Schlammassel hervorbringen kann?"

Das Festival wurde pompös als „Drei Tage Frieden und Musik im Zeitalter des Wassermanns" angekündigt. Der Wassermann machte sich denn auch nachdrücklich bemerkbar, denn es regnete fast ununterbrochen, was viele Teilnehmer im Hasch- und LSD-Rausch allerdings kaum zur Kenntnis nahmen. Auch daß die Lebensmittelvorräte von Woodstock nicht ausreichten, um Hunderttausende von Menschen drei Tage lang zu ernähren, machte ihnen wenig aus, solange sie ihren Hunger mit einem Joint stillen konnten. Die Hascher blieben von der Polizei unbelästigt. Etwa achtzig Dealer, die mit dem Verkauf von LSD, Heroin und Speed einen Reibach machen wollten, wurden allerdings verhaftet.

Ursprünglich sollte das Festival beim Dorf Walkill stattfinden, doch dessen Einwohner prostestierten so energisch, daß die Veranstalter schließlich eine große Wiese vom Farmer Max Yasgur (49) bei Woodstock mieteten. Die Veranstalter schätzten ihre Unkosten auf 750 000 Dollar, die sie durch den Verkauf von Eintrittskarten aufbringen wollten. Viele der Friedens- und Musikfreunde drückten sich jedoch um den Kauf einer Karte.

Als abgerechnet wurde, betrugen die Unkosten 2,5 Millionen Dollar, denen Einnahmen von nur 1,5 Millionen gegenüberstanden. Das Defizit wurde schließlich durch den Verkauf von Film- und Tonbandaufzeichnungen der Heroen des Festivals – Bob Dylan, Jimmy Hendrix und Joan Baez – gedeckt.

Woodstock war gleichzeitig Höhepunkt und Ausklang der turbulenten sechziger Jahre. Rock ist heute kein ideologisches Symbol mehr, sondern ein kommerzielles Produkt, das von Absolventen von wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulen ebenso rigoros wie erfolgreich vermarktet wird. Regimenter von Sicherheitsleuten sorgen bei den Konzerten von Michael Jackson dafür, daß jeder brav für den Eintritt bezahlt und daß es zu keinen unziemlichen Szenen kommt. Wenn die jungen Amerikaner von heute ihre Väter von Woodstock erzählen hören, schauen sie verwundert drein. Sie haben zwar nichts gegen Frieden und Liebe und Musik, aber sie denken in erster Linie an ihre Karriere und Zukunft. Politik ist für sie Sache des Verstandes, nicht schwammiger Gefühle. Das Zeitalter des Wassermanns ist für sie abgeschlossene Vergangenheit. (SAD)

Einmal im Jahr macht Robbe „Rolli" Ferien von der Nordsee

AP, Lüneburg

Nichts deutet in der Gemeinde Barum im niedersächsischen Landkreis Lüneburg darauf hin, daß das Dorf jeden Sommer eine zoologische Rarität beherbergt. Wer die Einheimischen fragt, erhält nur barsch die Antwort: „Da kennt wi nix von." Die Bauern sind verschlossen.

Die Geheimniskrämerei machen die Barumer um einen Seehund, der seit Jahren Sommer für Sommer in der Feldmark Quartier bezieht. Pünktlich mit den ersten warmen Lüften taucht das Tier zwischen den Weiden in der Neetze auf. In diesem Jahr kam die Robbe allerdings erst in der zweiten Julihälfte.

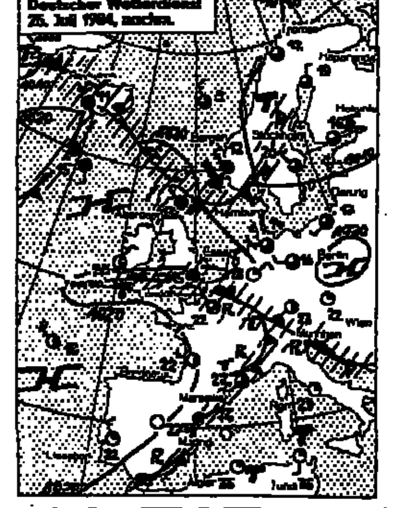
Die Marschbauern haben ihrer Robbe den Namen „Rolli" gegeben, weil sie sich so genüßlich räkelt und rollt. Häufig, wenn die Bauern auf den Fluß-Wiesen sind, streckt Rolli den Kopf aus dem Wasser und prustet los. Die Männer haben sich damit abgefunden, daß sich der Seehund aus ihren Fischgründen bedient, obwohl er doch als Salzwassertier gilt. Den Wissenschaftlern macht sein Verhalten denn auch Kopfzerbrechen. Harald Schliemann, Zoologe der Hamburger Universität, bewertet die Eskapaden der Robbe so: „Ausgedehnte Süßwasserexkursionen einzelner Seehunde sind ein Phänomen, das wir immer wieder beobachten. Seehunde sind hochentwickelte Tiere, die schon mal aus eigenem Antrieb die festgelegten Bahnen verlassen". Erstaunlich findet Schliemann aber die häufige Wiederkehr von „Rolli". Völlig aus der Fassung gerieten die Wissenschaftler, als „Rolli" sich im vergangenen Jahr als Robbendame zu erkennen gab und rund 140 Kilometer landeinwärts von der heimischen Nordsee in der Neetze ein Junges zur Welt brachte. Zwar starb der Heuler, doch die wissenschaftliche Sensation war perfekt. In diesen Tagen wartet das ganze Dorf auf ein neues „freudiges Ereignis".

Was die Ausflüge ins Binnenland angeht, ist „Rolli" unter den Robben nicht allein. 1942 wurde weit oberhalb Hamburgs ein junger Seehund in der Dove-Elbe gefangen. In fast jedem Jahr tauchen in der Unterelbe Seehunde auf. Eine besonders lange Reise machte ein Seehund 1680. In der „Churfürstl. Residentz- und Hauptvestung Dresden Beschreibung" ist vermerkt, daß ein Exemplar „bald der Vestung so nahe" kam, „daß man von dem Wall nach ihm schießen können". Er sei von Fischern bei Kötschenbroda – immerhin 693 Kilometer von der Elbmündung entfernt – gefangen worden.

Die noch rund 3500 in der Nordsee lebenden Robben bekommen wohl immer mehr Gründe, sich ein stilles und vielleicht noch sauberes Plätzchen im Binnenland zu suchen. Die Lebensbedingungen für die Meeressäuger haben sich derart verschlechtert, daß sie in ihrem Bestand bedroht sind. Wattwanderer sind häufig verantwortlich dafür, daß Robbenjunge von ihren Müttern getrennt werden. Wissenschaftler vermuten zudem, daß „die Fortpflanzungsfähigkeit der Tiere durch vergiftetes Meerwasser eingeschränkt wird".

WETTER: Kühler

Wetterlage: Ein schwacher Tiefausläufer überquert von Norden her Deutschland. Dahinter fließt wolkenreichere Meeresluft ein. In Süddeutschland ist es zunächst noch sommerlich warm.



Vorhersage für Donnerstag:
In Norddeutschland meist stark bewölkt und vereinzelt leichter Regen. In den übrigen Gebieten anfangs heiter, später wolkig mit einzelnen Schauern. Höchsttemperaturen im Norden 15 bis 19 Grad, im Süden bis 26 Grad. Tiefsttemperaturen in der Nacht 14 bis 9 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind.

Weitere Aussichten:
Freitag meist wolkig und einzelne Schauer. Samstag anfangs freundlich, später von Norden her Eintrübung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	30°
Bonn	21°	Kopenh.	16°
Dresden	18°	Las Palmas	25°
Essen	18°	London	15°
Frankfurt	22°	Madrid	27°
Hamburg	14°	Mailand	27°
List/Sylt	14°	Mallorca	31°
München	23°	Moskau	18°
Stuttgart	24°	Nizza	25°
Algier	35°	Oslo	19°
Amsterdam	15°	Paris	22°
Athen	31°	Prag	18°
Barcelona	26°	Rom	28°
Brüssel	19°	Stockholm	20°
Budapest	23°	Tel Aviv	33°
Bukarest	21°	Tunis	35°
Helsinki	23°	Wien	22°
Istanbul	27°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* **am Freitag:** 5.39 Uhr, Untergang: 21.17 Uhr; **Mondaufgang:** 3.42 Uhr, Untergang: 21.13 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Neue Liebe?

Senator **Edward Kennedy** scheint sich Hals über Kopf in die 51jährige Hollywood-Schauspielerin **Angie Dickinson** – Schwarm Millionen amerikanischer Fernsehfreunde – verliebt zu haben. Der Senator und die attraktive Blondine trafen sich beim Prominenten-Tennis-Festival in Aspen im Bundesstaat Colorado. So oft es ging, setzten sich die beiden zu langen Spaziergängen ab.

Tausch abgelehnt

Die britische Regierung hat sich geweigert, ein Meisterwerk aus dem Nachlaß **Anthony Blunts**, des Spions und ehemaligen Kunstberaters von **Königin Elizabeth** anzunehmen. Das auf zwei Millionen Mark geschätzte Gemälde „Rebecca am Brunnen" von Nicholas Poussin wurde von Blunts Nachlaßverwaltern als Ersatz für die Erbschaftsteuer angeboten. Wie der „Daily Telegraph" berichtete, sei der Louvre in Paris ganz besonders an dem Bild interessiert.

Davongekommen

Der ehemalige Textilzar Hans Glöggler, der seit fünf Jahren unbehelligt in einem kleinen Badeort an der französischen Atlantikküste lebt, braucht eine Auslieferung an die deutsche Justiz nicht mehr zu befürchten. Zu dieser Entscheidung hat sich jetzt die Staatsanwaltschaft wegen des schlechten Gesundheitszustandes des 74jährigen durchgerungen. Der ehemalige Konzernchef wurde wegen betrügerischen Bankrotts jahrelang gesucht. In diesem Zusammenhang hatte zu Beginn der 70er Jahre die Deutsche Botschaft in Paris eine seltsame Rolle gespielt, als sie dem flüchtigen Großindustriellen – blauäugig? – einen Reisepaß ausgestellt hatte.

Zehn Jahre Haft für eine Schein-Heilige

„Mama Ebe", Gründerin der „Pia Unione", nach 15 Jahren als Kriminelle entlarvt

dpa, Vercelli

Mit 21 Jahren war sie angeblich schon stigmatisiert. Abertausende haben bei ihr, der als „Mama Ebe" volkstümlich gewordenen Ebe Gigliola Giorgini (51), Wunderheilung gesucht. Sie hat „Apostel", Jünger und „Laienschwestern" um sich geschart und – mit viel kirchlichem Lob – in Kranken- und Pflegeheimen Gutes bewirkt.

Aber sie hat die meist jugendlichen Idealisten ihrer „Kongregation" wie Sklaven behandelt. Und sie besaß zuletzt eine Jacht, zwei Villen, sieben Wohnungen, Grundstücke, Pelze, kostbare Juwelen und mehrere dick gepolsterte Bankkonten. Sie behauptete, Jungfrau zu sein, obwohl sie zweimal verheiratet war und einem Liebhaber in einem Brief glühend dafür dankte, daß sie „ein Fleisch" waren.

Es gibt Fotos von ihr, die sie in nonnenähnlicher Tracht und mit Händen zeigen, die verbunden sind – angeblich wegen der wieder aufgebrochenen Stigmata, der Wundmale Christi. Aber den Carabinierie fielen auch eher weltliche Fotos in die Hände, auf denen sie sich im Bikini präsentiert. „Mama Ebe": Ein Engel, eine Teufelin oder beides?

Für die Richter von Vercelli in Piemont, die sie am Montag für zehn Jahre und zwei Monate hinter Gittern schickten, war sie weder das eine noch das andere, sondern, in den nüchtern-konkreten Begriffen der irdischen Justiz, vor allem eine große Betrügerin. Außerdem schrieben sie in den Schuldspruch harte Worte, wie verbrecherische Bündelei, Freiheitsberaubung, Mißbrauch der Medizin und anderes.

Wunderheiler, Wahrsager und „Santoni", im Geruch der Heiligkeit stehende Wohltäter, gehören heute wie in früheren Jahrhunderten zur italienischen Szenerie. Auch daß sie auf einem gleichermaßen von Glauben und Aberglauben gedüngten Humusboden gedeihen, ist nichts Neues. Doch was der mit landesweiter Anteilnahme verfolgte Prozeß gegen „Mama Ebe" aus diesem zwielichtig-nebeligen Bereich ans Licht brachte, das hat selbst den Italienern die Sprache verschlagen.

Eine der Jugendlichen, die „Santona" Giorgini von dem mit ihr verbündeten Geistlichen Piergiovanni Moneta zur „Schwester" machen ließ, hat ausgesagt: „Gehorsam gegen Mama Ebe war für mich das gleiche wie Gehorsam gegen Christus. Auch Pfarrer Moneta hat uns das gesagt, sogar in einer Anweisung, die mit 'Christus' unterschrieben war. Ich habe immer gehorcht, auch die – von mir als solche damals nicht erkannten – starken Psychopharmaka vorschriftsmäßig eingenommen. Deshalb bin ich nie bestraft worden. Aber ich weiß, daß andere Schwestern von Mama Ebe verprügelt worden sind, daß sie kniend essen oder mit der Zunge den Boden säubern mußten."

Die aus Bologna stammende „Wunderheilerin" ließ ihre „Fromme Vereinigung für Werke der Barmherzigkeit" mit dem Mutterhaus in San Baronto in der Toskana 1969 bei einem Notar registrieren. Eine angeblich eingeholte kirchliche Approbation bekam ihr Gefolge nie zu Gesicht.

Doch kann sie viele Dank- und Ermutigungsschreiben, selbst von Bischöfen, vorweisen. Auch wenn den Kirchenbehörden manches an der „Kongregation" der seltsamen Heiligen suspekt war, wegen des aufopfernden Pflegedienstes Dutzender von selbstlosen Kongregations-Mitgliedern in dem etwa einen Dutzend Häuser der „Pia Unione", drückten sie ein Auge zu.

Im Prozeß von Vercelli saß „Mama Ebe" meist in zivilem Schneiderkostüm auf der Anklagebank: Eine weder schöne noch häßliche Frau mit dunklem Lockenhaar, einem breiten Mund im etwas einfältig wirkenden Gesicht, aber mit modischer, großformatiger Brille.



Nicht schön, nicht häßlich – skrupellos: „Mama Ebe". FOTO: UPI

Die angeblich halbe Analphabetin hielt in ihrem sakralfinanziellen Imperium strenge Zucht. Kontaktaufnahme zu Verwandten, Tagebuch führen, gehörte zu den schlimmsten Verfehlungen der Mitglieder. Novizen hatten Autos und anderen Besitz der „Pia Unione" zu überschreiben. Ebenso gingen ihre Arbeitsentgelte größtenteils an die Kongregation. Als schließlich – spät genug – die Kirche begann, das Gebaren von „Mamma Ebe" und ihres Statthalters Moneta, seines Zeichens Pfarrer der römischen 25 000-Seelen-Gemeinde „Kostbarstes Blut Jesu", etwas näher unter die Lupe zu nehmen, vermachte Ebe Giorgini zum Schein ihren Besitz der Kongregation.

Zwei Monate später setzten sich jedoch ihr Ehemann Umberto und sie in einem notariellen Testament gegenseitig zu Erben ein. Umberto erhielt übrigens 1983 den Laufpaß. Er selbst beschrieb die Szene: „Ebe lag in weißem Nachthemd auf einem Bett mit Dutzenden von Seidenkissen. Umgeben war sie von etwa 30 Priestern und Schwestern, die kniend mit lauter Stimme beteten. Ebe, die Tonbänder meiner Telefonate vorspielte, nannte mich einen Verräter. Die Anwesenden beschlossen, mich mit sofortiger Wirkung aus der Kongregation auszustoßen."

Wie skrupellos „Mama Ebe" ihre gläubige Kundschaft ausbeutete, machte der Prozeß deutlich. Für ihre „Behandlungen" (mit billigen Allerwelts-Medikamenten) kassierte sie bei Vermögenden bis zu zehn Millionen Lire (16 500 Mark). Was ihre Keuschheitsgelübde angeht, so wurde das Tribunal regelrecht zur Farce. Eine ärztliche Untersuchung im Careggi-Krankenhaus von Florenz ergab darüberhinaus, daß von einer Stigmatisierung nicht die Rede sein kann. Kurioserweise hörten die behaupteten Blutungen aus den Wundmalen schlagartig auf, als „Mama Ebe" ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde. Hinter Gittern soll sie nun für über zehn Jahre bleiben.

Es gab kaum einen italienischen Kommentar zu dem Urteil, der nicht fragte: Wie konnten die Behörden, vor allem die kirchlichen, ein Vierteljahrhundert einen solchen Sumpf übersehen oder gar dulden?

HORST STANKOWSKI

„Bubi" Scholz schweigt weiter zum Todesschuß

dpa, Berlin

Der frühere Box-Europameister Gustav „Bubi" Scholz (54), der in dringendem Verdacht steht, am Montag seine 49jährige Ehefrau Helga erschossen zu haben, hat sich auch am zweiten Tag nach seiner Festnahme zu dem Fall nicht geäußert. Wie ein Polizeisprecher gestern erklärte, habe sich der Rechtsanwalt von Scholz bisher noch nicht mit der Ankündigung gemeldet, daß sein Mandant nun aussagen wolle. Das bisher einzige Mal wurde der prominente Ex-Boxer Dienstag früh für kurze Zeit vernommen, verweigerte aber die Aussage. Anschließend wurde Haftbefehl wegen Verdachts des Totschlags erlassen. Die Aussage von Scholz, der Schuß aus der Waffe – es handelt sich wahrscheinlich um ein in der Wohnung gefundenes Kleinkalibergewehr, auf dem jedoch keine Fingerabdrücke zu finden waren – habe sich beim Reinigen gelöst, hat der 54jährige nicht bei polizeilichen Vernehmungen gemacht. Offenbar hat er dies zu einer Zeit Nachbarn gegenüber gesagt, als er noch unter Alkoholeinfluß stand und nicht in Polizeigewahrsam war. Rechtsanwalt Manfred Studier hatte am Dienstag die Hoffnung geäußert, daß sich der Verdacht des Totschlags nicht bestätigen werde. Er halte das Ganze nach den Schilderungen seines Mandanten für einen Unglücksfall.

Bergunfall war Verbrechen

AP, Brig

Ein Jahr nach dem tödlichen Sturz einer 28jährigen Frau vom 2525 Meter hohen Glishorn im Schweizer Kanton Wallis hat sich herausgestellt, daß die Frau nicht einem Unfall, sondern einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Der 31jährige Ehemann und Heimleiter des Briger Kinderheims hat gestanden, seine Frau vom Gipfel gestoßen zu haben. Der Mann war unter dem Vorwurf verhaftet worden, sich an Kindern vergangen zu haben.

Tod im Vulkan

dpa, Stromboli

Ein belgischer Geistlicher ist beim Sturz in den Krater des Vulkans Stromboli ums Leben gekommen. Der53jährige Mann kam als Tourist auf die vor Sizilien liegende Insel. Die Leiche des Priesters wurde von Bergführern geborgen.

Olympia-Adler tot

AFP, Los Angeles

Das Maskottchen der Olympischen Spiele von Los Angeles, der Weißkopfadler „Bomber", wird die Eröffnung der Spiele nicht erleben. Der seltene Raubvogel war während der Dressur für die Feiern so stark entkräftet, daß er gestern einging.

Meerjungfrau im OP

AP, Kopenhagen

Die „Kleine Meerjungfrau", das Wahrzeichen von Kopenhagen, hat ihren Platz auf einem Felsen an der Hafeneinfahrt der dänischen Hauptstadt verlassen. Mit einem Kranwagen wurde die vier Tonnen schwere Bronzestatue durch die Stadt gefahren und in die Bronzegießerei Rolsted im Kopenhagener Vorort Ballerup gebracht. Dort soll sie wieder ihren rechten Arm erhalten, der ihr von zwei angetrunkenen Jugendlichen abgesägt worden war.

Blitzschlag überlebt

dpa, Innsbruck

Eine elfjährige Belgierin hat am Dienstag wie durch ein Wunder einen Blitzschlag überlebt. Das Kind wurde bei einer Bergwanderung nahe der bayerischen Grenze vom Blitz getroffen. Der Vater, ein Arzt, leitete Wiederbelebungsversuche ein, gab aber auf, als er keinen Puls mehr feststellte. Dann verständigte er die Polizei. Als die Rettungsmänner die Leiche abholen wollten, fanden sie das Mädchen lebend vor.

Massaker-Lokal schließt

dpa, New York

Die Leitung der Schnellrestaurant-Kette McDonald will das Lokal in San Ysidro bei San Diego, in dem in der letzten Woche 21 Menschen von einem Amokläufer erschossen worden sind, nicht wieder eröffnen. Die Bevölkerung hatte sich gegen eine Weiterführung des Geschäfts ausgesprochen.

Überraschung

AP, Minneapolis

Den Schreck seines Lebens erlitt ein 14jähriger Amerikaner, als er bei Verwandten angekommen „seinen" Koffer öffnete: Obenauf lag eine durchgeladene und entsicherte Pistole vom Kaliber 45. Die Polizei fand ferner zwei Kilogramm Kokain mit einem Schwarzmarktwert von rund einer Million Dollar. Der Junge hatte bei der Gepäckausgabe einen fremden Koffer erwischt. Zwei Männer, die sich nach diesem Koffer erkundigten, wurden festgenommen.

ZU GUTER LETZT

„Olympische Spiele sind wie eine junge Lappländerin in der nordischen Morgensonne: Feucht und fröhlich." Professor Arne Leybuch, norwegischer Sportwissenschaftler und Schlittenhunde-Züchter.